

Antifaschistisches INFO BLATT 39

Juli/August 1997 5,– DM

Schwerpunkt: Jugend & Subkultur

Rassismus bei Polizei und Justiz

Brandanschlag in Lübeck

Im Rückblick: Naziaktionen am 1. Mai

Schuldspruch im Oklahoma-Prozeß

geht ab?«-Beilage +++ mit 8 Seiten »Was geht ab?«-Beilage +++ mit 8 Seit



Antifaschistisches INFO-Blatt
Nr. 39, Juli/August 1997
11. Jahrgang

Erscheinungsweise:
5x im Jahr

Herausgeber:
L. Meyer
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

V.i.S.d.P.: L. Meyer (Adresse s.o.)

Druckerei: Eigendruck

Konto: J. Lehmann, 411 960 - 105
Postbank Berlin, BLZ: 100 100 10
(Bei Überweisungen bitte immer deutlich den Absender angeben!)

Preis: 5,- DM

Abo: 30,- DM/Jahr (s. vorletzte Seite)

Anzeigen:
Wir bringen nur Anzeigen von Sachen, die wir kennen und gut finden. Also, bei Broschüren und Zeitungen bitte immer ein Exemplar mitschicken. Austauschanzeigen auf Anfrage möglich. Eine Anzeigenpreisliste gibt es nicht, wenn uns aber jemand Geld spenden will, weil wir eine bestimmte Anzeige abgedruckt haben, dann haben wir natürlich nichts dagegen.

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Antifaschismus mit Biß!

Liebe LeserInnen, Antifas, FreundInnen und GenossInnen!

Zuerst wollen wir Euch über eine Veränderung aufklären, die Ihr wahrscheinlich bereits selbst festgestellt habt: In Zukunft erscheint im AIB die bisher als eigene Ausgabe herausgegebene Antifa-Nachrichten-Doku »Was geht ab?«. Was heißt das für Euch? Ab dieser Ausgabe werdet Ihr im AIB acht Seiten »Was geht ab?«-Beilage mit Kurzberichten und Chronologie in gewohnter WGA-Qualität finden. Dafür fallen unsere bisherigen Kurzmeldungen weg, daß Heft wird aber wahrscheinlich in der Regel trotzdem etwas dicker werden. Außerdem werden die Kurzberichte präziser ausgewählt und besser zusammengestellt sein, womit sich dann der richtige Überblick einstellen dürfte. An unseren Preisen ändert sich nichts.

Geld und wie Ihr uns helfen könnt

An dieser Stelle nochmals vielen Dank für alle Spenden, die in letzter Zeit bei uns eingegangen sind, besonders an die Gruppen, die regelrechte Spendenkampagnen organisiert haben. Ihr habt uns sehr geholfen und das Projekt steht erstmal finanziell auf relativ sicherem Boden, was nicht heißt, daß wir keine Spenden mehr brauchen könnten.

Mindestens genauso wichtig ist im Augenblick aber, daß wir diesen Erfolg langfristig sichern können. Dafür ist es vor allem wichtig, daß wir mehr Exemplare verkaufen, da sich damit unsere Gewinnspanne vergrößert. Außerdem gibt es unserer Einschätzung nach viel mehr potentielle LeserInnen, die das AIB aber nicht kennen. Was kannst Du tun? Einerseits kannst Du das AIB weiterverkaufen. Das ist extrem einfach und streßfrei. Du kriegst die Exemplare zugeschickt, mußt erst nach Verkauf bezahlen und kannst nichtverkaufte Exemplare zurückgeben. Die genauen Bedingungen findest Du auf der vorletzten Seite.

Andererseits: mach Werbung für uns. Neben *unseren* Werbeanstrengungen ist es wichtig, daß viele Leute in ihren Regionen Werbung machen. Das kann sehr unterschiedlich aussehen. Inzwischen gibt es eine vierseitige Postkarte mit zwei verschiedenen Motiven sowie einem kurzen Text, in dem wir uns vorstellen, und einem Bestellabschnitt, den man nur noch in den Briefkasten werfen braucht. Wenn Du davon welche zum Auslegen oder Verteilen haben willst, schreib uns einfach. Oder laß Dir einfach selber was einfallen...

Abos!

Regelmäßige LeserInnen des AIB können uns außerdem helfen, indem sie ein Abo bestellen. Wir haben dadurch weniger Streß, sicherere Infos über den Absatz und regelmäßiger Geld, mit dem wir rechnen können.

Ihr kriegt das AIB dafür nach Hause und habt hin und wieder auch Vergünstigungen. Mit dieser Ausgabe beispielsweise kriegen unsere AbonnentInnen (solange der Vorrat reicht), eine etwas ältere, aber sehr gute Broschüre über die JUNGE FREIHEIT gratis.

Geburtstag

Wir werden dies Jahr zehn Jahre alt und außerdem erscheint die 40. Ausgabe. Darum machen wir eine große Party zusammen mit der Antifa Jugendfront Berlin, die bereits elf wird. Es wird prima Bands und Musik geben und Ihr seid herzlich eingeladen.

Zu dieser Ausgabe

Das Schwerpunktthema für diese Ausgabe heißt »Jugend & Subkultur«. Da das Thema sehr umfangreich ist, mußte leider auch viel rausfallen, da dies sonst den Rahmen gesprengt hätte. So fehlt beispielsweise das Thema Fußball völlig und auch einen eigenen Artikel zu Skin- und Boneheads gibt es nicht. Letzteres haben wir aber bereits immer wieder behandelt und auch in der nächsten Ausgabe wird es dazu wieder einen längeren Artikel geben. Ebenfalls verschoben haben wir einen Artikel zum Thema Jugendarbeit, der einen positiven Ansatz aus Ostdeutschland vorstellt. Er ist auch für die nächste Ausgabe geplant.

Ansonsten haben wir erneut die JN im Visier und einige andere Gruppierungen und Aktivitäten bei den Nazis. Es gibt zwei Artikel in der Rubrik »Rassismus« und auch die Bereiche »Geschichte« und »Braunzone« sind ziemlich umfangreich geworden. Dünn bzw. gar nicht mit Artikeln vertreten sind leider die Rubriken »AntifaschistInnen werden aktiv« und »Frauen«.

Wir hoffen trotzdem, daß für jede/n genug dabei ist und wünschen einen schönen Sommer.

die Redaktion

Wir feiern Geburtstag!

10 Jahre ANTIFA INFO-BLATT

11 Jahre ANTIFA JUGENDFRONT BERLIN

mit Essen, Trinken, Bands, Musik und mehr

abends am 6. September '97

im Mehringhof (Gneisenaustr. 2a in Berlin-Kreuzberg)

Jugendsubkultur im Umbruch

»Politikverdrossenheit« ist eines der Worte, die die heutige Zeit prägen. Vor allem unter Jugendlichen soll sie, so besagen es Umfragen und Studien, in den letzten Jahren rapide zugenommen haben. *»Die Jugend (...) entfernt sich von der Politischen Kaste, will nichts mehr von ihr wissen, fühlt sich nur betrogen und sucht ihre Bestimmung im hemmungslosen Vergnügen«*[1] meint der Österreicher CHRISTIAN BÖHM-ERMOLLI, Funktionär der Haider-Partei FPÖ – eine Analyse, der bürgerliche wie linke Kreise weitgehend zustimmen können. Doch die sogenannte Generation X verabschiedet sich nicht nur von der *»Politischen Kaste«*. Politik allgemein wird im breiten Spektrum der Jugendkulturen mehr und mehr zum negativ besetzten Begriff. Für die kulturell über lange Jahre abseitsstehende Rechte ist dies ein wesentlicher Einschnitt, sie feiert den *»Abschied der 68er«*[2] von der Jugendkultur und sieht sich vor der Herausforderung, das entstandene politische Niemandsland schrittweise zu besetzen. Die Linke hingegen debattiert sich auf der Suche nach ihrem verlorengegangenen Lebensgefühl durch die Kulturen, verliert dabei immer weiter an Authenzität und verbreitet mehr Depression als Aufbruchsstimmung. Dieser Problematik muß sich die antirassistische und antifaschistische Bewegung stellen, denn sie ist nicht nur ein Teil, sondern ein Kernpunkt fortschrittlicher linker Politik.





Kultur und Subkultur als »vorpolitischer Raum«

Gingen Anfang der 90er Jahre noch hunderttausende von Jugendlichen auf die Straße, um gegen den Golfkrieg und gegen die neonazistischen Pogrome zu demonstrieren, so ist dieser Lust zum Protest heute vielfach Hilflosigkeit und Verdrängung gewichen.

Organisationen, in denen Protest mehr kanalisiert und institutionalisiert wird, schöpfen den Großteil des noch vorhandenen jugendlichen Protestpotentials ab, selbst das antirassistische Engagement vieler Schülerinnen und Schüler findet selten einen engeren Bezug zu linker Politik.

Ein Grund mag sein, daß die Linke noch keine Orientierung im gesellschaftlichen Umbruch der 90er gefunden hat. Die politischen Spiel- und Freiräume, wie sie in der »reichen« und vergleichsweise liberalen Boom-Epoche möglich waren, sind in den Verteilungskämpfen von heute knapp geworden. Viele Konzepte wirken erstarrt und avantgardistisch, Diskussionen prägen das Geschehen, die nur für InsiderInnen vermittelbar sind, oft als ausgrenzend empfunden werden und eher demotivierend sind.

Die Linke hat ihre Rolle des Revolutionären, des Ideen-Gebenden in Teilbereichen abgeben müssen – eine Bewegung, die ihre Integrationskraft daraus schöpft, Kulturelles und Politisches in einem Lebensgefühl zu verbinden, ist nicht (mehr) erfahrbar.

Doch Jugendliche werden nicht links, weil sie nach ausgiebiger Lektüre entsprechender Literatur davon überzeugt werden. Sie suchen vielmehr nach dem Lebens- und Zusammengehörigkeitsgefühl, in dem sie ihrem oft diffusen Protest Ausdruck geben können. Darüber beginnt die politische Prägung. Gegenkultur und Subkultur sind unbedingter Ausdruck dieses Lebensgefühls. Wenn diese ausschließlich instrumentalisiert werden, verliert die Politik ihre Erfahrbarkeit.

So ist die Frage nach linker Politik auch die Frage nach alternativer Subkultur, laut Duden, *»die von einer bestimmten gesellschaftlichen, ethnischen ... Gruppe getragene Kultur mit eigenen Normen und Werten«*. Die Subkultur ist aber vor allem die Suche nach Selbstbestimmung über Selbstinszenierung über eine eigene Sprache, die Musik.

Zu den Jugendsubkulturen, die heute wesentliche Berührungspunkte mit der politischen Linken aufweisen, zählen die Punkbewegung und der HipHop. Die nachfolgende Betrachtung soll verdeutlichen, daß das Verhältnis der Linken zu den ihr nahestehenden Subkulturen keinesfalls störungsfrei ist, daß der individuelle Schritt von der »Kultur« zur »Politik« größer geworden ist, und das es naiv wäre, zu glauben, linke Subkultur sei ein Selbstläufer. Am Beispiel anderer Subkulturen, die entweder auf eine eher linke Geschichte zurückblicken können (Dark-Wave/Gothic) oder denen sich viele Linke verbunden fühlen (Techno), wird deutlich, wie sehr die Rechte bemüht ist, sich dort Einflußsphären zu erschließen. Eine Betrachtung und Wertung von Tendenzen in Jugendsubkulturen, birgt immer die Gefahr, eine Pauschalisierung zu betreiben. Doch diese wird der Realität nicht gerecht, denn keine Subkultur ist in sich homogen, die Übergänge gerade auch zur »politischen

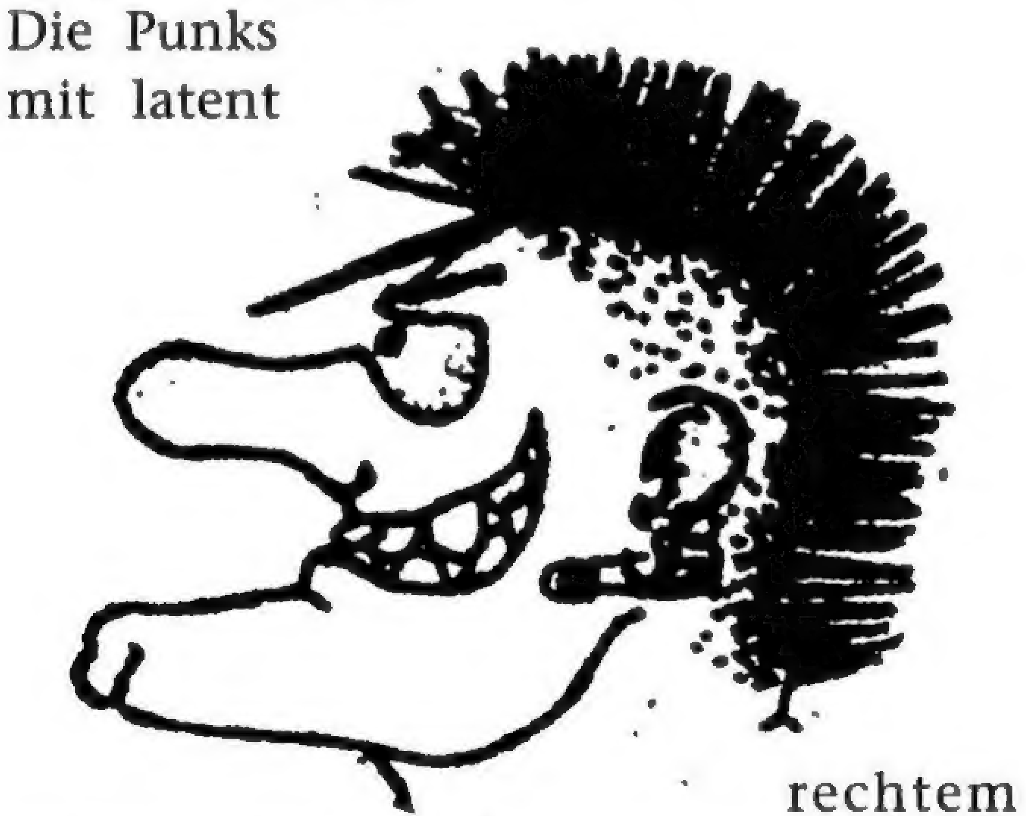
Szene« sind vielfach fließend und die beschriebenen Szenarien zeigen sich in den verschiedenen Regionen und Orten höchst unterschiedlich. Auffallend ist das Ost-West-Gefälle. Jugendkulturen, die im Westen Deutschlands nicht als rechts-besetzt gesehen werden können, sind in den östlichen Bundesländern teilweise von neonazistischen Jugendlichen dominiert. Zumindest dort scheint die Rechte ihrem erklärten Ziel der »kulturellen Hegemonie« einen großen Schritt näher gekommen zu sein.

Punks und Autonome: Trennung im gegenseitigen Einvernehmen?

»Wir rufen die Autonomen auf, uns beim Kampf gegen die Neonazis zu helfen. Ihr seid uns durch eure bessere Organisation eine wichtige Hilfe.« (Flugblatt zu den Chaos-Tagen in Hannover 1984)

»Nächstes Jahr will der eine oder andere Autonome aber doch nach Hannover kommen. Danke! Die Straße freut sich, wenn ihr von euren Sperrmüll-Bürosesseln und durchfurzten WG-Sofas, welche in Hannover zu Barrikaden verarbeitet wurden, mal wieder aufsteht.« (Nachbetrachtung der Chaos-Tage 1995 im Punk-Magazin ZAP, 10/1995)

Ausdruck einer linken Subkultur war in den letzten 15 Jahren die Punkbewegung, einschließlich des aus ihr entstandenen Hardcores. Stand in den Anfangsjahren noch die Ablehnung jeder Politik und eine »Gegen Alles«-Haltung im Vordergrund, so politisierte und polarisierte sich die Bewegung Anfang der 80er Jahre. Die Punks mit latent



rechtem Weltbild wurden zumeist Skins, andere stagnierten im Nihilismus und ein unübersehbarer Teil tendierte zu linken Ideen.

Doch Punk war nie explizit »die Kultur der radikalen Linken«. Er ist vielmehr eine Erlebniswelt, die sich in mancher Hinsicht mit den »Spontis«, den damaligen Autonomen, verband.

In der Boom-Epoche der 80er war es vor allem der Kampf um die Freiräume, der sich zum Kristallisationspunkt der Punk-Subkultur und autonomer Politik gleichermaßen entwickelte. Hier gelang es die unterschiedlichen Ansätze in einer heterogenen Bewegung zu bündeln und eine gemeinsame Identität (»Die Hausbesetzerbewegung«) zu schaffen, der sich jeder und jede zugehörig empfinden konnte, der/die dabei war oder ihr nahestand.

Die Ohnmacht gegenüber den politischen Veränderungen in den 90ern führte jedoch immer weiter in die Zersplitterung und in die Tendenz, die eigene Identität vor allem über die Abgrenzung zu anderen zu bestimmen. So ist die gemeinsame Erlebniswelt heute weitgehend zerfallen, mit ihr schwanden die verbindenden Momente und die trennenden traten immer stärker zum Vorschein. Autonome kritisieren den *»inhaltslosen Aktionismus«* der Punks und die mangelnde Bereitschaft, sich an Diskussionen beispielsweise über Sexismus/Patriarchat zu beteiligen. Für die Punks wurden Autonome zu »Automaten« oder zu Hippies – gebraucht als Synonym für eine intellektuell geprägte, beständig moralisierende und die Weltverbesserung beschwörende Gemeinschaft.

Vielen aus der jungen Generation fehlt heute schon der Erfahrungswert von einem Stück gemeinsamer Geschichte. Im Osten Deutschlands hatte der Punk eine etwas andere Entwicklung durchlaufen. Eine undogmatische linke Bewegung bestand in dieser Form nicht und die Tatsache, daß Punk einer überaus repressiven Behandlung durch einen Staat ausgesetzt war, der den Antifaschismus zur Doktrin erhoben hatte, verhinderte eine allgemein positive Besetzung des Begriffes. So hatte der »Ost-Punk« eine anti-rechte wie auch antilinke Tradition und oftmals keine Bindung zu den linken und autonomen Gruppen.

Als Gemeinsamkeiten zwischen (vielen) Punks und (vielen) Linken existieren heute zwar der Kampf gegen Neonazis und für Freiräume, doch läßt die Fraktionierung oft nur ein gespanntes Nebeneinander zu. Da die gegenseitige Identifizierung negativ besetzt ist, ist eine Verständigung derzeit schwer möglich.

Mangels politischer Konzeption und Alternative begann ein Großteil der Punks, sich mehr aufs Kulturelle zurückzuziehen und sich – rückblickend auf die eigene Geschichte – wieder ausschließlich als Gegenbewegung zu verstehen, in der Lust zur Provokation und »Fun« die bestimmenden Faktoren sind. Über die Chaos-Tage 1994 und 1995 erlebte der Punk seine Renaissance und die Euphorie darüber kann bislang jede (auch interne) Skepsis übertönen.

Rechte Skins: Eine kulturelle Expansion

Parallel zu dieser Entwicklung geht ein Teil der rechten Skinkultur, so scheint es, einen ähnlichen Weg. Viele der Skins stehen dem organisierten Neonazismus traditionell eher distanziert gegenüber, was die deutschnationale Aufbruchstimmung nach der Wiedervereinigung nur für einige Jahre überbrücken konnte. Mit dem Teilrückzug des organisierten Neonazismus aus der Öffentlichkeit ist mancherorts ein politisches Vakuum entstanden und viele rechte Skins beginnen, sich (wieder) stärker über »ihre« Kultur zu identifizieren, wo es mehr darauf ankommt, Teil einer Bewegung zu sein, als einen Parteiausweis zu haben.

Anders als die Linke, die den Bezug zu »ihren« Punks weitgehend verloren hat, haben die organisierten Neonazis für sich das Rückzugsgebiet der Subkultur erkannt und zu einem wesentlichen Standbein ihrer Politik ausgebaut. Netzwerke wie die BLOOD & HONOUR-Bewegung und die HAMMERSKINS (vgl. AIB Nr. 34, AIB Nr. 38) wie Fanzines und Plattenlabels sorgen dafür, daß die Kultur immer mit ausreichend Ideologie unterfüttert wird und gleichzeitig expandiert. Rassistisches, neofaschistisches Denken wird häufig mit Begriffen wie »patriotisch« oder »deutsch« verbrämt, als bestimmende Momente werden der »Way of life« und »Parole Spaß« vorgegeben.

Auf dieser scheinbar unpolitischen Ebene begegnet die Rechte anderen Jugendsubkulturen, wie zum Beispiel Teilen der Heavy Metal- oder der Punkbewegung. Auch wenn die Verbrüderung ausbleibt, entsteht oft an diesen Schmelzpunkten ein faktischer Konsens, der besagt: Die Politik bleibt draußen, Musik und Spaß stehen im Vordergrund. Es wird eine Friedenspflicht festgeschrieben und wer diese bricht, ganz gleich ob links oder rechts,



wird als Störenfried begriffen. Antifaschistisches Handeln wird dann nicht mehr zustimmend oder wenigstens differenziert betrachtet, sondern eher grundsätzlich mit politischen Dogmatismus gleichgesetzt und abgelehnt.

Für die Rechte ist dies zweifelsohne ein Durchbruch. Sie hat es ansatzweise geschafft, ihre subkulturelle Isolation aufzubrechen und sich Räume zu erschließen, die ihnen bislang verschlossen waren.

Der Punk, in seiner Gesamtheit immer noch weitgehend resistent gegen eine Infiltration von rechts, verwickelt sich dabei zusehends in Widersprüche.

Für seine Vorstellung des unpolitischen Zusammenseins konnte der Sänger der Punkband Beck´s Pistols (heute Pöbel & Gesocks), »Willi Wucher«, sogar in der Neonazi-Gazette ENDSIEG werben. Erst auf Druck aus der Szene relativierte er diese Aussage. Das auf den Jacken mancher Punks über dem Gegen-Nazis-Aufnäher das Bandlogo der Beck´s Pistols prangert, kann sicher nicht als Bekenntnis zu den Aussagen des Willi Wucher aufgefaßt werden, doch spiegelt sich darin eine Inhaltslosigkeit wieder, mit der Gegen-Attribute zuweilen benutzt werden.

Die Braunschweiger »Kult«-Punkband Daily Terror, die sich immer von Rechten distanzierte, führte ihr Selbstverständnis in ihrer dritten LP (Textprobe: *»...verleugnet nie woher ihr kommt, seid stolz auf euer Land...«*) ad absurdum. Nachfolgend produzierte Sänger PETER TEUMER zwei Sampler, auf denen auch rechte Bands vertreten waren, die neonazistischen Bands NOIE WERTE und ENDSTUFE zählte er zu seinem *»engsten Bekanntenkreis«*. Das alles konnte ihn in der Punkbewegung nicht vollständig isolieren. Aber nicht nur Punks haben, so scheint es, damit ihre Schwierigkeiten. Glaubt mensch einem Artikel des antirassistischen Skinhead-Magazins SkinTonic (heute SkinUp) von 1994, so wurde Teumer bei einem Konzert in Salzgitter *»von einem guten Dutzend antifaschistischer Schläger ins Krankenhaus geschickt (...), um dann von besorgten Hildesheimer Antifaschisten (die auch schon mit ihm zum Konzert gekommen waren) nach Hause eskortiert zu werden.«*[3]

Die Linke, Jugendgangs und der Hip-Hop: Geschichte eines Mißverständnisses?

Der beginnende Bruch mit Teilen der Punkbewegung wurde von nicht wenigen radikalen Linken nur achselzuckend registriert. Punk galt als in seiner Entwicklung stehengeblieben und im zunehmenden Anspruchsdenken war es sowieso immer mühseliger geworden, Kompromisse zu finden.

Als (neues) Potential wurde Hip-Hop entdeckt, eine *»Arbeitslosen- und Hoffnungslosenkultur«*[4] mit vielen Ausdrucksformen, die ihre Ursprünge in den Schwarzen-Gettos der US-Metropolen hat. Dort sieht er sich in der Tradition der schwarzen Befreiungsbewegungen und ist vielfach mit einem weitergehenden politischen und sozialen Engagement verbunden.

Hier mußte die Linke jedoch feststellen, daß *»Hip-Hop nicht einfach in einen anderen Lebensraum/Kulturkreis übernommen werden (kann)«*.[5] Zwar sorgt die Hip-Hop-Industrie dafür, daß antirassistische Statements zur besten Sendezeit über MTV laufen, andererseits aber auch dafür, daß die politischen Aussagen verwässern und Hip-Hop zur leicht verdaulichen Massenkost auch für die privilegierte, deutsche Mittelstandsjugend wird. Der in Deutschland gespielte Hip-Hop entpuppt sich leider allzuoft als eine Kopie des amerikanischen Vorbilds, ohne daß dessen Verwurzelung und Zustandsbeschreibung hier seine Entsprechung fände.

Was Hip-Hop für die antirassistische Bewegung besonders relevant machte, war die Tatsache, daß viele jugendliche MigrantInnen darin punktgenau ihr Lebensgefühl wiederfanden. Doch die oft in Gangs zusammengeschlossenen Jugendlichen verschrieben sich meist dem sogenannten Gangster-Rap, in dem der soziale Aufstieg idealisiert wird. Dies steht konträr zum Punk. Der ist geprägt von Jugendlichen aus der deutschen Mittelklasse, die das herrschende (kapitalistische) Wertesystem ablehnen, darin freiwillig den sozialen Abstieg vollziehen und provokativ zur Schau stellen. Damit kann sich die radikale Linke, die die gleiche Sozialisation hat, weitgehend identifizieren. Mit dem Gangster-Rap identifizieren sich jedoch Kids aus unteren Schichten und sie fordern ihren Platz in eben diesem Wertesystem ein. Die Idee, aus dem Getto aufzusteigen, Wohlstand und »Macht« zu erreichen, steht oft weit mehr im Vordergrund als beipielsweise eine Kapitalismuskritik oder die Auseinandersetzung mit dem eigenen Sexismus. Progressive und nachdenkliche Hip-Hop-Töne, die sich zum Beispiel gegen die Faszination für die gewalttätigen Jugendgangs in den US-Gettos wenden, verhallen oft ohne breitere Wahrnehmung. Hip-Hop wird dann auf die sex-istischen und gewaltverherrlichenden Elemente reduziert und als Verkündung des stammesmäßigen, sozialdarwinistischen Verteilungskampfes interpretiert.

So ist Hip-Hop als Kommunikationsmittel zwischen der (deutschen) Linken und den Jugendgangs nur bedingt tauglich. Deren Realität bleibt für (deutsche) Linke oft eine fremde Welt und umgekehrt ebenso, der gemeinsame Nenner erschöpft sich zumeist in der Ablehnung von Neonazis und Staatsgewalt.

Techno: Soundtrack eines Umbruchs oder Tanz ins Ungewisse?

»Heute nacht werden Farbige und Weiße, Deutsche, Engländer, Franzosen, Polen, Schweizer, Leute aus dem protestan-

tischen Teil von Belfast und Leute aus dem katholischen Teil gemeinsam tanzen und sich amüsieren. Techno steht für Toleranz. Homosexuelle haben sich sicher auch über ihren Einfluß in der Techno- und Houseszene Akzeptanz erkämpfen können.« (Raveline)[6]

»...Wer hat aus der Euthanasie eigentlich so ein Riesentabu gemacht? Wenn man mich fragt: Wenn sie sterben wollen, sollen sie sterben, wenn sie nicht mehr leben wollen, bringt sie unter die Erde! JaJa, da rufen die Moralisten wieder, wo bleibt der Humanismus, aber ich sage euch, ich pfeif´ auf den Humanismus, wenn ich schweißgebadet hinter so einer alten tumben Schnecke stehe und draußen die Sonne die Welt verzaubert...« (Houseattack, Oktober 1996)

Die Widersprüche in den Aussagen sind typisch für die Techno-Kultur. Ihr haben sich auch viele Linke geöffnet, um sich ein Stück »neues« Lebensgefühl heranzuholen. Techno symbolisiert Lebenslust, plädiert für Frieden, für ein ungezwungenes Verhältnis zum eigenen Körper, für Bewußtseinserweiterung durch Drogen – Begriffe, die von der Linken geprägt wurden und (mit Ausnahme der Drogenproblematik) eigentlich durchweg positiv besetzt sind.

Also nur Neohippies im Soundcard-Zeitalter? Skepsis ist angebracht, hat doch die Massenware Techno die Ideale weitgehend in den Hintergrund gedrängt – Konsum statt Kreativität, Anpassung statt Anders-Sein. Der allgegenwärtige Trend zur Individualisierung findet dort seinen Ausdruck und kehrt sich im Starkult um die DJ's und in mechanisch wirkenden Massenspektakeln brachial ins Gegenteil. In diesen Selbstinszenierungen werden die herrschenden Gegensätze – schwarz und weiß, arm und reich, links und rechts usw. – dem Gemeinschaftserlebnis untergeordnet, für unbedeutend und nichtig erklärt. So wirkt allzuoft Techno als eine Scheuklappe, die die gesellschaftlichen Widersprüche ausblendet und entpolitisiert.

Die von Techno ausgehende Entpolitisierung mag ein Grund sein, daß er vom einem Teil der Linken mißtrauisch beäugt wird – erhebt doch die Linke den Anspruch, zur politischen Bewußtseinsbildung und zur Polarisierung, gerade unter Jugendlichen, beitragen zu wollen.

Raimund Hethey bemüht sich, leider undifferenziert, im Rechten Rand Nr.37 (*»Tanz ins Ungewisse: Neofaschisten entdecken Techno«*) um die Beweisführung, daß Techno ins Visier der Neonazis geraten sei. Doch Hethey erwähnt nicht, daß Techno bei manchen rechten Gruppen ebenfalls Ablehnung erfährt – und die ist gezeichnet von der Angst, »eigene« Leute und die Jugendlichen, die *»als Hoffnungsträger aus keiner utopischen, zukunftsorientierten Ideologie wegzudenken sind«*[7], an Techno zu »verlieren«.

In gewisser Weise mag der Eindruck entstehen, daß Techno – und da greift die Kritik von Hethey – einem »neu«-rechten Gesellschaftsbild näher kommt als der von Humanismus und Moral geprägten linken Lebensphilosophie. Das erkannt zu haben glaubt zumindest der notorische Trittbrettfahrer ROLAND BUBIK (JUNGE FREIHEIT), der seine Bestimmung darüber findet, Jugendkulturen auf Rechtskompatibilität zu prüfen, bzw. diese herzustellen. Mit fasziniertem Blick sieht er in den Events den *»Rausch der Masse«* und in den Animationen der DJ's die *»Kommandos ihrer Führer«*.[8] Und vor allem: *»Techno ist europäischen Ursprungs«* und *»individuell gesehen, anonym und austauschbar, andersherum betrachtet global und nur in einer Gemeinschaft funktionierend«*.[9]

Der FPÖ-Vordenker ANDREAS MÖLZER sinniert über Techno als den *»Soundtrack eines Umbruchs«*, der *»längst die Grundmauern dieser Gesellschaft erschüttert hat.«*[10] Damit glaubt auch er, die Gemeinsamkeit mit dem *»rechten Lebensgefühl«* schon gefunden zu haben.

Diese Analysen lassen die Rechte selbstbewußt mit Techno umgehen, für sie ist eine klare rechte Ideologie nicht Grundvorraussetzung für eigenes Engagement in der Bewegung. Dabeisein ist alles – es geht darum, einen Platz in der Kultur zu finden. Diesen auszubauen und ideologisch zu besetzen, ist mittel- und langfristiges Ziel.

Perspektivisch sind beispielsweise das von der JUNGEN UNION BAYERN 1995 geforderte Techno-Verbot, sowie die Verhängung von Verboten für Techno-Musik in Freiburger Diskotheken 1996 Ansatzpunkte – können sich doch Kreise wie die Junge Freiheit mit ihrer Anti-Political Correctness (PC)-Kampagne, mit der sie sich schon seit geraumer Zeit versucht, als Vorkämpferin gegen »Zensur« zu profilieren, der Bewegung als potentielle Fürsprecherin anbieten.

Die Krise linker Kultur: Bewegung oder Avantgarde?[11]

»1991 war ein Jahr der traurig-komischen Randgeschichten wie der von dem Teenager, der im Plattenladen nach einer LP von den Böhsen Onkelz verlangte und dann – nachdem man ihm gesagt hatte, daß man die wegen wegen der Nazi-Sympathien dieser Band nicht verkaufe – nachfragte, ob den stattdessen was von Public Enemy auf Lager sei: das würden er und seine Freunde nämlich auch noch gerne hören.« (Spex)[12]

So bleibt bei Techno wie bei der Dark-Wave-Szene die irgendwie absurde Feststellung, daß ausgerechnet die Rechte als selbsternannte Verfechterin von Toleranz, Meinungsfreiheit und kultureller Vielfalt sich in Teilen der Jugendkultur Gehör verschaffen kann. Und es bleibt die Frage, ob das ungenierte Wühlen auf einem bislang links- und liberalbesetzten Terrain nicht vielleicht der eigentliche politische Einschnitt ist, auf dessen Grundlage der Kampf um die kulturelle Hegemonie erst geführt werden kann.

Die Linke, bzw. die linke Subkultur ist in der Krise. Sie steht paralysiert vor der Entwicklung zur hyperindividualistischen Konsumgeneration, in der elementare Begriffe wie »Solidarität« oder »politisches Bewußtsein« weiter an Bedeutung verlieren werden.

Auch wenn es rechten Strategen gelungen ist, dort einige Ansätze zu plazieren, sollte eine übergreifende Politisierung nach rechtsaußen nicht herbeigeredet werden. Die selbsternannten Kulturexperten sind doppelzüngig und durchschaubar. So zum Beispiel Bubik und Boßdorf, deren Medien inhaltlich nur zeitgemäßen Aufgüsse alter, autoritärer Ideen geben oder TORSTEN LEMMER, profilierungssüchtiger Buchautor und Ex-Manager der Naziband STÖRKRAFT, für den Geschäftsinteressen an erster Stelle stehen.

Selbst in der Dark-Wave- und der Techno-Szene sind mit unterschiedlichen Einfluß und Erfolg Strömungen geblieben oder am Entstehen, die sich nicht nur offen gegen rechts wenden, sondern auch die Gedankenlosigkeit der »eigenen« Leute thematisieren. Die antirassistische Bewegung sollte sich um Differenzierung bemühen und sich dort als Ansprech- und Austauschpartner anbieten.

Doch spätestens dann zeigt sich die andere, hausgemachte Seite des Problems. Ein lesenswerter Beitrag in der autonomen Zeitschrift Interim vom 4. Mai 1995 beschreibt dies als den Konflikt zwischen *»Spaßhaben und Spaßverderben«* und meint die Kluft zwischen der Gegen-/Subkultur und dem politischen Widerstand, wobei es ein deutsches Phänomen ist, daß diese beiden Bereiche sich nicht grundsätzlich aufeinander beziehen und ergänzen. Vor allem die Rundumschläge der Antinationalen, manche Organisierungsdebatten und Diskussionen um Political Correctness (PC) werden vielfach als Zensur, Bevormundung oder versuchte Disziplinierung abgelehnt.

Das Punk-Fanzine »we're coming back« wirft den VerfechterInnen der »PC« vor *»den szenekonformen Einheitsmenschen«* formen zu wollen und vertritt den Standpunkt, *»daß sich die Größe und Stärke einer Bewegung nicht an deren Parteidisziplin mißt, sondern an der Vielfalt der Meinungen und der Kultur und an den vielen Menschen, die trotz aller Unterschiede was zusammen auf die Reihe kriegen«*[13]

Dem gegenüber steht beispielsweise der Anspruch autonomer Kreise, bestimmte Positionen, wie zu Sexismus und Rassismus, als allgemeingültiges Selbstverständnis festzuklopfen – als Fundament dafür, die *»emanzipative Kraft«* zu behalten und um zu verhindern, daß *»erkämpft geglaubte antipatriarchale Positionen wieder in weite Ferne rücken.«*[14]

So stehen sich unterschiedliche Ansätze scheinbar unüberbrückbar gegenüber: Zum einen der, sich über ein betont undogmatisches, pluralistisches Selbstverständnis in der Jugend zu verankern. Zum anderen der, diskriminierten gesellschaftlichen Gruppen Solidarität zu vermitteln und (zumindest innerhalb der »Szene«) maximale Lebensbedingungen zu ermöglichen.

Den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang von Kapitalismus, Imperialismus, Sexismus, Patriarchat und Rassismus, in dem die ausschließliche Bekämpfung eines Teilbereiches allenfalls Stückwerk ist, in einem falsch verstandenen Toleranzdenken und im Schielen nach Bündnissen auszublenden, wäre in der Tat ein bedenklicher Verlust an politischer Radikalität.

Doch erscheinen, gerade für das (sub)kulturelle Umfeld, einzelne Begriffsdefinitionen zu eng gesteckt und zu absolut verfaßt, der vortragende Kreis wirkt elitär und unberührbar. So werden statt Denkprozessen eher Trotzreaktionen und real nicht existierende Solidarisierungseffekte ausgelöst. Denn Leben in der Subkultur ist ein gruppenfixierter Selbstfindungs- und Selbstbehauptungsprozeß, der zwar progressive Elemente beinhalten kann, sich aber nie an einem »von außen« hineingetragenen Wunsch- und Anspruchsdenken orientieren wird.

Die antirassistische und antifaschistische Bewegung sollte stark genug sein, mit ihren Widersprüchen zu leben. Sie darf sich nicht in diesem Spannungsfeld aufreiben und auf die Suche nach der einzig gültigen Wahrheit begeben, sondern sie sollte sich als eine Bewegung verstehen, die bemüht ist, unterschiedlichen Ansätze und Optionen miteinander zu verbinden. Für sie kann die Frage nicht primär lauten, ob und wie weit Positionen aufgegeben oder hintenangestellt werden müssen. Vielmehr gilt es eine Erfahrbarkeit zu entwickeln um darüber zu einer Diskussionsebene und zu einer Streitkultur zu finden, die nicht von Mißtrauen und von Identitätsbestimmung über Abgrenzung geprägt ist. ■

1) zitiert nach Der Rechte Rand Nr.37
2) vgl. Junge Freiheit, 14.7.95
3) Skin Tonic Nr.17/1994
4) Diederichsen, Neue Soundtracks für den Volksempfänger, 1993
5) Rabaz Nr.1/1994
6) Rabaz Nr.5/Frühj.1996
7) Der Rechte Rand Nr.40
8) Bubik in Identität, Nr.2, 1994
9) Bubik in Identität, Nr.2, 1994
10) Mölzer/Bubik in AULA 4/95, S.37 (???))
11) vgl. We're coming back, Frankfurt/Main, Nr.2, 1995
12) Spex Nr.1, 1992, S.39
13) We're coming back, a.A.o.
14) Stellungnahme der Autonomen Männerantifa Hamburg, September 1994, vgl. Interim 3.11.94, S.27



Heitmeyer & Co in der Praxis

Sozialarbeit mit rechten Jugendcliquen

Die Betreuung rechter Jugendcliquen durch SozialpädagogInnen, das Schaffen von Räumlichkeiten eigens für diese Projekte und die enorme finanzielle Förderung von bundesweiten Programmen, wie dem »Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt«, kurz AgAG, das alles steht seit Ende der 80er Jahre ganz oben auf der Liste staatlicher Maßnahmen zur Bekämpfung des »Rechtsextremismus« (vgl. AIB Nr. 21).
Rassistische Brandanschläge, damals zu hauf in den Medien und in der Öffentlichkeit diskutiert, wurden schnell zu einem »Jugendproblem«. Diejenigen, die ausschließlich Jugendliche als Urheber faschistischer Gewalt ausmachten und die dazu gehörigen Gründe in fehlender Orientierung (das bedeutet zum Beipiel Wegbrechen der gewohnten Alltagsstrukturen in der Ex-DDR, Arbeitslosigkeit, kaputte Familienverhältnisse und eingebildete »Übervorteilung« durch AusländerInnen/Flüchtlinge) sahen, wie der Sozialpädagoge Wilhelm Heitmeyer (vgl. AIB Nr. 37), der Politologe Claus Leggewie oder der Sozialpädagoge Krafeld, bekamen schnell Oberwasser. Sie lieferten, trotzdem sie teilweise aus dem »linkerem« Spektrum der Hochschulen kamen, Erklärungen, die der Öffentlichkeit genehm waren und schnell aufgenommen wurden, weil sie die gesellschaftlichen Hintergründe faschistischer Gewalt nicht umfassend kritisieren, sondern, wo sie sie sehen, eher vermittelnde Erklärungen vorbringen, »warum die Jugendlichen so sind«. Auf diese Grundlage baut dann auch das Konzept der sozialpädagogischen Projekte mit rechtsextremen Jugendlichen.

Auffällig ist zunächst, daß es kein einheitliches Konzept gibt, das dies auch mit dem Verweis auf gewünschte Flexibilität und angebliche »Anforderungen der Praxis« gar nicht gewünscht wird. Folgende Grundlagen lassen sich aber doch feststellen: Wie der allgemein benutzte Name »*akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Cliquen*« schon ausdrückt, geht es zunächst um eine Akzeptanz der Menschen.

So inhaltsleer das auch erstmal klingt (»*Jeder Jugendliche hat auch emotionale und soziale Bedürfnisse und Interessen und verfügt über persönliche Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten.*« [Entwurf für ein Konzept für aufsuchende Jugendarbeit mit Cliquen, Hrsg.: Der Senator für Gesundheit, Jugend und Soziales, 18.1.1995]), bedeutet dies in der Regel, Verständnis für die Probleme der Jugendlichen zu haben, und ihnen nicht nur Unterstützung bei Behördengängen oder »*Konflikten mit dem Chef*« zu geben, sondern auch ihre faschistischen Einstellungen zu akzeptieren bzw. zu legitimieren.

Das heißt, rassistische und faschistoide Äußerungen und Taten werden nicht einfach »nur« in Kauf genommen, sondern sind geradezu Voraussetzung und Bedingung dieser Sozialarbeit. Die akzeptierende Jugendarbeit geht dabei davon aus, »*daß die Orientierungsmuster dieser Jugendlichen Produkte ökonomisch-sozialer Alltagserfahrungen sind, in denen sich (...) Verunsicherungen und Instabilitäten zeigen. (...) Entsprechend sollte Jugendarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen nicht ihren Blick auf Mitgliedschaften, auf inkriminierte politische Äußerungen oder Verhaltensweisen richten (...)*« (»Lieber ein Skinhead als sonst nichts«, Heim, Krafeld, Welp u.a., S. 212 aus: neue praxis, 21. Jg. [1991] S. 300-310).

Desweiteren baut das Konzept der SozialarbeiterInnen auf die Einbeziehung ganzer Cliquen, was dazu führt, daß auch Kader faschistischer Organisationen, als Teil der Cliquen in ihrer Funktion bestätigt werden. Dies führt leider nur allzu oft zu einer Unterstützung der Rekrutierungsbemühungen von Nazis; auch den kulturellen Orientierungen der Jugendlichen auf Nazi-Skin-Musik wird entsprochen, in dem ihnen beispielsweise Proberäume zu Verfügung gestellt werden.

In einzelnen Fällen bekamen Nazis Anstellungen als Sozialarbeiter. Häufig sind SozialarbeiterInnen eingesetzt, die auf wenig berufliche Praxis rückblicken können, kritische Reflexion (Supervision) ist im Konzept ebenso wenig vorgesehen wie eine öffentliche Kontrolle der Projekte.

Rücken frei

Ziel der SozialarbeiterInnen ist auch eine Verhinderung der Konfrontation zwischen rechtsradikalen Jugendlichen und antifaschistischen, linken Jugendlichen. Sie denunzieren den Versuch, auf Jugendliche einzuwirken, rechte Denkmuster zu kritisieren und zu verändern als von vornherein zum Scheitern verurteilte »Bekehrung«. Den antifaschistischen Initiativen wird zumindest untergründig die Schuld am Erstarken des Neofaschismus zugeschoben, weil sie die Nazis in die Ecke stellen wollen, anstatt an ihrer Integration zu arbeiten. Dagegen favorisieren sie, Konflikte aus der Welt zu schaffen, indem den Nazis eigene Räume gegeben werden. So bekam die Bremer Jugendclique TORFSTURM, Anfang des Jahres im ZDF zu sehen, eigene Räume, nachdem sie aus dem örtlichen Freizeitheim von anderen Jugendlichen rausgeschmissen wurden und die Behörden selber um einen Treffpunkt baten. In Delmenhorst wurde ein Skinhead-Projekt in einem Zentrum durchgeführt, das bis dahin unter anderem von Antifas genutzt wurde. Wegen dieser Verdrängung geht das Konzept, die Auffälligkeiten der Jugendlichen zu kaschieren, vielfach auf: »*Längst ist der Jugendclub auch in seiner Umgebung und im Stadtteil allgemein akzeptiert, nachdem für alle unübersehbar ist, wie sehr Gewalttaten und andere Auffälligkeiten dort zurückgegangen sind (...) Gleichwohl haben sie ihre hohe Gewaltbereitschaft nicht abgelegt, sind ihre rechten*



Antifa-Demo gegen gescheiterte Sozialarbeit mit Rechten

Orientierungsmuster nicht weg, haben wir sie nicht 'bekehrt', sie 'aus der Szene herausgebrochen' oder 'umgekrempelt'.« (Krafeld, »Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen«, S.50, Hrsg.: Landeszentrale für politische Bildung).

Außerdem wird in den Auseinandersetzungen gerne rechts mit links gleichgesetzt, häufiger noch werden sie auf die Gewalt reduziert, in der sie manchmal ausgetragen werden, jedweder politische Hintergrund wird dann geleugnet und antifaschistische Initiativen entweder mit politischem Vandalismus gleichgesetzt oder ganz unter den Teppich gekehrt. Durch günstige Sozialprognosen vor Gericht (»wir haben das in Arbeit bzw. im Griff«), erreichen die SozialarbeiterInnen schonungsvolle Behandlung ihrer »Schützlinge«. Auch von Seiten der Polizei schlagen ihnen oftmals Wellen der Sympathie entgegen. Besonders in den letzten Jahren hat die sozialarbeiterische Förderung die gesellschaftliche Akzeptanz für die rechtsextremen Jugendcliquen vermehrt.

Aber, wenn es denn – wie gerne behauptet wird – stimmt, daß es sich bei den Jugendlichen um keine »richtigen« Nazis handelt, daß sie teilweise noch sehr jung sind, MitläuferInnen, ungefestigt usw., ist es auch und gerade wichtig, daß keine Strukturen zugelassen werden, in denen sich ihre rechtsradikalen Auffassungen festigen und Einzelne von Neo-Nazis rekrutiert werden können.

Statt dessen sollte ihren Sprüchen entgegengetreten werden, sie sollten erleben, daß ihre Auffassungen kritisiert, hinterfragt und angegriffen werden, daß es eben keinen Raum für diese gibt.

Neben einigen regionalen Initiativen, die sich meist gegen ein konkretes Projekt richteten, wurde allerdings von Seiten antifaschistischer Gruppen wenig Kritik laut bzw. bekam keine Stimme.

Nur wenige Jahre später sind antifaschistische Gruppen in den verschiedensten Orten mit einer Entwicklung konfrontiert, die die anfängliche Kritik an Projekten wie Analysen bestätigt. Sozialarbeiterische Projekte sind mittlerweile so etabliert, daß Antifagruppen sich daran die Zähne ausbeißen, etliche Hinweise auf die Einbindung der rechten Jugendlichen in faschistische Strukturen erregen kaum noch Aufsehen. Anschläge und Übergriffe haben sich auf hohem Niveau eingependelt und gehören zur deutschen Normalität. Eine klare politische Einordnung von Sozialarbeit ist verloren gegangen.

Aus einer grundsätzlichen Ablehnung, »uns sozialpädagogisieren zu lassen« kommt eine fachliche Diskussion auf dem Gebiet nur langsam in Gang. Gegenentwürfe unter Betrachtung der Funktion von Sozialpädagogik (Reintegration in das herrschende System) sind nicht präsent. Die Lösung liegt allerdings auch nicht in der Suche nach einem korrekten sozialpädagogischen Konzept, die Diskussion muß sich, daß zeigen die konkreten Erfahrungen vor Ort, um ein politisches Gesamtkonzept drehen. So sind antifaschistische Kräfte, wenn überhaupt vorhanden, vielmehr mit Fragen der Bündnisarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen konfrontiert.

Angesichts der Lage in Orten/Gegenden, wo linke Kultur und antifaschistische Kräfte verdängt sind, wie auf dem Land oder in großen Teilen der Ex-DDR, fragt man sich manchmal, ob die Parole »Lieber ein Rep-Wähler als ein Nazi-Schläger« zu realpolitisch ist... Ist sie.

Aber wo rechte Jugendliche staatlich gefördert und betreut werden, ist bald – das zeigt die Erfahrung – kein Platz mehr für andere Jugendliche: diejenigen, die sich als AntifaschistInnen begreifen oder die ganz einfach keine Lust haben, sich rassistische und nationalistische Sprüche anzuhören, oder die sich von solchen Sprüchen gemeint und bedroht fühlen.

Während diese verdrängt werden, ziehen die neuen Möglichkeiten, die ihnen da von Staats wegen geboten werden, organisierte Neonazis an.

Die sind momentan auch nicht auf gewalttätige »Auffälligkeiten« aus, sondern auf Rekrutierung, Organisierung und Präsenz in gesellschaftlichen Räumen, die ihnen früher verschlossen waren. Da, wo sie ihnen bereitwillig geöffnet werden, breiten sie sich aus: in Jugendzentren, Schulen, Unis, Behörden. Und wer die Entwicklung der letzten Jahren verfolgt, kann beobachten, daß die hier dargestellten und weitere laufende Projekte, den Nazis nicht geschadet haben. Ihre Mobilisierungsfähigkeit und ihre Gesellschaftsfähigkeit steigen weiter.

Wer – insbesondere in ländlichen Gebieten – der Etablierung einer rechten Szene nicht tatenlos zusehen will, hat es zunehmend nicht »nur« mit Neo-Nazis selbst zu tun, sondern auch mit deren SozialarbeiterInnen, Gemeindeverwaltungen, Jugendbehörden usw., mit einem neuen »rechten Konsens« staatlicher Stellen mit ihrer rechtsradikalen Jugend.

Wir denken, daß es wichtig ist, gegen diesen Konsens vorzugehen, ihn öffentlich zu themtisieren, Rechtsradikalen jeden Raum streitig zu machen, nicht zuzulassen, daß sie sich ausbreiten und organisieren, daß es öffentliche Räume gibt, in denen sie ungehindert ihren rassistischen Dreck loswerden können. ■

Dieser Text ist eine Zusammenfassung einer Broschüre, die momentan von verschiedenen Antifagruppen aus Norddeutschland erstellt wird und im Juni erscheint. Sie kann bei rat (reihe antifaschistischer texte, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg) bestellt werden. Sonstige Anmerkungen, Kritiken, Fragen bitte an: »Stichwort Broschüre«, St. Paulistr. 10/12, 28203 Bremen.

Rechtes aus der Gothic-Szene

Braune Stippen in der »schwarzen Szene«

Gothic?

Die »Gothic« oder auch »Darkwave« genannte Szene entstand Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre als Teil und Ausdifferenzierung der Independentszene. Als Vorläufer gelten Bands wie »Joy Division«, »Bauhaus«, »The Cure« und »New Model Army«. In der BRD hat Gothic längst den Status einer jugendlichen Randgruppe verlassen und ist in Mode gekommen.

Die als »Zentralorgan« der Szene geltende Hochglanzzeitschrift ZILLO hat immerhin eine Auflage von 70.000 Exemplaren. Als szenetypisches Auftreten gelten schwarze wallende Kleider, weiss/schwarzes Make Up und hochgestylte Haare. Das Lebensgefühl der Szene orientiert sich zumeist am Mittelalter, immer wiederkehrende Themen sind Esoterik, Romantik, Heidentum, Tod oder Todessehnsucht, exotische Religionen und Avantgarde. Als »Suchende« könnte man viele Szenemitglieder charakterisieren.

Gesucht wird eine romanisch verklärte »Ganzheit« welche in Form des Mittelalters oder von Naturdarstellungen gefunden wird, aber auch das Motiv der Endzeit, der Zerstörung und des Kampfes findet sich. Der heldenhaft esoterisch verklärte Kampf stellt den Weg zum Heil dar. Das unpolitische Selbstverständnis und die gefühlsmässig-irrationale Orientierung der Szene birgt die Gefahr, daß diese leicht ideologisch aufgeladen und instrumentalisiert werden kann.

Als faschistisches »Vorzeigeprojekt« könnte man die Zeitschrift SIGILL bezeichnen. In dieser, immer wieder durch Kleinanzeigen in unpolitischen Szenemagazinen, wie Zillo, auf sich aufmerksam machenden Zeitschrift werden viele Theoretiker und Vordenker des Faschismus aufgegriffen und dargestellt. So soll die Szene nach rechts gedrückt werden.

»MAGAZIN FÜR DIE KONSERVATIVE KULTURAVANTGARDE EUROPAS« lautet der Untertitel des aus Dresden kommenden Musikmagazins. Neben der »konservativen Revolution«, eine profaschistische Denkströmung der 20er Jahre, sind Vordenker des italienischen Faschismus Hauptbezugspunkte in Sigill. Musikalisch stehen jene Bands im Mittelpunkt, welche sich ebenfalls auf diese Denker berufen. So zum Beispiel DEATH IN JUNE, die sich auf den angeblich »linken Flügel« der NSDAP und ERNST RÖHM beziehen, die den italienischen Mussoliniberater verehrende Band AIN SOPH oder ALLERSEELEN, welche den Antisemiten LANZ VON LIEBENFELS und auch ERNST JÜNGER in seinen Liedern zitieren.

Neben musikalischen Beiträgen und Plattenkritiken findet sich auch ein Interview mit STEFAN ULBRICH. Der ehemalige WIKING JUGENDler, der bis Dezember '93 das Ressort Politik bei der JUNGEN FREIHEIT (JF) betreute, betreibt heute den ARUN VERLAG und den GAJA VERSAND. Dort verlegt er jene Vordenker die sich auch in Sigill wiederfinden: SPENGLER, EVOLA, NIETZSCHE, JÜNGER, RIEFENSTAHL und BREKER.

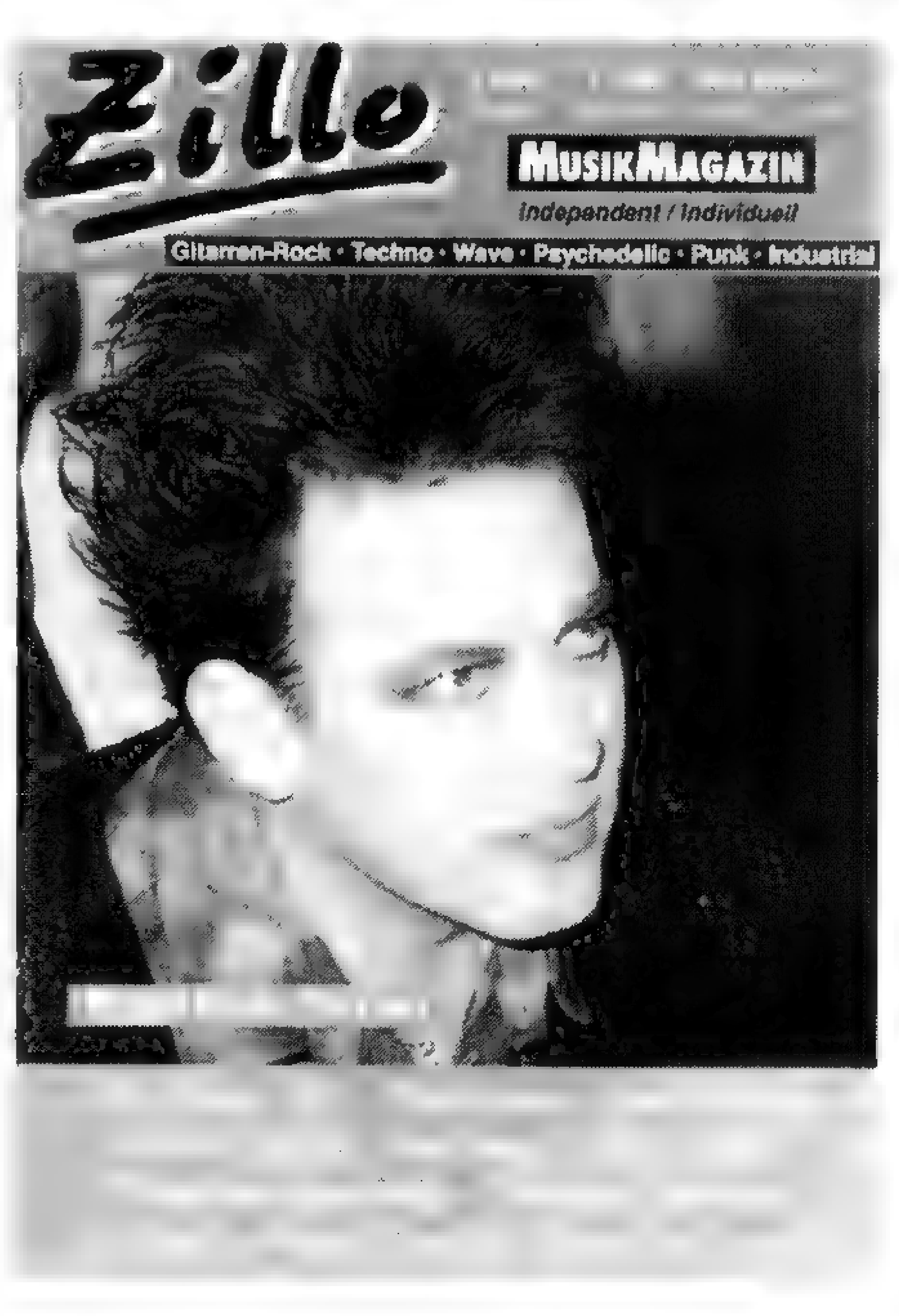
Deren Bücher bietet der Bingener Nazi WERNER SYMANEK in einer Anzeige in Sigill an. Sie sind gleichzeitig die zentralen Ideologen und Anknüpfungspunkte der Rechten an die Gothicszene. Spengler steht für Endzeitstimmung und Kulturverfall, der Elitetheoretiker Evola dessen Hauptwerk »Revolte gegen die moderne Welt« als Leitbild gesehen werden kann, verkündet den Kampf um eine esoterische Ständegesellschaft, Nietzsche wird für die Propagierung eines heidnischen Sozialdarwinismus genutzt und Jünger stellt schließlich die Verherrlichung von Kampf und Tod dar, welche im industriellen Kampf den angeblich schaurig/schönen Untergang der verhassten Moderne bedeutet.

Die Regisseurin von NS-Propagandafilmen LENI RIEFENSTAHL und der NS-Bildhauer ARNO BREKER prägen das Schönheitsideal in Sigill.

Hier entsteht ein ästhetisiertes Bild von Gesellschaft, das nur Kraft, Macht und Gewalt kennt. Widerspruch oder demokratisches Miteinander sind in dieser Ästhetik unmöglich. Hier gilt nur der Kampf. Wieweit der Kampf und der Tod verherrlicht

Im AIB Nr. 35 veröffentlichten wir ein Interview mit der Darkwave-Band »Deine Lakaien«. Damit versuchten wir eine in der Szene sehr populären Band ein Forum zu bieten und so darzustellen, daß es sich bei den thematisierten Einflüssen eher um eine kleine Minderheit handelt. Weiterhin ging es uns darum, ein wenig von der Stimmung und der Motivation der Szene darzustellen. Im folgenden Artikel wollen wir inhaltliche Bezugspunkte der faschistischen Minderheit der Szene und deren Kristallisationspunkte darstellen. Des weiteren sollen die Brücken in die gesamte Szene und der Versuch massiver Einflußnahme von Rechts auf die Szene dargestellt werden.

Szenemagazin Zillo



wird zeigt sich in dem Sigill-Artikel über den Japaner YUKIO MISHIMA.

»Der Weg des Kriegers, habe ich erkannt, bedeutet zu sterben.«

Todessehnsucht, Friedhöfe und Grabessymbolik als Ausdruck von empfundener Sinnlosigkeit und gleichzeitiger Sinnsuche sind in der Gothicszene weit verbreitet. Auch in der faschistischen Ideologie spielt der Tod und dessen Akzeptanz eine wichtige Rolle. Die totale Hingabe für eine Idee, den Führer oder Kaiser, der Tod als die höchste Erfüllung des Seins. All das will Mishima ausdrücken wenn er den Tod als den Weg des Kriegers bezeichnet. Mishima, auf den sich auch Death in June und CURRENT 93 beziehen, pries den Heldenmut der Kamikazeflieger und versuchte die *»Katastrophe der Moderne«* in Japan, als welche er das Abdanken des Kaisers und die zunehmende Demokratisierung des Landes empfand, zu stoppen. Er gründete eine rechtsextreme Wehrsportgruppe und beging rituellen Selbstmord nachdem er mit dieser einen Putschversuch unternommen hatte.

»allein kulturell, nicht politisch«

Das betonen die MacherInnen von Sigill immer wieder, sei ihre Arbeit. Damit wollen sie sich vor allem der Kritik an ihnen und ihren Inhalten entziehen. Vermutlich unbewußt verlegen sie damit jedoch ihre Arbeit auf ein Gebiet, welches aus theoretischen Gründen schon lange Ziel der sogenannten »NEUEN RECHTEN« ist, die Kultur. Nach dem Wahldebakel der NPD 1969 überlegten Teile der Rechten nach neuen Möglichkeiten der Einflußnahme.

Dabei entdeckten sie den italienischen Kommunisten Antonio Gramsci. Dieser entwickelte in den 30er Jahren die Theorie und Strategie der »*Metapolitik*« und der »*kulturellen Hegemonie*«. Diese besagt, daß sich die Macht in einem Staat nicht allein in der Regierung und der militärischen Macht ausdrückt, sondern daß sie in den Köpfen und den Gedanken der Menschen anfängt. Und das dieses Denken nicht nur durch Wahlkämpfe und politische Reden sondern vielmehr auch durch den kulturellen Bereich und die allgemeinen Erfahrungen auf der Straße gebildet wird. Diese Strategie, also die Agitation im sogenannten »vorpolitischen« Bereich griff die »Neue Rechte« auf. Wenn Sigill also behauptet »nur kulturell« zu arbeiten ist dies falsch. Kultur und so auch Musik sind hochpolitisch.

Zwischen Unterwanderung und inhaltlicher Nähe

Seit einiger Zeit versuchen Personen aus dem Umfeld der »Neuen Rechten« Einfluß auf die Gothicszene

»*Den Autonomen gehen die Feinde aus*« – AntifaschistInnen wehren sich gegen Verleumdungen

Für Aufregung sorgte ein Brandanschlag auf den Tourbus der Dark-Wave-Band DEATH IN JUNE während ihres Konzertes am 12. Mai '97 in der »BATSCHKAPP« in Frankfurt/Main. Obwohl Batschkapp-Chef Ralf Scheffler, der sich aufgrund seiner »68er«-Geschichte gern als liberaler Kulturschaffender vom Dienst feiern läßt, im Vorfeld von AntifaschistInnen über den neonazistischen Charakter der Band informiert wurde, sah er keinen Grund, daß Konzert abzusagen. Im Gegenteil: Am Tag nach dem Brandanschlag setzte er noch einen drauf. Über die Frankfurter Rundschau warf er den »*autonomen Kritikern*« Unkenntnis vor und versicherte, »*den Nazivorwürfen nachgegangen zu sein*«. In Liedtexten und in Interviews habe er jedoch keine Anhaltspunkte gefunden. Seine Ausführungen gipfeln schließlich im geistigen Offenbarungseid »*Den Autonomen gehen die Feinde aus*«.

In einem Schreiben, verschickt unter anderem an Presse und KonzertveranstalterInnen, nehmen antifaschistische und antirassistische Gruppen aus Frankfurt dazu Stellung.

Sie beschreiben darin die Bemühungen der sogenannten »Neuen Rechten«, »*Dark Wave/Gothic-Kreise anzusprechen, zu politisieren und als subkulturelles Standbein ihrer Politik zu auszubauen*«, wobei Death in June »*die 'romantischen' und mystischen Versatzstücke der Szene mit faschistischen Ideologieansätzen verknüpft*« und »*faktisch (seit vielen Jahren schon) die Rolle eines Tabu-Brechers innehat.*«

Dies belegen die Autoren mit Zitaten, die es an Eindeutigkeit nicht fehlen lassen. So gab sich Death-in-June-»Frontmann« DOUGLAS PEARCE 1992 in einem Interview mit der Zeitschrift ZILLO als Sympathisant des ehemaligen SA-Führers ERNST RÖHM zu erkennen und in einem Interview mit der JUNGEN FREIHEIT vom 14. März '97 outet er sich als »*großer Bewunderer von Leni Riefenstahls Arbeit während des Dritten Reiches.*« In der Zeitschrift GLASNOST (Nr.37, 1993) äußert sich Pearce zur neonazistischen Pogromstimmung in den neuen Bundesländern: »*Hast du jemals Tür an Tür mit Zigeunern gelebt? Ich kann den Groll, der in Ostdeutschland zum Vorschein kommt, verstehen (...)*« Im neonazistischen Spektrum genießt die Band große Sympathien. Die

zu nehmen. Als Beispiele seien nur die Tätigkeit des JF-Autors PETER BOSSDORF beim Musikmagazin Zillo und die massive Berichterstattung der Jungen Freiheit zu diesem Thema genannt. Auch eindeutige Personen wie der Bingener Nazi Werner Symanek versuchen, einen Fuß in die Szene zu bekommen. So produzierte Symanek eine Doppel-CD zu Ehren Leni Riefenstahls, auf der vertreten war, was bei rechten Gothics Rang und Namen hat (FORTHCOMING FIRE, STRENGT THROUGH JOY, Death in June, Allerseelen).

Seitdem von antifaschistischer Seite die braunen Stippen in der Gothicszene thematisiert werden, scheint ein wahrer Run von Rechts auf die Szene angefangen zu haben. Die Naziskinzeitschrift ROCK NORD veröffentlicht einen Artikel zu Death in June, in der neuen Ausgabe der JN-Zeitung EINHEIT UND KAMPF werden die Riefenstahl Doppel-CD und Gothicbands bei den Plattenkritiken besprochen. Auch im Rundbrief des THULESEMINARS ist Gothic Thema usw.

Daß allerdings eine Gefahr der Einflußnahme aus dieser Richtung ausgeht, erscheint unrealistisch. Wenn, dann liegt sie an den rechten Vertretern innerhalb der Szene, wie dem Personenkreis um Sigill oder bei Personen, die sich direkt in die Szene hineinbegeben, wie es Stefan Ulbrich oder Peter Boßdorf tun. In letzter Zeit gab es sowohl Hinweise auf eine weitere Etablierung des rechten Teil der Szene als auch für wachsenden Widerstand.



Death in June-Sänger Douglas Pearce mit und ohne Verkleidung

Bedenklich stimmt die größer gewordene Präsenz rechter Bands in der Szene, so zum Beispiel Forthcoming Fire und Allerseelen beim 6. Wave/Gothik- Treffen zu Pfingsten 1997 in Leipzig, wo auch das Sigill-Team auflegen durfte. Andererseits distanzieren sich andere Bands deutlich von rechten Bands und hinterfragen auch inhaltliche Anknüpfungspunkte. Die Mehrzahl der Konzerte von Death in June mußten abgesagt werden, Forthcoming Fire erging es nicht besser. Letztendlich wird es aber auf die innere Entwicklung der Szene ankommen, ob sich die rechten Stippen in der Schwarze Szene vermehren oder eine Randerscheinung bleiben werden. ■

Weitere Artikel zum Thema, welche auch als Quellen verwendet wurden sind Jean Cremet in »Analyse und Kritik« April/96 und Alfred Schobert in Spex 5/96.

Gazette ROCK NORD widmet DIJ in ihrer April-Ausgabe zwei Seiten und erfreut sich besonders der von der Band verwendeten Symbolik, sei es nun »*der SS-Totenkopf in einer modifizierten Form*« als Bandsymbol, »*die Katalognummer 30.06.34 ihrer ersten Single – bekanntlich das Datum des Röhm-Putsches*« oder die Wahl des Namens Death in June, der sich auf den Todesmonat von Ernst Röhm bezieht. Desweiteren wird Pearce' »*engagierter Einsatz für nationale Gruppierungen in ganz Europa*« gelobt, worunter wohl auch ein Solidaritätskonzertes der Band zugunsten eines Krankenhauses für Frontsoldaten in Zagreb Anfang 1993 zu zählen ist, in dessen Rahmen Pearce die »*Frontlinie*« im damaligen Bürgerkrieg »*besuchte*«. Ermöglicht wurde dieser Abstecher – laut Rock Nord – von der faschistischen HOS-Miliz.

Die Frankfurter Antifas schreiben weiter: »*Weder der verklärte Blick auf die Geschichte der SA, das Kokettieren mit faschistischer Symbolik noch die eindeutigen politischen Statements und Aktivitäten von Pearce, scheinen für Batschkapp-Chef Scheffler Grund genug zu sein, von der Band Abstand zu nehmen. Wer in diesen Aussagen (die beliebig weitergeführt werden können) keinen neofaschistischen Hintergrund erkennen mag, dem muß vorgeworfen werden, sich die Argumentationslinie der 'Neuen Rechten' zu eigen zu machen, die versucht, über ein pseudokritisches Verhältnis zum Hitlerismus den Faschismus-Vorwurf zurückzuweisen. (...) Wir werfen Scheffler vor, rassistische und neofaschistische Bands hoffähig zu machen – indem er ihnen Auftrittsmöglichkeiten bietet und ihnen mit undurchdachten, undifferenzierten und unhaltbaren Behauptungen faktisch den Rücken frei hält. Scheffler spielt sich in arroganter Art und Weise als Verfechter der Freiheit der Kunst auf und wirft antifaschistischen Menschen vor, totalitäre Denkweisen zu haben. Doch gerade der moralische Hinweis auf die künstlerische Freiheit und eine selbstgerechte Opfer-Mentalität (die Antifaschisten die Täterrolle andichtet) sind die argumentativen Allzweckwaffen, mit der die nach der kulturellen Hegemonie strebende Rechte versucht, sich kulturell zu legitimieren und zu etablieren. In Anbetracht der Erfolge, sie auf diesem Terrain bereits errungen hat ist die Aussage Schefflers, daß 'den Autonomen die Feinde ausgehen' nicht nur eine zynische Unterstellung, sondern sie redet denen nach dem Mund, gegen die Scheffler angeblich 'sehr empfindlich' ist.*«

Dem sei noch hinzugefügt, daß zum Zeitpunkt der Drucklegung keine Reaktion des Batschkapp-Chefs bekannt ist. An dieser Reaktion wird sich zeigen, ob Scheffler sich nun tatsächlich in die Liste der Ex-Linken einreiht, die – und sei es nur aus kommerziellen Gründen – vor dem Zeitgeist kapituliert haben und auf den fahrenden Zug der rechten Kultur aufspringen.

Probleme jugendlicher MigrantInnen aus der Türkei in Deutschland

Einen »verlockenden Fundamentalismus« macht der »Extremismusforscher« Wilhelm Heitmeyer in seiner Studie zu den Einstellungen der in Deutschland aufwachsenden türkischen Jugendlichen aus.[1] Diskriminierung durch die deutsche Gesellschaft, die besonderen Belastungen eines Lebens zwischen zwei Kulturen und eine traditionelle Verpflichtung gegenüber dem Islam seien die Hauptursachen für diese Entwicklung, wie Heitmeyer und seine zwei Kollegen herausgefunden haben wollen. Auch die taz macht sich im Berliner Lokalteil Gedanken über jugendliche MigrantInnen und zitiert Statistiken aus dem Bezirk Kreuzberg, wo sie die »größte türkische Community Deutschlands« verortet.[2] Hohe Arbeitslosigkeit und überdurchschnittlich viele Sozialhilfeempfänger werden angeführt – ein Drittel der MigrantInnenkinder breche die Schulausbildung vorzeitig ab. Deutsche Sozialarbeiter und Grundschullehrer bemühten sich vergeblich, einer Generation Jugendlicher Herr zu werden, die dabei sei, »sich mit dem Status als Deklassierter zu identifizieren« und folglich nur noch ihren eigenen Gesetzen und Regeln folge: Der Suche nach dem schnellen Geld oder die Tendenz »zu extrem nationalistischen, religiös-fanatischen Positionen«. Von der »Tatsache, daß viele Jugendliche ständig ein Messer bei sich haben,« mal ganz zu schweigen... Zu den Schwierigkeiten jugendlicher MigrantInnen in Deutschland veröffentlichen wir an dieser Stelle eine Zusammenfassung diverser Texte aus der Berliner MigrantInnenzeitung »inisiyatif«, herausgegeben von der Gruppe ADA-Gençlik.[3]

Vor allem nach den Morden in Solingen wurden in den Medien die Diskussionen über türkische Jugendlichen in Deutschland wiederbelebt. Die meist gestellte Frage war, wie diese Jugendlichen in die bundesdeutsche Gesellschaft zu integrieren seien. In diesem Artikel geht es um die Probleme und Konflikte, die die Jugendlichen mit der deutschen und der türkischen Gesellschaft haben und warum für sie eine sogenannte »Integration« unmöglich ist. Und darum, wie sich die Jugendlichen als Reaktion auf einen gescheiterten Versuch der Integration bemühen, eine eigene Identität zu finden.

In vielen Punkten geraten die Jugendlichen in Konflikte, die sie durch widersprüchliche Anforderungen der türkischen und deutschen Gesellschaft erfahren. Dabei ist das Problem eher in den Bedingungen zu suchen, unter denen dieses geschieht als in jener Tatsache, daß sie mit zwei bzw. mehreren »Kulturen« konfrontiert werden. Die Jugendlichen sind dem Druck und der Kontrolle von Gemeinschaft und Familie unterworfen. Vor allem der Vater setzt in der Familie Traditionen und Normen durch. Die Gemeinschaft gibt dem einzelnen auf der einen Seite Sicherheit und Orientierung – in einer kalten Gesellschaft für sie außerordentlich wichtig – auf der anderen Seite bleibt ihnen wenig Raum für individuelle Bedürfnisse. Sie haben kaum Freiräume, in denen sie sich ungestört bewegen bzw. entwickeln können. Aber die traditionellen Familien lösen sich auf und dienen immer weniger der Orientierung, sie entsprechen nicht mehr den Anforderungen der heutigen Gesellschaft. Die Distanz zum Vater ist entscheidend für die Heftigigkeit daraus resultierender Konflikte in der Familie. Diese Distanz bedeutet für die Jugendlichen einerseits Freiheit, aber genauso Angst, Vereinzelung und Orientierungslosigkeit.

In der traditionellen türkischen Gesellschaft leben Männer und Frauen in getrennten Gesellschaftsbereichen: Der Mann in der Öffentlichkeit, die Frau im Haus. Sie ist dem Mann untergeordnet, ihre Sexualität durch Tabus und Normen dem Mann unterworfen und auf die Ehe begrenzt. Dagegen gilt Sexualität männlicher Jugendlicher eher als »unbändig«. Ihr Vorbild ist der Patriarch als sorgender Verteidiger der Gemeinschaft. Diese Rollenerwartungen stehen allerdings in ständigem Konflikt mit dem zunehmenden Wunsch nach Gleichberechtigung der Geschlechter. Sie hindern die Jugendlichen daran, die gesellschaftlichen Freiräume für ihre Selbstentfaltung zu nutzen. Druck der Gemeinschaft und Bedürfnisse der Einzelnen stehen gegeneinander. In einer anonymisierten Gesellschaft machen Jugendliche aber die Erfahrung, wie leicht es ist, Tabus zu durchbrechen. Mädchen haben es dabei schwieriger als Jungen, weil sie ihre Bedürfnisse nur ausleben können , wenn sie wirtschaftlich und sozial unabhängig sind. Die meisten wenden sich gegen das traditionelle Bild der Frau als Ehefrau und Mutter, sie folgen vielmehr dem emanzipierten Frauenbild. Gleichzeitig ändert sich auch die traditionelle Männerrolle, die Macht, Freiheit und Vergnügen symbolisiert. Weil sie in dieser Gesellschaft täglich ihre Machtlosigkeit erfahren, grenzen sich männliche Jugendliche von ihrer Vaterfigur ab.

Die Bedeutung der Sprache

Hinzu kommt das Problem der Kommunikation. Da viele aus der zweiten Generation ihre Kindheit zwischen Deutschland und der Türkei erlebten, hatten sie in der Schule früher Sprachprobleme. Für die sogenannte dritte Generation stellt sich das Problem eher Zuhause - in Familie oder Gemeinschaft. Die meisten Eltern sprechen miteinander nur türkisch, während die Kinder in Schule oder Freundeskreis fast ausschließlich deutsch sprechen. Für kurdische Jugendliche gilt beispielsweise: Zuhause kurdisch, auf der Straße meist türkisch, in der Schule deutsch. Zwar gibt es in manchen Schulen wöchentlichen Türkischunterricht, dort stehen allerdings Religion und Vaterlandsliebe im Vordergrund. Sprachliche Mängel sind neue Problemursache: Die Kommunikation mit den Eltern nimmt immer mehr ab oder reißt ganz.

Mit mehreren Sprachen konfrontiert, entwickeln die Jugendlichen letzendlich eine eigene Form der Ausdrucksweise, die ihre unterschiedlichen Erfahrungen mit der deutschen und türkischen Gesellschaft verarbeitet. Wie bei den »Spanglish«-sprechenden LateinamerikanerInnen in den USA entwickelt

sich eine doppelte oder gar dreifache »Halbsprachigkeit«, in der deutsche, kurdische bzw. türkische und teilweise auch englische Wörter ihren Platz finden. In diesem »Slang« können sie sich besser verständigen, aber nur untereinander. Gerade diese Entwicklung der Sprache zeigt das Spannungsfeld, in dem sich die Jugendlichen befinden.

Ein gravierender Punkt ist das Erleben der deutschen Gesellschaft. Es geht hier um die Barrieren, die durch Diskriminierung und Ausgrenzung von seiten der deutschen Gesellschaft geschaffen werden. Dabei erleben die Jugendlichen die Bundesrepublik in der Regel anders als ihre Eltern. Die »erste Generation« ist in die BRD gekommen, um die matrielle Situation für sich bzw., die Familie in der Türkei zu verbessern und verlangen dasselbe von ihren Kindern. Die neue Generation allerdings ist in diesem Land aufgewachsen, setzt sich mit den gesellschaftlichen Verhältnissen viel intensiver auseinander, die Einstellung der Eltern wird von ihnen kritisiert. Für die meisten von ihnen ist Rückkehr keine »Alternative«. Lebensmittelpunkt ist das Land, in dem sie aufgewachsen sind: das sogenannte Deutschland. Allerdings muß dieser Begriff neu definiert werden – Deutschland ist nicht allein das Land der Deutschen.

Das Interesse der Jugendlichen an guter Ausbildung, einem interessanten Job, einem intensiven Leben ist oft Ausgangspunkt einer kontroversen Auseinandersetzung mit den Eltern, die teilweise zum Bruch in der Familie führt. Die Jugendlichen bemühen sich um Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen: Während ein Teil von ihnen qualifizierte Berufe erreicht, bleibt ihnen eine höhere Ausbildung zumeist verschlossen. Andererseits gibt es viele, die bereits die Schulausbildung abbrechen. Ohne gesellschaftliche Anerkennung werden sie in Randbereiche wie Spielhallen oder Drogenszene abgedrängt. Türkischsprachige Streetworker oder Lehrkräfte, die sich ihren spezifischen Problemen widmen, gibt es nur wenige. Das Scheitern ist so die Kehrseite des Aufstiegs und bestimmt die alltägliche Erfahrung der Jugendlichen. Das hat auch mit der Diskriminierung zu tun, die die Jugendlichen in vielen Bereichen der Gesellschaft erleben. Sie sind von den meisten Bürgerrechten ausgeschlossen, weil ihnen ein »Ausländer«-Status zugewiesen wird. In Arbeits- und Berufswahl sind sie gegenüber Deutschen benachteiligt, ihre Bildungschancen sind also eingeschränkt, damit auch die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs. Türkische Staatsbürger sind in Deutschland zudem nicht »ausländische Mitbürger« zweiter, sondern gar nur dritter Klasse. Menschen mit EU-Ausweis genießen mehr Rechte als sie (kommunales Wahlrecht, Aufenthaltsstatus, etc.).

Auf der Suche nach einer Identität in Deutschland

Die deutsche Gesellschaft selbst wird als feindlich erlebt, der jugendliche MigrantInnen-Alltag wird bestimmt durch den deutschen Rassismus. Täglich von Bundesregierung, etablierten Parteien, Medien, staatlichen wie nichtstaatlichen Institutionen neuproduziert und -praktiziert, reicht er bis hin zu körperlichen Angriffen. Vorurteile und Ausgrenzung durch die Deutschen und ihre Geschichte machen es den Jugendlichen schwer, sich zu integrieren. In der praktischen Anwendung meint »Integration« sowieso nichts anderes als Assimilation bzw. eine Vorherrschaft von Deutschen gegenüber ihren »ausländischen Mitbürgern«. Die überwiegende Mehrheit der MigrantInnenjugend lehnt ein solches kritikloses Anpassen an die deutsche Gesellschaft allerdings ab, sie streben nach einem gleichberechtigtem Leben.

Manche versuchen durchaus, ihre Position in der deutschen »Mehrheitsgesellschaft« zu festigen, indem sie als Aufsteiger gegen ihrer eigene Vergangenheit ankämpfen. Sie inszenieren einen Konkurrenzkampf gegen alle anderen, was für »Ausländer« aber ziemlich schwierig ist. Andere, die in diesem Konkurrenzverhältnis die Unterlegenen sind, greifen auf Gemeinschaftsideologien zurück, etwa islamischen Fundamentalismus oder türkischen Nationalismus. Auf die Diskriminierung als »Scheiß-Türke« reagieren sie zum Beispiel mit »Türken sind die Besten«. Sie erfahren ihre nationale Zuordnung nicht als positiv, sondern nur als negativ – als Ausgrenzungsmerkmal. Wenn die türkischen Jugendlichen etwa mit türkischer Fahne auftauchen, ist das in erster Linie Selbstverteidigung, Verteidigung der eigenen Würde gegen die ständig erfahrene Erniedrigung, und nicht gleich der Ausdruck nationaler Ideologie. Die Abgrenzung von der deutschen Gesellschaft findet über die Familie und die vermittelten Normen und Werte statt. Dabei spielen auch Kommunikationsmittel eine wichtige Rolle: Türkische Fernsehkanäle propagieren via Satellit oder Kabel hauptsächlich Nationalismus. So kommt es teilweise zu einem radikalen Bruch mit westlichen Vorstellungen – eine Reaktion auf den gescheiterten Versuch der Intergration.



So bewirkt der hiesige Rassismus auch, daß ImmigrantInnen – vor allem Jugendliche – ihre individuelle Identitätssuche (erst einmal) mit der Hinwendung zu den tradierten Werten »ihrer Heimat« abschließen. Fragen nach Nationalität, Religion oder den Verhältnissen im Herkunftsland der Eltern sind »in«. Solche Themen werden

seit jeher gezielt von den türkischen Faschos angesprochen. So ist ihr Zulauf nicht verwunderlich, eine ähnliche Entwicklung ist bei islamisch-fundamentalistischen Organisationen zu verzeichnen.

Jugendgangs gegen gesellschaftliche Ausgrenzung

Die meisten Jugendlichen allerdings fühlen sich weder von Türken noch von Deutschen verstanden. Zwar lehnen sie weder Gesellschaft noch Familie völlig ab, aber sie können kein Gleichgewicht finden. So suchen sie nach einer »erträglichen« Linie in der Gesellschaft, ohne zugespitzte Gegensätze. Dies erweist sich meistens jedoch als irreale Vorstellung. So fangen die derart Ausgegrenzten an, sich selbst in Isolation zu begeben. Sie distanzieren sich von beiden Seiten und bevorzugen die Gruppenbildung mit Gleichartigen. Während Mädchen sich dabei hauptsächlich von den eigenen Familien abgrenzen, organisieren sich Jungen eher in selbstorganisierten »Jugendbanden«. Diese bedeuten kollektive Stärke und Widerstand und beziehen sich häufig auf eine regionale Identität, etwa den Stadtteil, in dem die Gruppenmitglieder leben. Die meisten verstehen sich weder als Türken noch als Deutsche und wollen auch nicht als solche verstanden werden. Die Außenseiterrolle wird dabei nicht nur passiv in Kauf genommen, sondern wird zu einem bewußt gewählten Identifikationsmuster.

Die Mitglieder sogenannter Jugendgangs wollen in ihrem »Anderssein« anerkannt werden und schaffen sich ihre eigene Kultur – in kritischer Distanz zu Eltern und Deutschen. Diese Gruppen bieten den Jugendlichen Freundschaften und Beziehungen zu Leuten mit denselben Problemen. Der dort stattfindende Austausch dient somit auch der Orientierung – Mehrsprachigkeit und die Erfahrung mit unterschiedlichen Kulturen ist mehr Vorteil denn Problem. Hinzu kommt eine wichtige Schutzfunktion: Als sich Ende der 80er bzw. Anfang der 90er beispielsweise in Berlin türkische/kurdische Jugendliche in Gangs organisierten, war es für sie ganz selbstverständlich, Nazis anzugreifen und sich Freiräume zu erkämpfen – aller Kriminalisierung und einer ablehnenden Öffentlichkeit zum Trotz. Das kann natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß es manchmal auch Konflikte zwischen den Gruppen gibt, bei denen es um Dominanz und Macht geht. Geht es jedoch gegen den gemeinsamen Feind, die Nazis, arbeiten sie schnell wieder zusammen.



Mölln im Jahre 1993: Drei Tote nach einem rassistischem Brandanschlag



MigrantInnenjugendliche der zweiten und dritten Generation streben nach Selbständigkeit und der Möglichkeit, mehrsprachig und ohne Zwänge zu leben. Für die Gestaltung ihrer Zukunft halten sie eine Verteidigung gegen die herrschenden – von Deutschen dominierten – Verhältnisse für unausweichlich. Vor allem nach den Morden in Solingen war offensichtlich, daß sie zwecks Selbstverteidigung zu jeglichen Aktionen bereit sind. Ohne das Bündnis zu »deutschen AntifaschistInnen« zu suchen, gingen sie auf die Straße und demonstrierten deutlich und militant ihre Wut. Zeigte das zaghafte staatliche Vorgehen gegen Neonazis und deren Organisationsstrukturen doch nur zu deutlich, wie behutsam die SchreibtischtäterInnen mit ihren »ungezogenen Kindern« umgehen. Den Flüchtlingen und MigrantInnen wird damit klargemacht, daß sie in Deutschland nur als »Freiwild« geduldet werden.

Integration ist unmöglich

Letztendlich ist eine »Integration« dieser Jugendlichen in die deutsche Gesellschaft unmöglich, vielmehr werden sie hier systematisch ausgegrenzt. Aber auch Familie und Gemeinschaft stellen Anforderungen an sie, die sie weder erfüllen können noch wollen. Die meisten von ihnen gehen mit dieser doppelten Isolation allerdings positiv um. Denn wo die Isolation einer Gruppe beginnt, herrscht keine Ohnmacht, sondern vielmehr die Suche nach neuen Erfahrungen und Wertvorstellungen. Diese Situation ist also nicht das Ende, sondern vielmehr der Anfang einer Suche nach eigener Identität. Dieser Prozeß, der sich beizeiten auch rüde und undifferenziert gegen die Deutschen richten kann, muß unterstützt und gefördert werden.

In der aktuellen Entwicklung zeichnet sich aber ab, daß nationale Identitätsbildung Vorrang hat. Entsprechend verschärft sich die Polarisierung zwischen jugendlichen MigrantInnen und der deutschen Gesellschaft – ebenso aber zwischen türkischen und kurdischen Jugendlichen. Der Raum für die Schaffung von eigenen Freiräumen und kollektiven Zusammenhängen wird so immer enger, ein »Zusammenleben in Gleichheit und Frieden« erscheint beizeiten völlig unmöglich. ■

1) Wilhelm Heitmeyer/Joachim Müller/Helmut Schröder: »Verlockender Fundamenrtalismus«, Edition Suhrkamp, 1997.
2) Plutonia Plarre: »Der Respekt geht in Kreuzberg flöten« in: taz Berlin, 29. April 1997, Seite 23.
3) Die Gruppe ADA-Gençlik ist zu erreichen in der Reichenberger Straße 63 a, 10999 Berlin, Telefon 030/6189272 oder 6125906.

Rassistische Brutalisierung der Strafverfolgung

Mit dem Begriff »rassistische Brutalisierung der Strafverfolgung« ist gemeint, daß Nicht-Deutsche einerseits von den Strafverfolgungsorganen vergleichsweise repressiver behandelt werden als Deutsche und andererseits immer rigidere Mittel eingesetzt werden, um gegen vermeintliche oder tatsächliche Straftäterinnen und Straftäter ohne deutschen Paß vorzugehen. Dieser Prozeß besitzt eine informelle und eine offizielle Ebene, die eng miteinander verbunden sind. Die informelle Ebene äußert sich in Verhaltensweisen, die als rassistische Polizeiübergriffe oder Prügelskandale bekannt geworden sind.

Exzessive Gewalttaten setzen eine spezielle und abgeschottete Struktur der jeweiligen Dienstgruppen, Einsatzzüge, Wachen und/oder Polizeireviere voraus. Derartige Strukturen sind nichts außergewöhnliches. Für alle Gewaltanwendungen gilt, daß Hemmnisse, andere Personen zu verletzen oder zu demütigen, überwunden werden müssen. Verbreitung und Qualität polizeilicher Übergriffe gegen Nicht-Deutsche zeigen, daß hier in einem Ausmaß Barrieren beseitigt worden sind, die Streß – die innenpolitisch beliebteste Erklärungshypothese – als Ursache ausschließen. Vielmehr liefert der gesamtgesellschaftlich radikalisierte Rassismus einen entscheidenden Hintergrund für den Abbau derartiger Handlungsschranken. Schlagworte wie »Ausländerkriminalität«, »Asyl- und Sozialhilfebetrug«, »Organisierte Kriminalität« samt der damit verbundenen Stereotypen, Assoziationen und Kriminalitätszuschreibungen sind Teil des Bewußtseinsrahmens dieser Gesellschaft. Das gilt auch für Polizistinnen und Polizisten. Dieser Bewußtseinsrahmen beinhaltet eine gesamtgesellschaftlich wie auch individuell abgestufte Dehumanisierung von Nicht-Deutschen (in tausenderlei Spielarten: die Asylanten, die Ausländer, die Russen, die Afrikaner, die Dealermafia etc.). Im Extremfall werden sie darauf reduziert, materielle Trägerinnen und Träger bestimmter Negativeigenschaften zu sein bzw. schlicht »ein Problem« darzustellen.

Illegale Polizeipraktiken und schwerpunktmäßige Einsätze

Polizeiübergriffe stehen für eine Brutalisierung der alltäglichen polizeilichen Arbeit, die sich bevorzugt gegen sogenannte soziale Randgruppen und Marginalisierte (wie Junkies, Drogenprostituierte, Bettlerinnen und Bettler, Obdachlose) sowie gegen Nicht-Deutsche bzw. Personen, die so aussehen, richtet. Zustandekommen und Bedeutung rassistischer Übergriffe lassen sich aber nicht verstehen, wenn der gesellschaftliche Bewußtseinsrahmen individualisiert und dann zur Erklärung herangezogen wird, etwa nach dem Motto *»Der Polizeibeamte XY ist eben ein Rassist und verprügelt deshalb Ausländer«*. Derartige Übergriffe sind nicht immer, aber sehr oft, ein Bestandteil schwerpunktmäßiger Polizeiarbeit (Zerschlagung offener Drogenszenen, Kontrolle von Bahnhöfen und Innenstadtbereichen, Fahndung nach unverzollten Zigaretten usw.). Sie begleiten die Umsetzung politischer und polizeilicher Vorgaben, die sich gegen die von den Übergriffen betroffenen Personengruppen richten. Rassistische Mißhandlungen bilden damit den praktischen Ausdruck einer aggressiven Sicherheitspolitik – tat- und schlagkräftig vermittelt über die Beamtinnen und Beamten vor Ort. Vielfach gibt die Einsatzplanung bereits ein hohes Repressions- und Gewaltniveau vor. Das hat in der Regel nichts mit einer etwaigen besonderen Gefährlichkeit der Betroffenen zu tun. Es handelt sich vielmehr um eine staatliche Machtdemonstration in einem Programm repressiver Sozialpolitik. Die Praxis zeigt, daß ein abgestuftes System legaler und illegaler Methoden existiert, die sich gegenseitig ergänzen und auf verschiedenen Eskalationsebenen angesiedelt sind. Je rigider gegen bestimmte Gruppen vorgegangen werden soll, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit für massive Gewaltanwendungen. So kommt es zu regelrechtem Kontrollterror, angereichert um Vorführungen auf der Wache, Ingewahrsamnahmen etc. Und wenn das alles nichts nützt, gibt es auch mal *»ein paar aufs Maul«*.

Ein gutes Beispiel für die systematische Anwendung illegaler Gewalt im Rahmen ohnehin rabiater und repressiver Schwerpunkteinsätze sind die seit letztem Jahr verstärkt stattfindenden Polizeirazzien am Breitscheidtplatz in Berlin. Nach Angaben der Antirassistischen Initiative (ARI) geht die Polizei hier gezielt gegen afrikanisch und arabisch aussehende Menschen, aber auch gegen Junkies und Obdachlose vor. Die Razzien beinhalten ein abgestuftes Programm verschiedener Eskalationsstufen. Zunächst geht es meist um Personalienkontrollen, die anders ablaufen als man sich das »normalerweise« vorstellt: Betroffene berichten, daß sie ohne jede Vorwarnung zu Boden geworfen, mit Füßen getreten und gefesselt worden sind. Daran schließen sich regel-

mäßig Durchsuchungen in den in großer Zahl vorgefahrenen Polizeitransportern an. Wer protestiert oder nach Gründen fragt, wird geschlagen und beleidigt (*»Nigger, halt die Schnauze«*). Die ARI hat ähnliche Einsätze auch für das Europa-Center dokumentiert, wo die Polizei mit ähnlich selektiven und äußerst aggressiven Kontrollen gegen Schwarze vorgeht. Es ist offensichtlich, daß hier eine Machtdemonstration stattfindet. Den Angegriffenen wird unmittelbar klargemacht und zum Teil auch explizit von Polizisten gesagt, daß sie sich an den entsprechenden Plätzen nicht mehr blicken lassen sollen. Beschwerden und Strafanzeigen sind sinnlos, da jeder Gewalteinsatz als Reaktion auf tatsächliche oder angebliche Widerstandshandlungen verkauft werden kann. Der Öffentlichkeit und den Betroffenen wird damit vorgeführt, daß die Polizei bestimmte Gruppen wie Freiwild behandeln darf. Je gewalttätiger die Kontrollen verlaufen, desto größer ist die Stigmatisierung der davon Betroffenen (nach dem Motto: »Wer so behandelt wird, muß vorher ja was angestellt haben«).

Ähnliche Aktionen dürften in nahezu allen deutschen Großstädten stattfinden. Dokumentiert sind Massenfestnahmen von Afrikanern am Düsseldorfer Hauptbahnhof im Zuge polizeilicher Drogenfahndung. So wurde ein unbeteiligter Ghanaer im März 1996 aufgrund seiner Hautfarbe mit 60 anderen Afrikanern festgenommen und – obwohl er seine Ausweispapiere mit sich führte – zum Zweck der Personalienfestellung 13 Stunden in Gewahrsam genommen und mußte sich bei seinem Abtransport mit den Worten *»Bastard, lauf mal schneller«* anschreien lassen. Das stundenlange Einsperren von Nicht-Deutschen, die sich ausweisen können, ist keine Düsseldorfer Spezialität, sondern ein in vielen Städten praktiziertes Schikaneinstrument. Die in solchen Fällen ebenso regelmäßig wie lapidar vorgebrachte Begründung lautet, die Personalienüberprüfung habe eben etwas länger gedauert.

In Frankfurt/Main sind eine Reihe von Ermittlungsverfahren gegen Angehörige der zur Bekämpfung der Straßenkriminalität in der Innenstadt eingesetzten Bereitschaftspolizei (Bepo) Mühlheim anhängig. Vier Beamten wird Körperverletzung im Amt, Unterschlagung und Diebstahl vorgeworfen. Sie sollen Festgenommene geschlagen und sichergestellte Gegenstände, darunter auch Drogen, nicht in der Asservatenkammer abgeliefert, sondern mit in die Polizeiunterkunft genommen haben. In mindestens einem Fall werden die Beamten beschuldigt, sichergestelltes Geld in die eigene Tasche gesteckt zu haben. Bei einer Razzia in der Bepo-Kaserne wurden in Spinden Schlagringe, Messer und eine Schreckschußwaffe mit Munition gefunden. Im Oktober 1996 teilte der Pressesprecher Frankfurter Staatsanwaltschaft, Job Tilmann mit, daß weitere Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung im Amt gegen zehn Angehörige der Bepo Mühlheim eingeleitet worden seien. Ohne Details zu nennen, sprach er von *»schaurigen Geschichten«*. Wenige Tage vorher waren drei Polizeibeamte der Bepo Mühlheim vom Amtsgericht Frankfurt wegen Erpressung von Aussagen, Körperverletzung im Amt und Bedrohung zu Freiheitsstrafen von 14 Monaten bis zu drei Jahren ohne Bewährung verurteilt worden. Hintergrund war ein Einsatz im Oktober 1994, bei dem sechs zur Beweissicherung und Festnahme in der Drogenszene eingeteilte Beamten rund um Hauptwache und Konstabler Wache im Einsatz waren. In dieser Nacht wurde zunächst ein 18jähriger Algerier, der einen Haschisch-Joint bei sich hatte, festgenommen. Er wurde während der Fahrt im Polizeibus von einem Beamten verprügelt, während der Truppführer das Radio aufdrehte, damit keine Schmerzensschreie nach außen drangen. Als Schläge und Anspucken den Festgenommenen nicht zum Reden brachten, wurden Desinfektionsmittel auf die Kleidung des jungen Mannes gesprüht und angezündet. Auf dem Höhepunkt dieser 15 minütigen Rundfahrt schob der Schläger dem Algerier mit den Worten *»Wo hast Du Haschisch her, wo?«* seine Dienstwaffe in den Mund. Als ein frisch von der Polizeischule versetzter 18jähriger Polizist, der mit im Wagen saß, beim Truppführer intervenierte, fuhr dieser weiter, als sei nichts geschehen. Dieser habe es, so der junge Polizist, *»richtig genossen, daß da hinten mißhandelt wird«*. In der gleichen Nacht wurden auch noch zwei weitere Festgenommene von den Beamten geschlagen und getreten. Zur Anklage und Verurteilung kam es, nachdem sich der 18jährige Polizist an seinen Vorgesetzten gewandt hatte. Laut Pressesprecher der Staatsanwaltschaft war dieser anläßlich seiner Zeugenaussagen auf dem Gerichtsflur *»einem Spießrutenlauf bei den Kollegen ausgesetzt«*.

Erweiterte Polizeibefugnisse gegen Übergriffe

Aufgrund der zentralen Rolle, die Übergriffe in dem polizeilichen System aus informell-illegalen und legalen Praktiken spielen, ist es völlig realitätsfern zu glauben, daß sie sich durch polizeiinterne Reformen oder Polizeibeauftragte abstellen oder in den Griff bekommen ließen. Die Polizei kann ihre politisch gewünschte Rolle als Instrument einer »Sozialpolitik mit dem Knüppel« ohne ein hohes Maß and legaler und illegaler Gewalt gar nicht erfüllen. Denn ihr Gegenüber sind eine Vielzahl von Menschen, die weniger im strafrechtlichen Sinne belangt, als vielmehr regelrecht in ihrer Existenz (Stichwort »soziale Säuberung«) bedroht werden. Das heißt, Art und Ausmaß des Angriffs mit täglichen Einsätzen in der jeweiligen »Szene« beinhalten von vornherein ein hohes Maß an Konfrontation. Dementsprechend leistet eine große Zahl der Menschen, die aufgrund ihrer marginalisierten Position oder, wie viele Nicht-Deutsche, aufgrund pauschaler Kriminalitätszuschreibungen ins Visier polizeilicher Maßnahmen geraten, ganz anders Widerstand als ein überführter Anlagebetrüger, der in seinem Büro von der Kripo abgeholt und eventuell in die U-Haft überstellt wird. Diese Menschen versuchen – ganz unspektakulär – ihrer gewohnten Lebensführung nachzugehen. Sie widersetzen sich polizeilichen Zwangsmaßnahmen, beleidigen Polizeikräfte oder bleiben einfach nur, weil sie sich ja nicht in Luft auflösen können, präsent.

Gleichzeitig geht der Trend hin zu einer drastischen Erweiterung der polizeilichen Befugnisse. Die allerorten vorgenommenen Änderungen bzw. Neuinterpretationen der Polizeigesetze (Stichwort Aufenthaltsverbote, erleichterte Ingewahrsamnahmen, Ausdehnung der Gewahrsamsdauer) und die Verschärfungen der Strafprozeßordnung legalisieren ein deutlich erhöhtes Repressionsniveau. Diese Entwicklung kann auch als eine Art Angebot an die Einsatzkräfte begriffen werden, informell-illegale Gewalt durch ein erhöhtes Maß an legaler Gewalt zu kompensieren. So wurde der Bremer Drogenfahndung just in dem Moment die polizeiliche Brechmittelvergabe zugestanden, als sie unter massivem Folterverdacht stand. Die Berichte von Betroffenen zeigen, daß Drogenfahnder das neue Instrumentarium genutzt haben, um Menschen mit schwarzer Haut gezielt zu terrorisieren. In einem ähnlichen Sinne kann die Verschärfung des Hamburger Gesetzes zum Schutz von Sicherheit und Ordnung zwar nicht nur, aber eben auch als Reaktion auf den Hamburger Polizeiskandal interpretiert werden: Ein erhöhtes legales Gewaltniveau soll der Abpufferung informell-illegaler Gewalt dienen, da diese zwischenzeitlich ein rufschädigendes Ausmaß angenommen hatte. ■

Dieser Artikel ein gekürzter und leicht redigierter Ausschnitt aus dem Buch »Sie behandeln uns wie Tiere« Rassismus bei Polizei und Justiz in Deutschland. Wir danken dem Antirassismusbüro Bremen für die Abdruckgenehmigung.

UN-Bericht kritisiert Rassismus in Deutschland

Vom 18. bis zum 27. September 1995 hielt sich der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen, Maurice Glele-Ahanhanzo aus Ghana, in Deutschland auf, um sich *»über die gegenwärtigen Formen des Rassismus, der rassischen Diskriminierung, der Fremdenfeindlichkeit und der damit verbundenen Intoleranz«* zu informieren.

Auf dem Programm standen u.a. der Austausch mit VertreterInnen verschiedener Behörden, Kirchen und Medien sowie Besuche von kulturellen Einrichtungen und Flüchtlingsunterkünften. Stationen seiner Reise waren Berlin, Bremen, Hamburg, Frankfurt, Wiesbaden, Dresden, Stuttgart und Bonn, zu seinen GesprächspartnerInnen zählten unter anderem der Hamburger Bürgermeister Voscherau, der Rostocker Bürgermeister Danke, der Präsident der Dresdner Kripo Raisch, Helmut Rannacher vom Verfassungsschutz in Baden-Württemberg, die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung Cornelia Schmalz-Jacobsen, der unvermeidliche Jugendforscher Professor Wilhelm Heitmeyer sowie CDU-Rechtsausleger Dieter Heckelmann von der Berliner Senatsverwaltung für Inneres. Arbeitssitzungen fanden jedoch auch mit zahlreichen VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen statt, die die offiziellen und allzu einseitigen Darstellungen doch etwas korrigiert haben dürften. Von staatlicher Seite wurden dem UN-Berichterstatter diverse Maßnahmenkataloge und Erklärungen vorgelegt, die ein staatliches Engagement gegen Rassismus und angebliche Erfolge in der Integrationspolitik belegen sollten. Diese waren meist nach dem bekannten Muster gestrickt: Der Begriff »Rassismus« wird weitgehend durch verharmlosende Begriffe wie »Fremdenfeindlichkeit« und »Intoleranz« ersetzt, die eigenen Maßnahmen zur *»kulturübergreifenden Verständigung«* werden hochgelobt und *»fremdenfeindliche Gewalt«* wird zum Problem der Inneren Sicherheit erklärt, der mit *»konsequenten Einschreiten der Sicherheitsbehörden einschließlich der abschreckenden Wirkung zahlreicher Gerichtsurteile«* wirkungsvoll zu begegnen sei.

So sehr die staatlichen Vertreter auch bemüht waren, ihre Politik schönzureden, so kommt der Abschlußbericht, vorgelegt auf der 52. Sitzung der Kommission für Menschenrechte der Vereinten Nationen, nicht umhin, eine ganze Reihe *»Probleme im Bezug auf die Integration der Ausländer«* zu thematisieren. Eine der Hauptursachen, so wird analysiert, sei die *»Zweideutigkeit«* unter der die *»Integrationspolitik der Regierung«* leidet, *»weil Deutschland sich – im Widerspruch zur Realität – selbst nicht als Einwanderungsland anerkennt.«*

Der Bericht verweist auf weitreichende *»Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt, dem Arbeitsmarkt und auf dem Gebiet der Dienstleistungen«*. Er kritisiert nachdrücklich die Behandlung der ehemaligen Vertragsarbeiter in der Ex-DDR, denen ausschließlich die Perspektive geboten wird, in ihre »Heimat« zurückzukehren, *»selbst dann, wenn ihre Bindung an das Herkunftsland im Laufe der Zeit weitgehend gelöst war«* und er kommt zu dem Schluß, daß *»eine menschlichere Lösung als die Rückführung der Vietnamesen und Mosambikaner«* gefunden werden müßte – für den diplomatischen Sprachgebrauch eine recht eindeutige Formulierung, die besagt, daß die derzeitige »Lösung« schlichtweg unmenschlich ist.

Weitere Kritikpunkte sind das sogenannte Flughafenverfahren, wörtlich als *»kurzer Prozeß«* bezeichnet, das keine ausreichende Prüfung der Asylanträge zuläßt, sowie die unzureichenden *»Lebensbedingungen«* in den Abschiebeknästen und die fehlende *»Menschlichkeit«* bei der *»Rückführung sogenannter illegaler Einwanderer.«*

Dem Bericht zufolge sind diese *»Widersprüchlichkeiten«* unter anderem auf das Einbürgerungsgesetz zurückzuführen, *»das weiterhin auf dem Prinzip des jus sanguinis (Recht des Blutes) beruht, während sich die meisten europäischen Staaten sowohl für das jus sanguinis als auch das jus soli (Recht des Bodens) entschieden haben.«* Deutlich herauszulesen ist auch das Unverständnis darüber, daß das deutsche Recht, *»Personen deutscher Abstammung (...) aus der ehemaligen UdSSR und aus Osteuropa« »automatisch die Staatsbürgerschaft«* zugesteht und zugleich *»den Kindern von Einwanderern, insbesondere türkischen Kindern, die in Deutschland geboren sind und schon lange dort leben, die strengsten Bedingungen auferlegt.«*

In mancher Hinsicht ist der Bericht auch mit Vorsicht zu genießen, zum Beispiel wenn er in den Ausländerbeauftragten auf Bundes- und Länderebene *»sehr engagierte und kompetente Personen«* sieht und ihnen *»beachtliche Anstrengungen«* zur *»Förderung der Eingliederung ausländischer Bevölkerungsgruppen«* nachsagt. Auch wird die Arbeit der Sonderkommission »Soko Rex« der sächsischen Polizei gelobt, deren Strategie es zu verdanken sei, daß die fremdenfeindlichen Straftaten in Sachsen um angeblich 75 Prozent zurückgegangen seien. Auf welche fragwürdige Statistiken sich diese Erkenntnis beruft, bleibt unerwähnt. Auch formuliert der Bericht in bestimmten Punkten, beispielsweise mit dem Ruf nach der Modifizierung des Einbürgerungsrechts, höchstens antirassistische Minimalforderungen.

Das Dokument erhält seinen Wert darüber, daß es verdeutlicht, daß die deutsche Integrationspolitik und das deutsche Einbürgerungsrecht im internationalen Vergleich als reichlich antiquiert gelten und dem Standard der »zivilisierten« Nationen um Einiges hinterherhinken – in Anbetracht dessen, daß die Integrationspolitik in anderen europäischen Ländern kaum als fortschrittlich oder antirassistisch zu bezeichnen ist, so erscheint dies als eine bemerkenswerte Feststellung. Und schließlich untermauert der Bericht eine Erkenntnis, die – mit Ausnahme der deutschen Regierung – der ganzen Welt klar zu sein scheint, nämlich: Deutschland ist ein Einwanderungsland.

Die Herausgeber dieser Dokumentation, die Arbeitsgemeinschaft PRO ASYL und das Marburger Informationszentrum für Rassismusforschung, äußern den Glauben: *»Auch wenn wir die Einschätzungen des Sonderberichterstatters nicht in allen Punkten teilen, so glauben wir dennoch, daß sein Bericht für die Debatte in der Bundesrepublik ein wichtiges Dokument darstellt.«*

Der Haken an der Sache ist nur der, daß die offiziellen Stellen bisher an keiner Debatte interessiert scheinen, denn: Obwohl der UN-Sonderbericht schon seit über einem Jahr vorliegt, hat es bis heute keine Regierungsstelle für nötig gefunden, ihn – oder gar eine Übersetzung des französischsprachigen Originals – der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Daß der Bericht nun übersetzt vorliegt, ist ausschließlich den Herausgebern zu verdanken, die sich von den Vereinigten Nationen die Übersetzungsrechte geben ließen.

Die Dokumentation umfaßt 42 Seiten (einschließlich Vorwort, Anhänge und kurze Selbstdarstellungen der Herausgeber) und ist zu beziehen über das Dokumentations- und Informationszentrum für Rassismusforschung / D.I.R., Postfach 1221, 35002 Marburg.

Der Preis beträgt 10 DM, ab 10 Exemplaren 7,50 DM, ab 20 Exemplaren 6 DM. ■

Erneuter faschistischer Anschlag in Lübeck

Katholische Kirche von Nazis niedergebrannt

In der Nacht zum Sonntag, den 25. Mai '97 wurde ein faschistischer Brandanschlag auf die katholische St. Vicelin-Kirche in Lübeck/St. Jürgen verübt. Durch das Feuer wurde die Kirche beinahe vollständig zerstört. Noch bis in den Sonntag nachmittag hinein war die Feuerwehr mit den Löscharbeiten beschäftigt. Die Täter hinterließen fünf Hakenkreuze, die mit weißer Farbe an die Wand gesprüht wurden. Außerdem schmierten sie den Namen eines evangelischen Pastors, der in seiner Gemeinde einer algerischen Familie seit drei Wochen Schutz vor der Abschiebung bietet, an die Kirchenwand. Somit richtete sich dieser Anschlag nicht nur gegen eine Kirche, sondern vor allem gegen das bestehende Kirchenasyl in der St. Marien-Gemeinde und dem dafür verantwortlichen Pastor Harig.



Als am Sonntag vormittag die ersten Schaulustigen und einige Lübecker AntifaschistInnen am Brandort eintrafen, hielten sich dort bereits einige jugendliche Faschisten aus dem Stadtteil auf und wagten es schließlich, eine Reichskriegsflagge auszubreiten. Als AntifaschistInnen einschritten, um die Flagge zu entfernen, sah sich auch die Polizei endlich genötigt, einzugreifen. Es blieb allerdings bei einer Personalienfeststellung und einer kurzen Durchsuchung der Faschisten.

Der erneute faschistische Anschlag in Lübeck ist in einer Reihe von Anschlägen, die in der jüngeren Vergangenheit verübt wurden, zu sehen. Speziell der Stadtteil St. Jürgen steht für eine Welle faschistisch motivierter Anschläge. Als im Juni '96 bei einem Feuer im StudentInnen-Wohnheim der Fachhochschule Lübeck ein Student starb, die Namen aller nichtdeutscher StudentInnen an den Klingeln der Eingangstür durchgestrichen und Hakenkreuz-Schmierereine entdeckt wurden, versuchte die Polizei diesen Vorfall zu vertuschen. Die Öffentlichkeit wurde mit dem Ergebnis der Ermittlungen abgespeist, es handle sich um einen technischen Defekt. Im Juli '96 überraschte ein Pärchen einen Mann, der ein Anschlag auf das türkische Restaurant »Marmara«, nur wenige Straßen von dem StudentInnen-Wohnheim und der St. Vicelin-Kirche entfernt, verüben wollte. Der Täter konnte auf einem Fahrrad fliehen. Zuvor jedoch besprühte er das Gebäude und die Lieferfahrzeuge mit Hakenkreuzen. Am Tatort fand die Polizei später zwei Molotow-Cocktails.

Am Jahrestag des Anschlags auf das Flüchtlingswohnheim in der Hafenstraße, bei dem zehn Menschen starben, wurde die St. Jürgen-Kapelle mit Hakenkreuzen besprüht. An diesem Tag sollte dort ein ökomenischer Gottesdienst für die Brandopfer stattfinden. Nur wenig Tage später, am 27. Januar '97, beschmierten Unbekannte das Haus des Bischofs Kohlwage, der sich positiv zum Bleiberecht der überlebenden Brandopfer aus der Hafenstraße geäußert hatte, mit Hakenkreuzen. Wiederum nur wenige Wochen später

wurde ein Brandanschlag auf die Gartenlaube des Bischofs verübt. Wieder hinterließen der/die Täter Hakenkreuzschmierereien. Für diese Anschläge wurden bis heute keine Täter gefaßt.

Anscheinend aus Verzweiflung der Ermittlungbehörden, erhielt ein Aktivist von »BASTA!–Linke Jugend« eine Zeugenvorladung zu diesem Ermittlungsverfahren. Er hatte in seiner Rede auf der von »BASTA« organisierten Demonstration am 17. Januar '97, zum Jahrestag des Hafenstraßenanschlags, die Schmierereien an der Kapelle zum ersten mal öffentlich gemacht. Zwar waren Polizei und Presse schon längst informiert, doch konnte der Staatsschutz offensichtlich kaum glauben, daß ein Haufen Jugendlicher ebenfalls schon Bescheid wußte.

Heide Simonis, Schleswig-Holsteins Ministerpräsidentin, die am Nachmittag am Brandort eintraf, zeigt sich empört über die Gewalt und den schlechten Ruf der schönen Altstadt, den diese gar nicht verdient habe.

Im Laufe des Nachmittags entschied sich »BASTA!–Linke Jugend« spontan für den Montag zu einer antifaschistischen SchülerInnen-Demo aufzurufen. In dem Flugblatt zur Demonstration *»Kein Vergeben! Kein Vergessen! – Den rechten Terror bekämpfen!«* wurde zum Schulboykott aufgerufen. Dem Aufruf folgen ca. 400 SchülerInnen. Auf der Kundgebung wurde zu antifaschistischer Selbstorganisierung und zu entschloßenem Eingreifen gegenüber Faschisten aufgefordert. Kundgebung und Demonstration fanden unter einem für Lübeck unverhältnismäßigen Polizeiaufgebot statt. An der St. Marien-Kirche wurde eine symbolische Aktion in Form einer Menschenkette um die Kirche durchgeführt, mit der sich die Schüler-Innen schützend vor das Kirchenasyl stellen wollten.

Am 29. Mai wurden zwei Demonstationen von einem Bündnis RECHTS FÜR LÜBECK unter dem Motto *»Kirchenasyl wider Gesetz und Recht«*, für den 31. Mai angemeldet. Hinter diesem angeblichen Bündnis steckten die NPD und ihre Jugendorganisation JN.

Als das Lübecker »Bündnis gegen Rassismus« sofort Gegenaktionen für den gleichen Tag ankündigte, wurden beide Nazidemonstrationen vom Lübecker Ordnungsamt verboten. Ebenfalls für den 31. Mai kündigten die REPUBLIKANER eine Veranstaltung zum Thema *»Euro - Wahnsinn«* an. Als Referent wurde der ehemalige Landtagsabgeordnete der Reps, DR. ECKHARD angekündigt. Die Veranstaltung sollte im philipinischen Restaurant »Marquez« in Lübeck/Moisling stattfinden.

Als auch hier vom Lübecker »Bündnis gegen Rassimus« angekündigt wurde, diese Veranstaltung zu verhindern, wurde das Restaurant vom Ordnungsamt aus gastronomierechtlichen Gründen für den 31. Mai geschlossen. Der Restaurantbesitzer klagt inzwischen gegen diese Verfügung. Die Republikaner kündigten an, ihm den finanziellen Verlust zu ersetzen. Außerdem wurde mitgeteilt, die Veranstaltung aufgrund der «Repression« konspirativ durchzuführen. Leider konnte bis zum Veranstaltungstermin der Ort nicht herausgefunden werden. Inzwischen ist klar, daß die Veranstaltung im Lübecker Stadteil Küknitz stattfand. Aus Angst vor Störungen durch AntifaschistInnen nahmen nur wenige Faschisten teil. Statt Dr. Eckhard trat THORSTEN MAY, der neue Kreisvorsitzende der Reps, als Redner auf und hielt eine einstündige Rede.

Am Abend des 29. Mai verteilten Nazis in der Nähe der abgebrannten St. Vicelin-Kirche ein Flugblatt, in dem sie die Schuld für den Anschlag von sich wiesen und vielmehr Linke und AntifaschistInnen dafür verantwortlich machen wollten. Als presserechtlich verantwortlich zeichnete der bekannte Nazi-Kader THOMAS »STEINER« WULFF AUS HAMBURG. Herausgegeben wurde das Flugblatt von einem AKTIONSKOMITEE FÜR HARIGE ANGELEGENHEITEN. Unterstützt wird es durch *»viele freie Nationalisten«*, BUND FÜR GESAMTDEUTSCHLAND (BGD), INITIATIVE GEGEN DROGENFREIGABE und die JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) Schleswig Holstein im nationalen und sozialen Aktionsbündnis Norddeutschland.

Die neuerlichen Geschehnisse in Lübeck zeigen zweierlei: erstens ist die Lübecker Naziszene nach wie vor aktiv. Alle Diskussionen und Aktivitäten nach dem Brand in der Lübecker Hafenstraße und während des Prozesses gegen Safwan Eid haben diese Szene unbeeindruckt gelassen. Das ist auch logisch, war doch diese ganze Arbeit zwangsläufig darauf ausgerichtet, gegen die rassistische Ermittlungsarbeit der Justiz und eine immense Pressehetze anzuarbeiten.

Aber im Gegenteil: Lübeck ist für die militante Naziszene zu einem Symbol geworden, das sogar für weitere Kampagnen benutzt werden kann. Bislang weiß niemand, ob es sich bei den neuerlichen Tätern um Ersttäter oder Wiederholungstäter handelt. Diese Frage kann allerdings fast dahingestellt bleiben: der neuerliche Anschlag ruft die Szene auf, weiterhin mit Brandanschlägen gegen AsylbewerberInnen und ihre UnterstützerInnen vorzugehen. Und die Botschaft wurde gehört: wenige Tage später erfolgte ein fast gleichgelagerter Anschlagsversuch in Hamburg.

Unklar bleibt, inwieweit hinter den regelmäßigen Anschlägen in Lübeck System steckt. Nicht nur der Brandanschlag auf die St. Vicelin-Kirche und die wiederholten Attacken auf Bischof Kohlwage, sondern auch der Briefbombenanschlag auf den SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Rother vor zwei Jahren, hat eine Opfergruppe getroffen, die in organisierten neofaschistischen Kreisen als vorrangige Anschlagsziele gehandelt werden. Wie bei den zahlreichen Briefbombenanschlägen in Österreich, werden hier nicht mehr nur MigrantInnen und Flüchtlinge attackiert, sondern auch die, die sie unterstützen, »die Volksverräter aus den eigenen Reihen«. Und auch die beiden Brandanschläge auf die Synagoge in Lübeck sind (noch) Besonderheiten im Deutschland der 90er Jahre.

Die andere Variante wäre, daß die rechte Szene in der Hansestadt so groß und agil ist, daß die Anschläge unabhängig voneinander geplant und ausgeführt wurden. Eine Möglichkeit, die nicht weniger beunruhigend ist, als erstere. Wie dem auch sei. Eine Wirkung haben die dauernde Anschläge zumindest teilweise erreicht: die Stimmung in Lübeck polarisiert sich und erhält einen Schwung nach rechts. ■

Der Artikel wurde uns in weiten Teilen von »Avanti – Projekt undogmatische Linke/Lübeck« zur Verfügung gestellt.

Aufmarsch in Bad Segeberg

Faschisten in Schleswig-Holstein formieren sich für die Wahl – FVB tritt bundesweit in Erscheinung

Über 200 Neonazis marschierten am 24. Mai '97 ungestört im schleswig-holsteinischen Bad Segeberg. Optisch dominiert wurde die Demonstration von einer größeren Gruppe schwarz Uniformierter mit schwarzen Fahnen mit dem Logo des »Freiheitliche(n) Volksblock(s)« (FVB). Ursprünglich hatte eine Kameradschaft aus dem nahegelegenden Örtchen Eutin eine Demonstration in Plön, etwa 30 km von Bad Segeberg entfernt, angemeldet. Diese wurde allerdings von der Stadtverwaltung verboten. Nicht so in Bad Segeberg: die dortige Ordnungsbehörde hatte mit dem Motto der ordnungsgemäß angemeldeten Demonstration *»Deutschland in Not«* keine Probleme. Auch die reichlich anwesende Polizei sah keinen Grund zum Eingreifen. Anmelderin war vermutlich Thekla Kosche. Sie betreibt seit einiger Zeit ihre eigene Nazi-Mailbox und liegt mit Teilen der Thule-Netz-Betreiber im Clinch.

Erneut zeigte sich, daß sich die militante Naziszene in Schleswig-Holstein erfolgreich umstrukturiert hat. Hauptorganisator der Demonstration war – wie schon bereits für zwei kleinere Demonstrationen in diesem Jahr – ein Bündnis von militanten Nazis aus dem Umfeld der verbotenen Nationalen Liste und Personen aus dem Umfeld der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) sowie der NPD.

Als Redner traten auf der Demo Thomas Wulff, Konrad Petraschek (FVB) und Ingo Stawitz auf. Ingo Stawitz, früher für die DVU, später für die DLVH im Kieler Landtag, inzwischen bei der NPD, pflegt schon seit Jahren Kontakte zu militanten Nazis. Der ehemalige Vize der verbotenen Nationalen Liste (NL), Thomas Wulff, war vor einiger Zeit in der Hamburger DLVH aktiv geworden. Die im Bereich Henstedt-Ulzburg aktive Patriotische Jugend, die gemeinsam mit anderen ehemaligen NLlern die Hetzpostille Hamburger Sturm herausgibt (Nachfolgeprojekt der NL-Zeitung Index) arbeitet seit mehr als einem Jahr mit Stawitz zusammen.

Dabei handelt es sich offensichtlich um mehr, als um ein taktisches Bündnis. Insbesondere in Hinblick auf die demnächst in Schleswig-Holstein anstehenden Kommunalwahlen, aber auch mit Blick auf die Bundestagswahlen 1998, dürfte es sich um den erneuten Versuch einer »Vereinigten Rechten« handeln. Zumindest was die Mobilisierungfähigkeit dieses Bündnisses angeht, ist die Zusammenarbeit bisher recht erfolgreich.

Vor allem im Norden Hamburgs kann die Truppe auf ein altes Netz von NPD-Anhängern und Wiking Jugend-Mitgliedern aufbauen. Aber auch in anderen Regionen Schleswig-Holsteins sind in den letzten Jahren offentsichtlich neue Kameradschaften entstanden. In den nächsten Monaten dürfte mit weiteren Aktionen zu rechnen sein.

Überraschend an dem Aufmarsch war eigentlich nur der relativ stark ausgefallene FVB-Block. Diese Organisation ist bisher in Schleswig-Holstein nicht aufgetreten. Sie wurde 1994 gegründet und gilt als Nachfolgeorganisation der verbotenen Heimattreuen Vereinigung Deutschlands von Andreas Rossiar, die bis zu ihrem Verbot allerdings nur in Baden-Württemberg aktiv gewesen war. Die Nazitruppe hatte in Person ihres Kaders Thomas Scharf bereits einen Anti-Antifa-Aufmarsch in Magdeburg nach dem Mord an Frank Böttcher (siehe AIB Nr. 38) angemeldet. Offensichtlich bemüht sich die Gruppierung, die ihren Sitz in Neu-Ulm hat, um bundesweite Ausdehnung. ■



Der Naziaufmarsch in Bad Segeberg. Unten ist ein Teil des FVB-Blocks zu sehen.

1. Mai: Zweites München blieb aus

JN/NPD-Führungsanspruch angeknackst – die große Einheit der Szene auch

Eigentlich sollte der geplante JN/NPD-Aufmarsch am 1. Mai in Leipzig zum Triumphzug des gesamten neofaschistischen und rechten Lagers werden. Im Vorfeld hatte die NPD mit Teilnehmerzahlen bis zu 10.000 Nazis aus allen Teilen Deutschlands geprahlt und gehofft, an den Aufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung in München anknüpfen zu können. Bis zuletzt schien es, als wenn die Gerichte den Aufmarsch unter dem Motto »Arbeit zuerst für Deutsche« zulassen würden. Doch dann kam alles ganz anders... Ein Rückblick lohnt sich, auch wenn der 1. Mai mittlerweile schon zwei Monate zurückliegt.



Vor dem 1. Mai in Leipzig

Die Planungen für einen zentralen *»Aktions- und Kampftag des nationalen Widerstands«* unter der Führhung der JN waren schon seit dem JN-Aufmarsch in Berlin-Marzahn am 1. Mai 1996 im Gange. Im JN-Blatt Einheit und Kampf schrieb der JN-Bundesvorsitzende Holger Apfel Ende 1996: *»Für das kommende Jahr hat die NPD in Abstimmung mit den JN beschlossen, nicht mehr am Tag einer imaginären 'deutschen Einheit', sondern als Partei der wirtschafts- und sozialpolitischen Erneuerung das bundesweite Deutschlandtreffen am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, durchzuführen.«*

Anfang März erschien im rechten Thulenetz dann ein von Steffen Hupka (ex-NF-Kader aus Quedlinburg, mittlerweile JN-Führungskader und immer noch Herausgeber des »Schulungs«-Blättchens Umbruch) verfasster Aufruf im Namen der JN zum 1. Mai-Aufmarsch in Leipzig. Mit den bekannten Parolen wurde eine Großdemonstration angekündigt. Kurze Zeit später tauchten in Leipzig, Magdeburg, Potsdam und anderen Städten Naziflugblätter in Arbeitsämtern auf, die zum Aufmarsch in Leipzig mobilisierten. Die Auftaktveranstaltung war am Völkerschlachtdenkmal geplant; anschließend sollte ein zweistündiger Marsch durch den angrenzenden Stadtteil Stötteritz stattfinden. Einer der geplanten »Höhepunkte«: Der Auftritt des WJ-Barden Frank Rennicke.

Daraufhin begannen Antifas in Leipzig mit der Gegenmobilisierung. Das Bündnis gegen Rechts (BgR) machte eine sehr erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit und setzte Landes- und Stadtpolitiker sowie Gewerkschaften unter Zugzwang. Der DGB sah sich gezwungen, seine zentrale Mai-Kundgebung für Sachsen nach Leipzig zu verlegen und alle kleineren Kundgebungen in Sachsen abzusagen. Landespolitiker wie Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) und Kirchenobere entdeckten plötzlich ihre Abneigung gegen die NPD. Die Stadt selbst spielte ein doppeltes Spiel: Einerseits ließ sie schon früh verkünden, daß der Aufmarsch verboten werden würde; andererseits wurde zunächst erstmal eine Antifagegendemo verboten. Die Gerichtsentscheide waren ähnlich konfus – dem Verbot der Stadt Leipzig folgte eine Verbotsbestätigung durch das Verwaltungsgericht Leipzig, die vom Oberverwaltungsgericht in Bautzen aufgehoben wurde. Ein neuerliches Verbot der Stadt wurde dann am 30. April – vor allem mit Bezug auf die erwarteten *»Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung«* durch antifaschistische GegendemonstrantInnen und plötzliche Neueinschätzungen der TeilnehmerInnenzahl des Naziaufmarsches durch den bis dahin abwiegelnden Verfassungsschutz – vom Verwaltungsgericht Leipzig bestätigt.

Der Gerichtsreigen zeigte wieder einmal, wie sehr NPD und JN von ihrem Parteienstatus profitieren. Erfreulich ist, daß der Versuch von Verfassungsschützern und Staatsschutz, bis zuletzt die Dimension des Naziaufmarsches gegenüber den Medien zu verharmlosen, an der Öffentlichkeitsarbeit des BgR scheiterte.

Hannoversch Münden

Am Tag selber herrschte innerhalb der NPD und JN organisatorisches Chaos. Man hatte offensichtlich nicht mehr mit einem endgültigen Verbot gerechnet. Das Verbot führte zur Spaltung und Zersplitterung: Versuche der NPD, am 30. April/1. Mai kurzfristig Ersatzveranstaltungen in Halle, Cottbus, Bad Hersfeld und Aschaffenburg anzumelden, scheiterten.

Am Abend des 30. April mobilisierten die Mehrzahl der Nationalen Infotelefone dann in den Großraum Frankfurt, am 1. Mai ab 5 Uhr morgens in den Raum Kassel/Bad Hersfeld und schließlich ab 10 Uhr nach Hannoversch Münden in Südniedersachsen. Viele Nazibusse – darunter auch der NPD-Vorsitzende Udo Voigt – wurden auf den Autobahnen von der Polizei festgehalten (nach NPD-Angaben wurden 20 von insgesamt 30 NPD-Bussen von der Polizei aufgehalten).

Circa 300 Nazis aus dem bundesweiten Spektrum der »unabhängigen« Kameradschaften unter Führung von Steffen Hupka sowie des Bielefelder Nazikaders Meinhard Otto Elbing (ex-NF) und Bernd Stehmann (ex-GdNF) versammelten sich auf dem Rathausplatz der Kleinstadt. Der DGB *»verzichtete«* wegen zahlenmäßiger Unterlegenheit deshalb auf seine Kundgebung auf dem Rathausplatz und wich ins Gewerkschaftshaus aus. Zu diesem Zeitpunkt waren in Hannoversch Münden – trotz Vorwarnung aus dem Polizeipräsidium Kassel – nur ca. 15 Polizeibeamte im Einsatz. Sie versuchten vergeblich, eine Ansprache von Steffen Hupka an die versammelten Nazis zu verhindern. Nach dem Ende der Nazikundgebung zogen ca. 50 Neonazis aus Detmold, Bielefeld und Gütersloh hinter einem Transparent mit der Aufschrift *»Arbeit macht frei«* zu ihren Autos. Dort wurden ihre Personalien von einem mittlerweile eingetroffenen Sondereinsatzkommando (SEK) kontrolliert.

Ein anderer Teil der Nazis wurde von etwa 50 AntifaschistInnen angegriffen. Die Nazis flüchteten daraufhin aus dem Innenstadtbereich über eine Brücke auf eine Halbinsel zwischen Fulda und Werra (wo auch ein Großteil ihrer Busse und Autos geparkt war). Zwei Antifas konnten sich nur durch einen Sprung in die Werra vor dem Nazimob retten. Hundert mit Zaunlatten bewaffnete Nazis versuchten, über die Brücke zurückzustürmen. Dort wurden sie zunächst von zehn Polizeibeamten aufgehalten, die kurze Zeit später von SEKlern verstärkt wurden.

Insgesamt nahm die Polizei bis zum Abend des 1. Mai in Hannoversch Münden 119 Nazis in Gewahrsam. Mittlerweile laufen Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruchs, Körperverletzung, Sachbeschädigung und Widerstand gegen



Oben: **Die Polizei hilft Steffen Hupka auf dem Hannoversch Mündener Marktplatz mit einem Megaphon aus, nachdem die Nazis die DGB-Kundgebung gesprengt haben. Links ist Meinhard Otto Elbing zu sehen.**

Unten: **Helden für Deutschland in Hannoversch Münden – vorher und nachher**







Vollstreckungsbeamte. Auch gegen fünf Antifas laufen wegen Hannoversch Münden Ermittlungsverfahren.

Am Rande des Geschehens in Hannoversch Münden sprang der umherirrende Nazibarde Frank Rennicke aus Angst vor Antifas in das Schaufenster des Waffengeschäfts »Haus der Sicherheit«, wo er dann von der Polizei festgenommen wurde. Mittlerweile hat Rennicke auf seiner Homepage im Thulenetz eine ausgesprochen komische Presseerklärung veröffentlicht – O-Ton: *»Ich weiß nicht, wie ich meinen Kindern eine Polizei als 'Helfer' erklären soll, die fast für meinen Tod verantwortlich gewesen wäre ...«* Rennicke hat Anzeige wegen *»versuchten Totschlags, Raubs und Körperverletzung«* gegen Unbekannt, sowie diverse Anzeigen gegen einen SPD-Landtagsabgeordneten und die Polizei gestellt. Tja, Klein Frankie allein in der großen, weiten Welt...

Rund 120 Nazis, die in Hannoversch Münden nicht festgenommen worden waren, zogen nachmittags mitsamt dem Leittransparent ins 150 km entfernte Burgdorf weiter. Ihr Aufmarsch wurde erst von der Polizei beendet, als sie noch eine Kundgebung durchführen wollten. Burgdorf gehört neben Celle zu den Nazihochburgen im Umkreis von Hannover.

Militante Neonazis haben schon seit Ende der 70er Jahre gute Beziehungen nach Hannoversch Münden. Der ehemalige Rektor des örtlichen Gymnasiums, Heiner Luthardt, hatte 1978/79 eine *»rechte Pfadfindergruppe«* in der Kleinstadt aufgebaut, die auch Kontakte zur Wehrsportgruppe um den Naziterroristen Manfred Roeder hatte. Luthardt ist zwar vom Schuldienst suspendiert, soll aber weiterhin in rechten Kreisen mitmischen. Darüberhinaus wurden Ende der 80er Jahre an der mittlerweile geschlossenen Polizeischule in der Kleinstadt zwei Polizeischüler wegen rechtsradikalen Aktivitäten entlassen.

Die FAP Niedersachsen hatte schon Anfang der 90er Jahre unter Führung von Thorsten Heise versucht, am 1. Mai mit 100 Nazis einen Aufmarsch in Hannoversch Münden durchzuführen. Entgegen anderslautenden Gerüchten war Heise in diesem Jahr noch nicht wieder mit dabei.

Kleinere Aufmärsche querbeet

In der sächsischen Kleinstadt Grimma – zwischen Leipzig und Wurzen – führten über 200 Neonazis vor allem aus dem Muldentalkreis unbehelligt von der Polizei schon am Morgen des 1. Mai einen ca. einstündigen, unangemeldeten Aufmarsch und eine Kundgebung durch – mitsamt Leittransparent *»Arbeit zuerst für Deutsche«*, NPD-Fahnen und Parolen.

In Rostock wollten 60 Naziskins die DGB-Kundgebung stören. Anschließend

versuchten sie, zum Bahnhofsplatz zu marschieren – und landeten im Polizeigewahrsam. Auch 72 Nazis, die es offenbar nicht mehr rechtzeitig bis nach Hannoversch Münden geschafft hatten und daher in Alsfeld (Hessen) einen unangemeldeten Kurzaufmarsch abhielten, wurden in Polizeigewahrsam genommen. Der Versuch von vier NPD-Bussen, am Nachmittag des Tages vor dem Aschaffenburger Arbeitsamt eine Kundgebung durchzuführen, scheiterte ebenfalls. Sie wurden an der Stadtgrenze von der Polizei abgewiesen, so daß schlußendlich 15 JN-Mitglieder kurz vor dem Arbeitsamt aufmarschierten.

Und in Leipzig ?

An den Zufahrtsstraßen nach Leipzig erhielten nach Polizeiangaben 270 Nazis und 110 Antifas Platzverweise. Am Vormittag wollten rund 50 Nazis am weiträumig abgeriegelten Völkerschlachtdenkmal einen Aufmarsch durchführen. Als 200 Antifas versuchten, zum Denkmal vorzudringen, um die Nazis am Marschieren zu hindern, wurden sie von der Polizei eingekesselt. Nach Angaben des BgR wurden im Laufe des Tages rund 150 AntifaschistInnen und 50 Nazis in Leipzig festgenommen. Bei den Nazis, die versuchten, nach Leipzig zu kommen und dort zu marschieren, handelte es sich wohl vor allem um unorganisierte Naziskins aus dem Osten. Allerdings wurden auch NPD-Führungskader am Völkerschlachtsdenkmal gesehen. Verantwortlicher NPD-Koordinator in Leipzig ist der seit langem aktive DIRK ZIMMERMANN (ex-FAP) gewesen.

Versuch einer Einschätzung

Die NPD und JN haben am 1. Mai in den Augen der »unorganisierten« Naziskins und des »unabhängigen« Kameradschaften auf jeden Fall eine Schlappe erlitten. Ihr großartiges Getöse im Vorfeld und der klägliche Versuch, den 1. Mai im Nachhinein als Erfolg (angeblich hätten sich 4.000 Nazis auf Deutschlands Straßen befunden) darzustellen – so lautete etwa die Überschrift der JN-Presseerklärung von KLAUS BEIER (Pressesprecher der JN aus Miltenberg) am 2. Mai: *»1.Mai – bundesweite Demonstrationen des nationalen Widerstands erfolgreich durchgesetzt!«* – haben dem Führungsanspruch der JN/NPD innerhalb des Neonazispektrums auf jeden Fall Schaden zugefügt. Das wird auch aus einem internen Brief des Hamburger Nazifunktionärs THOMAS »STEINER« WULFF deutlich: *»Ich rief den Vorsitzenden Voigt noch zwei Tage vor der Demo privat an, um ihn nochmals zu fragen und mir versichern zu lassen, daß es eine Ausweichplanung gibt. Wir sprachen zwar nicht über Einzelheiten, aber er bestätigte mir, daß es eine Ausweichplanung gibt. Ich konnte mich wie so viele Kameraden nur darauf verlassen. (...) Tatsächlich war erkennbar keine Ausweichplanung vorgesehen, geschweige denn eine Ersatzdemo angemeldet. (...) Das Argument, dann hätte man die Leipzigdemo gefährdet, trifft wohl nur zu, wenn es einem nicht vorrangig um die Durchführung der 1.Mai-Demo der Nationalen Opposition ging, sondern in erster Linie um die öffentliche Darstellung der NPD/JN (...).«* Steiner kritisiert die *»mangelnde Bereitschaft«* der JN, auch *»in brenzligen und rechtlich ungünstigen Situationen die vorher so vehement beanspruchten Führungspositionen zu besetzen«.* Seine Schlußfolgerung: *»Auch wenn es der NPD/JN-Führung nicht gefällt, so hat dieser Tag bewiesen, daß die NPD von einem Führungsanspruch noch weit entfernt ist.«*

Leicht panisch: Frank Rennicke nach seinem Hannoversch Mündener Fenstersturz





1. Mai am Leipziger Völkerschlachtsdenkmal

Mit dem Aufmarsch in Hannoversch Münden wurde wieder einmal deutlich, daß das Spektrum der »unabhängigen« Kameradschaften am besten koordiniert und fast immer handlungsfähig ist. Bis jetzt ist allerdings die Integration der »Ost-Kameraden« nicht gelungen – einmal abgesehen von dem Aufmarsch in Grimma, waren die Ost-Kameradschaften ebenso wie die Berliner Kameradschaften bei den Aufmärschen nicht zu sehen. Es ist davon auszugehen, daß die ehemaligen Kader inzwischen verbotener Nazigruppierungen, die sich wie Steffen Hupka mittlerweile in die Führungsriege der JN begeben haben, weiterhin auf zwei Hochzeiten tanzen werden: Sowohl eine enge Zusammenarbeit mit den »unabhängigen« Kameradschaften, als auch die JN zu einer militanten Nazikaderschmiede mit Führungsanspruch zu verwandeln. Es bleibt zu hoffen, daß die Egos der selbsternannten »nationalen Führer«, die Führungsstreitigkeiten und Grabenkämpfe zwischen dem NS-Flügel und den »Nationalrevolutionären« auch bei weiteren Anlässen einer guten Koordination innerhalb des Neonazispektrums im Wege stehen werden.

Einige kurze Gedanken zur Antifamobilisierung

Viele Antifas, vor allem aus dem Westteil Deutschlands, wurden auf den Autobahnen von der Polizei entweder stundenlang festgehalten oder mit Durchsuchungen etc. schikaniert. Andererseits haben viele Nazis den antifaschistischen Zorn sehr direkt zu spüren bekommen oder auch indirekt, wenn sie mit der Bundesbahn nach Leipzig unterwegs waren durch drei Oberleitungsanschläge in Berlin, die laut Pressemeldungen von Autonomen verübt wurden, um den Aufmarsch in Leipzig zu behindern.

Allerdings drängt sich die Frage auf, ob nicht mehr Gewicht auf regionale Mobilisierungen gelegt werden müßte. Im Fall von Leipzig muß jedoch ganz klar gesehen werden, daß ohne die bundesweite Antifamobilisierung ein Aufmarsch der JN/NPD in Leipzig nicht verhindert worden wäre und ein zweites München stattgefunden hätte. An dieser Stelle noch einmal ein ausdrückliches Lob an das BgR! Auch wenn es letztendlich die Gerichte und nicht die Antifas waren, die den NPD/JN-Aufmarsch verhindert haben. Die Diskussion darum, ob gerichtliche Verbote sinnvoll sind, soll hier nicht weiter ausgeführt werden.

Ein wichtiges Ergebnis des 1. Mai ist, daß die massenhafte Anziehungskraft der NPD und JN nach München – alleine in Sachsen gab es innerhalb eines Monats einen Mitgliederzuwachs von 200 auf 300 Personen in der NPD – ersteinmal gedämpft wurde. ■

Vorsicht, Anti-Antifa-Frau!

In der Vorbereitungsphase zur Entwicklung von Gegenstrategien gegen die seit drei Jahren regelmäßig stattfindenden JN/NPD-Aufmärsche in Aschaffenburg (bekannt geworden unter dem Namen »Hans Münstermann Gedenkmärsche«) haben die Nazis sich wieder einmal in Anti-Antifa-Arbeit versucht. Zu diesem Zweck engagierte der Deutsche Freundeskreis Franken wie bereits in vorangegangenen Fällen (siehe AIB Nr. 31) eine Frau.

In Aschaffenburg hat sie bei Veranstaltungen des Bündnis gegen Rechts, einem offenen Zusammenschluß von Parteien, Gewerkschaften, bürgerlich linken und liberalen Gruppen mit sporadischer Beteiligung durch autonome antifaschistische Gruppen, persönlichen Kontakt zu einer Frau aufgebaut und Interesse an Mitarbeit bekundet. Daraufhin wurde sie zu Bündnistreffen eingeladen.

Nachdem sie einmal ein Treffen besucht hatte, tauchte sie bei verschiedenen Veranstaltungen und Kundgebungen auf, wobei sie sich immer an ihre Kontaktfrau wandte. Schon sehr bald machte sie sich durch ausflüchtige Angaben zu ihrer Person und ihrer Motivation bzw. ihrem politischen Selbstverständnis verdächtig. Kurz nachdem sie beim zweiten Bündnistreffen war, waren auf den Ansagen der Nationalen Infotelefone Hamburg und Rheinland Berichte über die Diskussionslandschaft der AntifaschistInnen zu hören, die definitiv aus den Treffen stammten, bei denen sie anwesend war.

Ihre schlecht aufgebaute Geschichte, »unbedarfte« Äußerungen und ihr pappnasiger Aktionismus waren eine Sache. Die gute Zusammenarbeit zwischen Recherchegruppen und das Bewußtsein, daß ein »komisches Gefühl« ihr gegenüber Berechtigung hat und diesem auch sofort nachgegangen wurde, ist die andere Sache. Diesen zwei Komponenten ist es zu verdanken, daß sie sehr schnell enttarnt werden konnte.

Obwohl sie auf die Vorbehalte ihr gegenüber angesprochen wurde, was sie zu Tränen rührte, tauchte sie auf einem Vortrag über regionale militante neofaschistische Strukturen auf. Am lebenden, aktuellen Beispiel wurde gleich zu Beginn das Thema Anti-Antifa angeschnitten. Sie wurde vor versammelter ZuhörerInnenschaft (ca. 50 Personen aus dem linken und bürgerlichen Spektrum mit Pressebeteiligung) öffentlich enttarnt und des Raumes verwiesen. Nachdem sie die Enttarnung bestätigte, ergriff sie die Flucht, wobei sie sich jedoch noch erdreistete, noch schnell mal die Rolle der Unverstandenen einzunehmen: *»Ich wollte Euch doch nur helfen!«*

Die Frau hat zu keiner Zeit behauptet, Aussteigerin zu sein oder ihre Kenntnisse zur Verfügung stellen zu wollen. Vielmehr hat sie durch ihr legeres Äußeres (offene lange Haare, Wollponcho), als auch durch den auf persönlich getrimmten Kontaktaufbau zu einer bestimmten Frau versucht, gezielt die Vorbereitungen und die Strategien gegen den NPD-Aufmarsch '97 und natürlich die antifaschistische Szene und Kultur zu erfassen.

Durch die öffentliche Enttarnung wurde für die BesucherInnen der Veranstaltung praktischer Antifaschismus erlebbar. Die Tatsache, als Anschauungsobjekt herhalten zu müssen, war für sie ein harter Brocken. Ihre Auftraggeber (Grüße unter anderem an Axel Schunk) müssen die Sache jetzt ausbaden. Daß sich in nächster Zeit wieder einmal eine Frau von ihnen verheizen lassen wird, können sie sich wohl abschminken.

Eine Bitte an Euch: Wer kennt diese Frau? Sie ist ca. 30-35 Jahre alt, ca.1,65m groß und spricht hochdeutsch. Meldet Euch in Aschaffenburg (Infoladen, Mittelstr. 27, 63741 Aschaffenburg). ■



Oben: die Anti-Antifa-Frau aus Aschaffenburg
Unten: die gleiche Frau beim Naziaufmarsch 1993 in Fulda zusammen mit Wolfgang Juchem. Höchstwahrscheinlich handelt es sich bei beiden Bildern um Nicole Nowicki.



Nachlese zum abgesagten Münstermann-Marsch '97: Waffenfund im Umfeld der NPD

Am 16. Januar 1997 durchsuchte die Polizei das Anwesen von Lothar Stoekmann (46) in der Steinernen Gasse 23 in Amorbach und fand haufenweise Waffen und faschistisches Propagandamaterial. Unter anderem hatte Stoekmann mehrere Maschinengewehre und -pistolen, Revolver, Gewehre und Rohlinge zum selberbauen, Luftabwehr- und Handgranaten, Hakenkreuzfahnen, rechte Unterlagen und 15000 Schuß Munition vorrätig (siehe AIB Nr. 38).

Da er in der Stadt seit Jahren als Nazi und Waffensammler bekannt war, ist die Durchsuchung zu diesem Zeitpunkt als Stimmungsmache der Polizei im Vorfeld des Münstermann-Marsches '97 zu bewerten. Scheinbar hatte KHK Strecker, Leiter des Aschaffenburger Staatsschutzes, damit auch Erfolg, denn die NPD zog Ihre Anmeldung für den Aufmarsch überraschend zurück.

Aus der Absage der NPD an die Stadt Aschaffenburg: »*... Wir sind dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß die gegen die NPD und JN gerichteten , absolut verlogenen Verdächtigungen bezüglich einer angeblichen NPD Verbindung zum Waffenfund in Amorbach zu einem dermaßen großen Auftrieb in der Mobilisierung von geheimdienstlich gesteuerten Autonomenbanden und anderen Störern geführt hat, daß eine Durchführung unserer Demonstration mit Rücksicht auf die Sicherheit der Aschaffenburger Bürgerinnen und Bürger nicht mehr verantwortet werden kann...*«

Außerdem hat die NPD Strafantrag gegen zwei JournalistInnen wegen Verleumdung gestellt.

Nach Erkenntnissen von Antifas sieht die Wirklichkeit allerdings etwas anders aus und die empörten Worte stellen sich als Schutzbehauptung heraus. Stoekmann gehört zum von dem Pressesprecher der Jungen Nationaldemokraten (JN), Klaus Beier, geleiteten Kegelklub Al Bande, der sich im Deutschen Reich in Kirchzell trifft, ist Mitglied der Deutschen Liga für Volk und Heimat und mit deren bayrischem Landesvorsitzenden Werner Eichinger befreundet. Eichinger ist Sprecher des Frankenrates im Deutschen Freundeskreis Franken, in dem Beier und die NPD/ JN ebenfalls vertreten sind. Beier organisiert die jährlichen Fahrten der deutschen Nazis zum Todestag Francos nach Spanien, bei denen ein Besuch bei dem im spanischen Exil lebenden Otto Ernst Remer (Leibwächter von Hitler, Deutsche Freiheitsbewegung, Remerdepesche) zum Programm gehört. Stoekmann ist ein langjähriger Freund von Remer und besuchte ihn häufig. Außerdem war Stoekmann häufig bei bundesweiten Treffen der JN wie zum Beispiel in Maroldsweisach zu Gast.

Antifa-Nachrichten-Doku

Nr. 19

Juli/August 1997



Impressum:

Was Geht Ab? Nr.19, Juli/August '97

Herausgeber und V.i.S.d.P.:
Kai Mara
Gneisenaustr.2a
10961 Berlin

Die »Was geht ab?« erscheint seit der Nr. 19 als ständige Beilage im Antifaschistischen INFO-Blatt. Für Abo, Nachdruck und alles weitere gelten dessen Bedingungen.

Bundesweit

Rund um den 20. April

taz 21.4.97 - Am 19./20.April '97, Hitlers Geburtstag, kam es in vielen Bundesländern zu faschistischen Übergriffen. Hier einige: In Hellersdorf wurde einer Gruppe Nazis der Einlaß in die Kneipe »Haselnuss« verwehrt. Die Gruppe von zehn bis fünfzehn Nazis stürmte daraufhin die Kneipe und schlug mit Baseballschlägern und Teilen des Mobiliars um sich. Fünf Gäste und fünf Angestellte mußten ärztlich behandelt werden. Die Angreifer konnten alle unerkannt entkommen. In Berlin-Weißensee wurden drei von dreißig Skinheads festgenommen, deren Bus auf der Heimfahrt von einem Treffen in eine Polizeikontrolle geriet. Zwei von ihnen standen bereits auf der Fahndungsliste, die dritte Person wurde wegen Widerstands und Beleidigung vorläufig festgenommen. Auf dem Jüterboger Südfriedhof im Landkreis Teltow-Fläming wurden nachts 60 Grabsteine umgeworfen. Laut Polizei wurden bisher zwei Tatverdächtige festgenommen. In Menkin bei Prenzlau wollten 60 Nazis in der Gaststätte an der Chausse feiern, 32 wurden vom Platz verwiesen und 4 vorläufig festgenommen. In Dreseden wurden 23 Nazis festgenommen, nachdem sie mit Hitlergruß und Sieg Heil durch die Stadt zogen. In Lochau/Sachsen Anhalt überfielen sieben Nazis einen 19jährigen Italiener und schnitten ihm u.a. mit einer Rasierklinge 15 mal durch sein Gesicht, dabei drohten sie ihm mit dem Tode falls er Deutschland nicht verlasse. In Joachimsthal, bei Eberswalde wollten Nazis im Anglerheim am Grimnitzsee feiern: von 22 mit Hakenkreuzen, Baseballschlägern, Messern usw. bestückten Nazis wurden die Personalien überprüft. In Bernau wurden 11 Nazis vorläufig festgenommen, nachdem sie in einer Wohnung in der Klementsstraße, mit Sieg Heil - Adolf Hitler - Rufen gefeiert hatten. In Magdeburg fuhren 13 Nazis ein, als sie einen Dönerstand kaputtmachten und dabei »Sieg Heil« riefen. Im Verlauf des Tages wurden 73 Nazis in schwäbischen Leipheim festgenommen, 10 trugen verbotene Embleme. In der Nacht zum 19. April randalierten rund 30 Nazis in einem Vereinshaus in Tautenheim, laut Polizei wurde ein Mensch verletzt. In Jena griffen besoffene Burschenschaftler eine Polizeistreife an und verletzten einen Polizisten dabei leicht. In Lindau am Bodensee wurden bei einer Auseinandersetzung zwischen 15 Nazis und zwölf AntifaschistInnen in einem Nazi-Lokal mehrere Personen verletzt. Ein Punk kam ins Krankenhaus und 14 Nazis in Gewahrsam. Im altmärkischen Klötze überfielen vier Nazis mehrere Wolgadeutsche und verletzten diese. Der Anführer der einschlägig bekannten Nazis war, der 23jähriger Andreas N., gegen ihn und die anderen drei wurde Haftbefehl erlassen.



Insgesamt wurden am Wochenende des Hitlergeburtstages rund 200 Nazis, wie hier in Magdeburg, in Haft genommen.

1996 brannten 109 Flüchtlingsheime

taz 12.4.97 - Wie die Bundesregierung in einer Antwort auf eine kleine Anfrage der PDS mitteilte, kamen bei den insgesamt 109 Bränden in Flüchtlingsheimen in Deutschland 1996 12 Menschen ums Leben. 107 wurden verletzt. Ursache der Brände seien fahrlässiger Umgang mit Kerzen oder Ziga-

Chronologie

13. Februar – Der Italiener Antonio M., ertrank nachdem er von zwei jungen Deutschen in Caputh (Brandenburg) zuerst brutal zusammengeschlagen und daraufhin in die Havel geworfen worden war. Die Leiche des 37jährigen Italieners wurde erst einen Monat später, am 14. März, geborgen und wies schwere Kopfverletzungen auf. Am 18. März wurde gegen die beiden jungen Caputher Holger H. (18) und Andreas M. (24) Haftbefehl wegen gemeinschaftlichen Mordes erlassen. Die Staatsanwaltschaft Potsdam meint einen ausländerfeindlichen Hintergrund ausschließen zu können.

20. Februar – Der ehem. Landesvorsitzende der FAP, Martin Kiese, muß vor Gericht, er hat erneut einen Prozeß wegen Körperverletzung.

20. Februar – Am Rosenmontag hat in Essen die Polizei lediglich 28 Nazi-Skins festgenommen, die zu einer Gruppe von etwa 120 gewalttätigen Rechtsextremisten gehörten und ZuschauerInnen des Karnevalumzuges anpöbelten. Die Skins kamen mit der S-Bahn in den Stadtteil Kupferdreh und provozierten Schlägereien, dabei wurden mehrere BesucherInnen und Polizisten leicht verletzt.

21. Februar – Zwei Nazi-Skins, die im September '95 den schwulen Klaus-Peter B. ermordeten (siehe WGA #9), wurden in Amberg wegen Körperverletzung mit Todesfolge verurteilt. Der erste 19jährige Angeklagte wurde zu acht Jahren verurteilt, der 22jährige Richard Lorenz erhielt eine Haftstrafe von zwölf Jahren.

5. März – Auf einen türkischen Imbißwagen wurde in Ludwigsfelde ein Brandanschlag verübt. Der Täter konnte flüchten.

8. März – Zwei Jugendliche (17 und 18 Jahre alt) hatten am frühen Samstagmorgen, in einem Tanzlokal in Frankfurt/Oder einen Asylbewerber aus Marokko verprügelt. Der 33jährige erlitt Platz- und Schürfwunden sowie Prellungen

und mußte ambulant behandelt werden.

8. März – Ebenfalls in Frankfurt/Oder hat eine Gruppe von deutschen Jugendlichen ein polnisches Auto mit Steinen beworfen und erheblich beschädigt. Drei Tatverdächtige wurden von der Polizei festgenommen. In Grenzstädten zu Polen kommt es immer wieder zu ausländerfeindlichen Übergriffen auf polnische oder tschechische Menschen.

11. März – Aus »reinem Haß«, so die »Berliner Zeitung«, verprügelten vier rechtsradikale Jugendliche im brandenburgischen Fürstenwalde einen 16jährigen linken Schüler. Die Täter, die mit Fäusten, einer Kette und einem Baseballschläger bewaffnet waren, wurden von der Polizei ermittelt. Ein 15jähriger sitzt in U-Haft, die drei anderen sind frei.

15. März – Rund ein Dutzend Rechtsextremisten pöbelten vor einer Diskothek in Rathenow (Brandenburg) drei linke Jugendliche an. Als die Gruppe die Linken verprügeln wollte, wehrten sich diese und verletzten einen der Rechtsradikalen durch einen Messerstich in den Oberschenkel .

15. März – In Erfurt griffen etwa 20 Neonazis das autonome Jugendzentrum an. Nach Gegenwehr mußten zwei der Nazis, die mit Eisenstangen bewaffnet waren, in ein Krankenhaus eingeliefert werden - die Polizei nahm 10 weitere Angreifer fest.

16. März – In Frankfurt/Main wurden zwei Nazis (22 und 24) festgenommen. Sie hatten in der Straßenbahn "Sieg Heil" gebrüllt, den Hitlergruß gezeigt und den Fahrer mit einer Pistole bedroht.

18. März – Eine libanesische Familie wurde in Fürstenwalde (Brandenburg) von vier Rechten verfolgt, bedroht und geschlagen. Der Mann, seine Frau und ihr 15jähriger Sohn wurden angegriffen und mit einem Messer bedroht. Die Frau und der Junge konnten flüchten und die Polizei alamieren, welche die Täter (15, 18, 20 und 29 Jahre alt) festnehmen konnte. Es wurden daraufhin Haftanträge beantragt, jedoch vom Haftrichter nicht erlassen. Die Rechten wurden am nächsten Tag entlassen.

20. März – In Berlin Köpenick ist ein 21jähriger von mehreren Jugendlichen zusammengeschlagen worden. Das Opfer welches mit gebrochenem Kiefer ins Krankenhaus mußte, wurde zuvor im Bus nach seiner Herkunft befragt.

21. März – Ein Passant wurde in Essen von drei Neonazis im Alter

retten, technische Defekte oder Brandstiftung gewesen.

Gauabzeichen verboten

Presse-23.5.97- Seit dem 23.5.97 sind die bei Nazis sehr beliebten Gau-Abzeichen verboten, daß entschied das Berliner Landgericht. Die Abzeichen stammten ursprünglich vom Deutschen Jungvolk und der Hitler Jugend.

Herrentag

taz,JW,BK 9.,10.5.97 - Wie immer Herrentags in Deutschland, kam es auch diesmal am 8. Mai `97 in vielen Bundesländern zu faschistischen bzw. rassistischen Übergriffen. Einige seien hier aufgezählt: In Berlin-Köpenick verletzten 23 Nazi-Skins mehrere Fahrgäste einer Straßenbahn und riefen dabei Nazi-Parolen. Ebenfalls in Köpenick müssen 50 randalierende Skins aus dem Lokal Rübezahl geschmissen werden und im Treptower Park feierten an die 100 Nazis in trauter Einsamkeit mit dem Rest an dummdeutschem Publikum. Auch hier kam es zu den dazugehörenden Nazi-Parolen und Angriffen. In Potsdam raubten sieben Nazis an einer Tankstelle einen Kasten Bier, um sich damit an den nahegelegenen Aradosee zu setzen und Sieg Heil zu brüllen, wo sie dann von der Polizei festgenommen wurden. In Wittenberg/Sachsen Anhalt fingen rund 20 Nazi-Skins damit an ein besetztes Haus mit Flaschen und Steinen anzugreifen, konnten aber nach einigen Auseinandersetzungen zurückgeschlagen werden. In Quedlinburg lieferten sich 70 Nazis eine Schlägerei mit der Polizei, während in Halle Mitglieder eines slowakischen Kinderchors bedroht wurden. Im sächsischen Gröditz wird das Aussiedlerheim mit einem Molotowcocktail angegriffen anschließend drangen Nazis in das Heim ein und bedrohen die Bewohner, drei Tatverdächtige wurden vorläufig festgenommen. In Magdeburg wurden 20 Nazis festgenommen nachdem sie ein Treffen von Amateurfunkern überfielen, wobei acht Teilnehmer des Treffens verletzt wurden, andernorts in Magdeburg wollten 18 Leute auf einen Mann aus Togo losgehen - die Polizei konnte schlimmeres verhindern. In Doberschau bei Bautzen griffen 20 Nazis ein Aussiedlerheim mit Steinen und Zaunlatten an und verletzten dabei ein Opfer schwer, acht der Angreifer wurden festgenommen. In Rathenow/Brandenburg feierten rund 20 Nazis mit den üblichen Parolen und Angriffen, schade, daß die Antifas vorort sich darauf beschränkten das besetzte Haus zu beschützen. In Gera/Thüringen kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Nazis und AntifaschistInnen, zwei der AntifaschistInnen und ein Polizist wurden dabei, u.a. durch Schnittwunden, verletzt. In Northeim/Niedersachsen wurden über 30 Nazis festgenommen, nachdem sie Nazi-Parolen gebrüllt und Polizisten angegriffen hatten, mit dabei Thorsten Heise - örtlicher Kader der ehem. FAP. Auf dem jüdischen Friedhof in Busenberg/Rheinland-Pfalz wurden Grabsteine umgestoßen und 65 Gräber mit Hakenkreuzen und Naziparolen besprüht. Am Schweriner See/Mecklenburg Vorpommern wurde eine Gruppe bestehend aus drei Jugoslawen, einem Albaner und einer Deutschen angegriffen.

Vertriebene gegen Deutsch-Tschechische Erklärung

Taz 20.5.97 - Bei den traditionellen Pfingsttreffen der Vertriebenen in Nürnberg und Düsseldorf, ernteten die Bundesminister erhebliche Buhrufe. Grund war die Zustimmung der Bonner Parteien zur deutsch-tschechischen Erklärung, in der die Vertreibungen nicht klar als Verbrechen definiert wurden. Insgesamt nahmen 100000 Revanschisten, unter ihnen zahlreiche Rechtsextremisten, an den Kundgebungen teil. In Düsseldorf beispielsweise war der ***Bund Freier Bürger (BFB)*** mit einem Stand in- und die ***Republikaner*** mit einem Stand vor den Messehallen vertreten. Der BFB-Vorsitzende **Manfred Brunner** beteiligte sich, nebst **Heiner Kappel** von der ***Liberalen Offensive in der FDP***, auch an einer Podiumsdiskussion über das »Recht auf Heimat«. Die ***Junge Freiheit*** hatte ihr Machwerk gleich palettenweise angekarrt, um es unter das Revanchisten-Volk zu bringen. Exklusiv zum Deutschland-Treffen hatte der Vorsitzende der ***Jungen Landsmannschaft Ostpreußen*** , **Bernd Knapstein**, dem Blatt ein Interview gegeben, in dem er für die Rückgabe des »besiedlungsfähigen Landes - beispielsweise in Südostpreußen und Masuren« eintrat. Ähnlich revanchistisches Gedankengut gaben Knappstein und der Sprecher der Landsmannschaft, **Wilhelm von Gottberg**, auch auf der Großkundgebung der Ostpreußen am Sonntag in Düsseldorf zum besten, an der sich etwa 7000 Menschen beteiligten. Der Sprecher einer Volksgruppe, **Franz Neubauer**, verurteilte die Deutsch-Tschechischen Erklärung als Versuch den Sudetendeutschen einen »Totenschein« auszustellen. Gottberg, formulierte seine Absichten wohl noch deutlicher, indem er sagte :«Wir werden nicht lassen von diesem schönen Land«. Gekrönt wurde das Ganze vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, **Carl-D. Spranger**, als er an die rumänische Regierung appellierte, den Siebenbürger Sachsen die Entscheidung zum Dableiben zu erleichtern.

Thüringen, Bayern, Sachsen, Ba-Wü

Nazikonzerte und Überfälle in Sachsen

Taz 25.1, 4.2, 7.2, 21.3, 1.4.'97, 12.5, JW 20.1,1.2, 7, 20, 24.3, 1, 3.4., BeZe 25.3.'97- In Sachsen ist es den Nazis 1996 gelungen auf 23 Nazikonzerten bis zu 1000 rechte Jugendliche zu erreichen. Gleichzeitig stieg die Anzahl von gewalttätigen Angriffen dieser Jugendlichen auf alles, was ihnen nicht in ihr sog. Weltbild passt, rapide an. So wurden z.B. am 17. Januar '97 ein evangelischer Vikar und sein 16jähriger punkiger Sohn von sechs Nazi-Skins in Leipzig überfallen und angegriffen. Beide mußten schwerstens verletzt ins Krankenhaus gebracht werden. Die Polizei war von einem »normalen« Raub ausgegangen, weil den Opfern auch Geld geraubt worden war. Einen Tag zuvor hatten drei Deutsche in der Bahnhofshalle von Riesa einen Guineaner so brutal zusammengeschlagen, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Sie hatten so lange auf ihr Opfer eingetreten, bis eine Verkäuferin beherzt dazwischen gegangen war. Ebenfalls auf einem Bahnhof fand ein weiterer Überfall am 23. Januar' 97 statt, als sechs rechte Jugendliche einen 36jährigen, dunkelhäutigen Mann in Wittenberg beleidigten und angriffen. In der Nacht zum 6. März kam es dann wieder in Leipzig zu einem Überfall: Sechs Nazi-Skins griffen zusammen mit zwei Frauen ein mongolisches Studentenehepaar in der Straßenbahn an und verletzten den Mann dabei schwer. Er wurde an der nächsten Haltestelle mit Rippen- und Nasenbeinbruch aus der Straßenbahn geworfen. Anschließend flüchteten die Täter in ein nahegelegenes Haus, wo sie mit drei weiteren Jugendlichen festgenommen wurden. Gegen einen der Täter bestand in Berlin ein Haftbefehl wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Einem anderen Täter wird ein weiterer Angriff gegen einen Rumänen am vorhergegangenen Montag zur Last gelegt und ein 19jähriger gestand drei weitere Überfälle auf Ausländer. Am 18. März ging dann eine Gruppe von sieben deutschen Jugendlichen in Freital auf zwei Algerier los. Nachdem sie diese angegriffen und geschlagen hatten zog ein 18jähriger Angreifer ein Messer und wurde daraufhin von einem der Angegriffenen in Notwehr mit einer Schere niedergestochen und schwer verletzt. Einige Stunden später, in der Nacht zum 19. März, wurde das Autonome Zentrum »Barrikade« in Freiberg Ziel eines Brandanschlages, zum Glück war der Sachschaden hier relativ gering. Zuvor war es schon mehrmals in einem Kindererholungszentrum in Weißwaser zu Brandanschlägen gekommen. Die Täter hinterließen hierbei gesprühte Hakenkreuze und SS-Runen. Am Ostersonntag kam es dann wieder zu einem größeren und scheinbar besser geplanten Überfall: 60 Nazi-Jugendliche (17-27 Jahre) überfielen das alternative Jugendzentrum »Tulschock« in Chemnitz, verwüsteten das Inventar, zerkloppten die Fahrzeuge vor dem Jugendclub und verletzten sechs Jugendzentrum-Besucher schwer. Ganze 18 Tatverdächtige wurden anschließend von der Polizei festgenommen.

Am 21. März wollte die deutsche Nazi-Band ***Weiße Riesen*** zusammen mit ihren australischen Kollegen von ***Fortress*** in der Diskothek »Wodan« in Mücka ein Konzert durchführen, um weitere Jugendliche in die Nazi-Skin-Szene zu integrieren. Da es aber bei vorangegangenen Nazi-Skin-Konzerten zu Ausschreitungen und Straftaten gekommen war, untersagte das Landratsamt dieses Konzert. Am Himmelfahrtstag warfen dann vier deutsche Jugendliche einen Molotowcocktail auf ein Aussiedlerheim in Gröditz. Gegen zwei Tatverdächtige, darunter ein 17jähriges Mädchen, wurde Haftbefehl erlassen. Ansonsten übt sich der sächsische Innenminister **Klaus Hardraht** in der Verharmlosung der rechten Gewalt. Der »Berliner Zeitung« antwortet er auf die Frage, ob Deutschland wieder eine neue rechte Gewaltwelle drohen würde: *»Für Sachsen würde ich dies verneinen«*. Wenig später macht er die rechten Täter zu Opfern der Gesellschaft: *»...Viele Jugendliche weichen dem Leistungsdruck aus. In der Gruppe fühlen sie sich stark, und aus der Gruppe heraus werden sie gewalttätig. Mit Rechtsextremismus hat das überhaupt noch nichts zu tun... Zunächst wollen viele Jugendliche nur den Helden spielen. Da ist es oft nur ein Zufall, an wen sie geraten. Leider sind die Straftaten dann sehr häufig ausländerfeindlich motiviert... Ich warne davor, alle Jugendlichen, die beispielweise Skinhead-Konzerte besuchen, pauschal zu verdammen.«*

Wehrsport

JW, Taz 19.3.'97 - Am 17. März '97 hat die Polizei in einer Gartenanlage in Gotha eine Nazi-Wehrsportgruppe ausgehoben. Diese hatte auf dem Gelände paramilitärische Übungen abgehalten und damit das Interesse der Nachbarn auf sich gezogen, welche die Polizei informierten. Bei einer Durchsuchung wurden u.a. Stahlhelme, Tarnanzüge, Luftgewehre und eine Schreckschußpistole gefunden. Drei Angehörige des Lagers waren namentlich bekannt und gehören zum harten Kern der Nazi-Szene in Gotha.

von 16, 17 und 20 Jahren unter lauten »Heil-Hitler«-Rufen geschlagen und zusammengetreten. Der Älteste des Trios, ein Wehrpflichtiger, wurde den Feldjägern überstellt. Nebem einem Hemd mit verbotenem Aufdruck wurde auch Propagandamaterial verbotener Organisationen bei den Nazis sichergestellt.

22. März – Drei bosnische Jugendliche aus Bosnien im Alter von 13 und 16 Jahren wurden im Berliner Bezirk Niederschönhausen (Pankow) von einer Gruppe von rund 15 Skinheads zusammengeschlagen. An einer Bushaltestelle traten und schlugen die Rechten auf ihre Opfer ein, die anschließend in einem Krankenhaus behandelt werden mußten. Der Polizei sind drei der Täter namentlich bekannt und trotzdem noch auf freiem Fuß, sie wurden auf Lichtbildern wiedererkannt.

22. März – In der Stadt Brandenburg a. d. Havel nahm die Polizei 19 rechte Jugendliche vorläufig fest, die in einer Wohnung Nazi-Lieder gesungen und Parolen gerufen hatten. 13 der Festgenommenen wurden nach einer erkennungsdienstlichen Behandlung wieder freigelassen.

23. März – Rund 30 Neonazis zogen unter »Sieg-Heil« und »Deutschland den Deutschen« Gegröhle durch die Innenstadt von Frankfurt/Oder. Die Polizei nahm 26 Nazis fest, alle wurden später wieder entlassen.

25. März – In Rudolstadt (Thüringen) wurde ein 17jähriger Asylbewerber aus Bangladesch von Rechtsradikalen überfallen und beraubt. Die Polizei nahm insgesamt 12 Personen fest. Gegen drei »Hauptakteure« wurde Haftbefehl erlassen. Ein 19jähriger bedrohte den Jugendlichen mit einem Messer, während ein 17jähriger Azubi ihn mit Schlägen verletzte und eine weitere Täterin dem Flüchtling Geld raubte.

26. März – Eine Gruppe von sechs Skinheads griff in Niederlehme zwei Männer mit Baseballkeulen an.

26. März – Nach einem verbalen Streit zwischen drei Nazi-Skins und einem Libanesen während einer Busfahrt in Essen, haben die drei Skins auf dem Busbahnhof den Mann aus dem Libanon zusammengeschlagen. Das Opfer mußte im Krankenhaus versorgt werden, während der Staatschutz die Ermittlungen übernommen hat.

27. März – Spielende Kinder wurden im Berliner Bezirk Tiergarten von einem Balkon aus beschossen. Der Täter, ein 53jähriger Mann

hatte vor den Schüssen aus seiner scharfen Waffe gebrüllt: »Ihr scheiß Ausländer, ich bring Euch um«. Die Polizei nahm den Mann fest.

28. März – 30-40 Nazis überfielen das A-20-Hüttendorf bei Jarmen. Drei der zehn Anwesenden DorfbewohnerInnen wurden zum Teil schwer verletzt. Die Angreifer demolierten unter Sieg Heil-Rufen drei Wohnwagen.

30. März – 15 bewaffnete Jungnazis stürmten auf das Gelände des Autonomen Jugendzentrums in Erfurt, warfen mit Steinen und drangen in das Gebäude ein. Der Polizei gelang es nach einiger Zeit acht Angreifer in Unterbindungsgewahrsam zu nehmen.

31. März – Die Frankfurter Polizei nahm 15 Nazis fest, die zuvor einen Mann überfallen und zusammengeschlagen hatten. Die Jugendlichen im Alter von 14 bis 20 Jahren kamen in drei Autos, warfen den Mann zu Boden und traten auf ihn ein. Die Täter konnten kurz darauf gefasst werden, als sie bei einem Kinder- und Jugenzentrum Fensterscheiben einschlugen.

2. April – In Erfurt wurde ein 32jähriger Mann Opfer eines rassistischen Angriffs. Drei mutmaßliche Täter, die den Mann aus Togo geschlagen, getreten und ausgeraubt hatten wurden von der Polizei festgenommen.

3. April – In Frankfurt/Oder wurde ein Pole überfallen. Wie die Staatsanwaltschaft mitteilte, wurde der 48jährige von drei Männern brutal zusammengeschlagen, nachdem die Täter sich als Polizeibeamte ausgaben und ihn zunächst durchsuchten. Als der Mann sich wehrte habe er mehrere Faustschläge und Kniestöße ins Gesicht erhalten und sei mit einem Vorschlaghammer auf den Rücken geschlagen worden. Das Opfer erlitt dabei Prellungen, eine Platzwunde und Rippenbrüche. Die Täter konnten in der Nähe festgenommen werden.

8. April – Auf dem Berliner U-Bahnhof Seestraße wurden zwei Nigerianer rassistisch beschimpft und geschlagen, einer wurde auf die Gleise gestoßen. Die Angreifer, zwei Männer aus Polen, wurden von der Polizei festgenommen.

11. April – Mit schweren Kopfverletzungen mußte ein portugiesischer Mann (31) ins Krankenhaus eingeliefert werden. Er war zusammen mit zwei Kollegen (25 und 29 Jahre alt) Berlin-Weißensee von fünf Nazi-Skins überfallen und verletzt worden. Unter »Sieg-Heil«-Rufen schlugen und traten die Nazis auf Männer ein. Die Täter, zwei 18jährige Berliner und ein 20jähriger Brandenburger, wurden

Nazis wollen Heß-Villa

Taz 15/16.2.'97- Der Makler **Bartholomäus Schmidt** vom Nürnberger Immobilien-Kontor ***Alt & Kelber*** will die leerstehende Villa von **Rudolf Heß** in Reicholdsgründ bei Wunsiedel an die rechten Szene verscherbeln. Er hat für das Herrschaftshaus (22 Zimmer) Anzeigen in der ***Deutschen National-Zeitung*** geschaltet und hofft so »*den ideologischen Wert mitzuverkaufen*«, um das Doppelte aus der auf 300.000 Mark geschätzten Villa herausschlagen zu können. Der örtliche Polizeisprecher gab mittlerweile bekannt, daß sich unter den Interessenten auch Mitglieder der rechten Szene befinden. Bleibt abzuwarten, welcher von ihnen das meiste Geld bietet.

Schüsse auf Antifas?

JW 25.3.'97- Nachdem rund 50 Antifas am 23.März '97 die ***JN***-Funktionärin **Irina Beikert** in Laudenbach mit einer Kundgebung und Flugblättern geoutet hatten, kam es am dortigen Bahnhof zu einem brutalen Polizeieinsatz. Die Polizei riegelte den ganzen Bahnhof ab und hinderte Antifas, nach Angaben der ***Antifaschistischen Jugend Aktion Heidelberg***, mit Schlagstöcken und Fußtritten daran, Züge zu benutzen. Ein Polizist habe im Laufe der Auseinandersetzung seine Dienstwaffe gezogen, und während er sie entsicherte auf eine flüchtende junge Frau gezielt. Einige Sekunden später gab er einen Schuß in die Luft ab. Die Frau wurde, zusammen mit 22 weiteren Antifas, zur Personalienkontrolle festgehalten. Der Polizist gab später an, einen Signalschuß abgegeben zu haben, um die Einsatzkräfte aufmerksam zu machen.

Mechtersheimer in Aktion

JW 14.4.'97- Am 14. März '97 fand im Plenarsaal des baden-württembergischen Landtags in Stuttgart eine ***Republikaner*** Veranstaltung mit dem ultranationalistischen **Alfred Mechtersheimer** zum Thema »*Multiethnische Entwicklung und Demokratieangebot*« statt. Dieser erklärte seinen rund 250 ZuhörerInnen, daß eine funktionierende Demokratie eine »*ethnische Homogenität*« voraussetze. Er sprach außerdem von »*Müttern, die um ihre auf dem Altar der Multikulturalität geopferten Kindern weinen*« und Schulen »*von denen immer mehr zu Brutstätten der Gewalt von ausländischen Zuwanderern gegen deutsche Kinder*« würden.

Brauner Bürgermeister

DNZ 14.2.'97 - Der Gemeinderat von Eurasburg im Landkreis Bad Tölz-Wolfrathshausen streubt sich mit allen Mitteln gegen ein Denkmal für ehemalige KZ-Häftlinge, die im April 1945 auf einen Todesmarsch von Dachau in Richtung Alpen getrieben wurden. Um die wiederholten Verweigerungen von finanziellen Zuschüssen für das Denkmal zu begründen, greift der Eurasburger Bürgermeister **Hans Fischhaber** tief in die braune Kiste. Er begründet die ablehnende Haltung seiner Gemeinde damit, daß die KZ-Insassen »*nicht nur zu bedauern*« gewesen seien, weil »*auch Verbrecher darunter waren*«. Unter den freigekommenen KZ-Häftlingen seien Kriminelle gewesen, welche die Eurasburger Bürger mit dem Tod bedroht hätten. Er sähe nicht ein, »*diesen Leuten*« auch noch aus Steuergeldern ein Denkmal zu setzen. Im übrigen sei seine Meinung zum Umgang mit der Vergangenheit: »*Man soll endlich aufhören mit dem Schmarren.*« Die Israelitischen Kultusgemeinden München und Oberbayern haben gegen ihn Strafanzeige wegen »Beleidigung Verstorbener« gestellt.

Manred Roth zurückgetreten

JF 7.3.'97 - Der Vorsitzende der ***FDP*** in Bad Canstatt, **Hans Manfred Roth**, hat seinen Rücktritt als Chef des ***Bad Canstatters Kreis*** erklärt.

Nachdem er mit großer Mehrheit erneut zum Vorsitzenden der von »nationalliberalen« FDP-Mitgliedern ins Leben gerufenen Vereinigung gewählt wurde, verkündete er nur wenige Minuten später seinen Rücktritt. Als Grund nannte er die Rechtslastigkeit des neuen Vorstandes.

Nazi-Skins verurteilt

Taz 22/23.2.'97 - Am 21.Februar '97 hat die Jugendkammer des Landgerichts Amberg zwei Nazi-Skins wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu Haftstrafen verurteilt. Die beiden hatten im September '95 den schwulen **Klaus-Peter B.** in Amberg ermordet (ausführlicher Artikel in der WGA # 9). Der erste Angeklagte (19) erhielt acht Jahre Haft. Er galt als Kopf der Amberger Nazi-Szene und hatte Kontakte zur ***Nationalistischen Front (NF)***. Der zweite Angeklagte, der 22jährige **Richard Lorenz**, erhielt zwölf Jahre Haft. Auch er war als Nazi-Schläger bekannt.

Berlin

Mechtersheimer

Jw 21.3, BeZe 24.3.'97- Am 21. März '97 folgte der rechte Multifunktionär und Anti-Antifa Zuarbeiter **Alfred Mechtersheimer** einer Einladung der ***Kritischen Liberalen*** und referierte im Haus der ***Burschenschaft Gothia*** über die Frage, ob es einer nationalen Partei in Deutschland bedarf. Nachdem seine letzte Veranstaltung zu diesem Thema verhindert wurde, fanden sich diesmal, trotz Antifa-Kundgebung ca. 60 AnhängerInnen ein. Neben FDP Rechten wie **Markus Roscher**, **Torsten Witt** und den »Burschen«, fanden sich auch alt bekannte Nazi-Aktivisten wie der ***JN/NPD*** Nazi-Spucki-Fabrikant **Aurel Archner** ein.



Alfred Mechtersheimer

Nazi-Schläger festgenommen

JW 29.3.'97- Sieben Nazis wurden am 27. März '97 vorläufig festgenommen und gleich wieder freigelassen. Sie gehörten einer Gruppe von 14 Nazi-Skins an, die u.a, am 20. März einen 16jährigen in der Straßenbahn krankenhausreif schlugen, weil er undeutsch wirkte, einen Tag später einen 53jährigen aus dem selben Grund überfielen und im Bus mit einem Nothammer traktierten. Drei Stunden später schlugen sie einen 15jährigen Linken so zusammen, daß dessen Schneidezahn im Springerstiefel eines Nazis steckenblieb. Ansonsten wurde alles was links/undeutsch war, angepöbelt. Auf die Spur der Schläger-Combo kam die Polizei, nach einem Überfall auf drei 13 - 16jährige Bosnier, durch 10 bis 15 Nazis. Als zehn Tatverdächtige ermittelt und verhört wurden, stieß man auf die Gruppe. Die Mitglieder der Gruppen sollen nicht identisch sein.

Finito für Fini

Dem Chef der italienischen ***Alleanza Nazionale***, **Gianfranco Fini**, sollte eigentlich die Ehre zukommen, von zwei offiziellen Repräsentanten von Senat und Parlament - den *CDU*'lern **Herwig Haase** und **Jörg Schönbohm** - am 14. Mai empfangen zu werden. Der 43jährige Fini hat eine Parteikarriere in der Nachfolgeorganisation des ital. Faschismus, der ***Movimento Sociale Italiano (MSI)***, hinter sich und möchte nicht als »Neofaschist«, sondern als »Postfaschist« bezeichnet werden. Erst nach Protesten von ***Grünen***, ***PDS*** und ***SPD*** mußte der Empfang abgesagt werden und auch zu einer Diskussionsveranstaltung in der ***Europäischen Akademie*** erschien Fini nicht.

Ansgar Graw klagt

BeZe 17.3.'97- **Ansgar Graw**, perönlicher Referent des ***SFB-Intendanten Wolf-Dieter von Lojewski***, soll am 9. Juni '94 an einem Treffen der rechtsextremen ***Berliner Kulturgemeinschaft Preußen (BKP)*** in Falkos Schwabenstuben teilgenommen haben, daß berichteten die Autoren des Buches »Rechtschreiber« und bezogen sich dabei auf einen Überwachungsbericht des LKA Berlin. Vor Erscheinen des Buches gelang es Graw die Druckvorlagen zu sehen, und beim Berliner Landgericht ein Beschluß zu erwirken, die entsprechenden Passagen zu schwärzen. Denn sein damaliger Vorgesetzter **Thomas Strätling**, erbrachte für den Tag ein Alibi. Graw, Schreiberling und Autor für rechtsradikale Zeitungen wie ***Ostpreußenblatt*** und ***Junge Freiheit***, trat nicht nur beim ***Studienzentrum Weikersheim*** auf, sondern war auch mehrmaliger Gast der ***Dienstagsrunde***, wo sich rechte Persönlichkeiten mit führenden Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Presse treffen.

Nazi-Bürgerwehr

BK 17.2.'97- Am Morgen des 13. Februar '97 wurde Peter Kaufmann von zwei Unbekannten 50 Meter vor seiner Haustür erschlagen, zuvor bedrohte ihn eine Gruppe, die sich Bürgerwehr nannte, mit Briefen und Anrufen. Drohbriefe kamen nach Hause, zu seinem Steuerberater, steckten unterm Scheibenwischer und hingen im Einkaufsladen. Ihm wurde ein Ultimatum gestellt bis zum 31. Dezember `96 die Siedlung zu verlassen, ein Anrufer befahl ihm: »Hau ab, nimm Deine Ausländer mit.« Bedroht wurde auch ein Imbißbesitzer, im Drohbrief hieß es: »Ausländer aus Karow raus - die Bürgerwehr«, später flogen Steine ins Geschäft und in einem Schreiben dazu hieß es: »Letzte Warnung - nächtes mal bist Du dran.« Aus Angst schloß der Besitzer seinen Laden.

Thule Seminar

Am 9.Mai '97 trafen sich ca. 50 Neo Nazis in der beliebten Nazi-Kneipe Falkos Schwabenstuben zum Thule Seminar mit **Pierre Krebs**. Vor der Tür sorgten **Oliver Schweigert** und seine Kumpanen für das Sicherheitsgefühl der Gäste.

kurze Zeit später im nahegelegenden Kulturhaus »Ottmar Geschke« wiedererkannt und festgenommen. Der Haftrichter bestätigte die Haftanträge nicht, und ließ die Nazis wieder laufen, weil nicht geklärt werden konnte, wer den 31jährigen so schwer verletzt hatte. Das Kulturhaus soll ein berüchtigter Nazi-Treffpunkt sein, zu dem sich viele Jugendliche aus Weißensee nicht mehr hinzugehen trauen.

11. März – Ein Polizeisprecher teilte mit daß, gegen Verantwortliche des rechtsradikalen Berliner »Verlag der Freunde« erneut wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole vorgegangen worden sei. Wohnungen in den Bezirken Kreuzberg, Prenzlauer Berg und Friedrichshain wurden durchsucht und Beweismaterialien sicher gestellt. Unter anderem 92 Exemplare der Verlags-Druckschrift »Sleipnir«, drei PC's, über 300 Disketten und eine Vielzahl von rechtsextremen Druckerzeugnissen. Der »Verlag der Freunde« war bereits 1995 und 1996 wegen änlicher Delikte durchsucht worden. Die Herausgeber der zweimonatlich erscheinenden »Sleipnir« sind Peter Töpfer und Andreas Röhler, letzterer wohnt in Kreuzberg.

13. April – Sechs »Störer« (pro und contra Wehrmachtsausstellung) wurden auf dem Platz vor der Paulskirche in Frankfurt/Main festgenommen. Unter ihnen ein Bundeswehrsoldat (22) in Uniform (!), der ein Plakat mit der Aufschrift: »Die Wehrmacht gehört zur Bundeswehrtradition« trug.

17. April – Anhänger des 1947 hingerichteten slowakischen Ex-Präsidenten und Naziverbrechers Josef Tiso hatten zur »Nationalpilgerfahrt« in den Wallfahrtsort Altötting eingeladen. Der Bürgermeister Herbert Hofauer sah allerdings die Gefahr einer Verherrlichung von nationalsozialistischer Ideologie; daraufhin erließ das Landratsamt Altötting ein Kundgebungsverbot.

18. April – Fünf Mitglieder der PDS sind in Leipzig von Rechtsradikalen überfallen und verletzt worden. Die PDS´ler klebten gerade Plakate für eine Demonstration des DGB für den 1. Mai als sie ohne Vorwarnung von den Tätern, die mit Knüppeln bewaffnet waren, angegriffen wurden. Zwei der Opfer erlitten Platzwunden.

19. April – Ein neues Anti-Rassismus-Telefon ist für ausländische MitbürgerInnen der Stadt Potsdam und Umgebung eingerichtet worden. Unter der Nummer (03 31) 961 860 kann jedeR anrufen, der wegen seines Nicht-Deutsch-Seins schlechter behandelt wird. Den

Fällen soll nachgegangen werden, außerdem werden sie dokumentiert und veröffentlicht.

25. April – Drei BürgerInnen aus Berlin und Brandenburg wurden mit dem »Band für Mut und Verständigung« ausgezeichnet. Die Personen wurden vom »Bündnis gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit« geehrt, weil sie sich für AusländerInnen und gegen Neonazismus eingesetzt hatten.

27. April – Zwei rechte Camper aus Berlin (18 und 19 Jahre alt) wurden in Altlandsberg (Brandenburg) angegriffen. Die Täter zogen die Heringe aus den Zelten und schlugen die Jungnazis mit Stöcken. Außerdem wurden die Scheiben und Scheinwerfer ihres PKW zerstört. Die Camper gehörten zu einer Gruppe von Rechtsextremisten, die sich seit einigen Wochen am Krummen See trifft und rechte Lieder gröhlt.

27. April – Im thüringischen Schmalkhalden überfielen rund 20 Neonazis den Jugendklub »Villa K« und verletzten dabei vier der BesucherInnen. Neun vermutliche Täter, die »Sieg Heil« und »Heil Hitler« gerufen haben sollen, wurden von der Polizei vorläufig festgenommen. Die Staatsanwaltschft stellte jedoch keine Haftanträge, weil eine individuelle Tatbeteiligung noch nicht zu ermitteln war.

27. April – Eine Gedenkstätte für die Opfer der Eutanasie während des deutschen Faschismus wurde in der Stadt Brandenburg a. d. Havel eingeweiht. Auf der Eröffnungsveranstaltung kritisierte unter anderem die Vorsitzende des Bundes der Eutanasiegeschädigten und Zwangssterilisierten, Klara Noack, daß Opfer der Eutanasie noch immer anderen NS-Geschädigten nicht gleichgestellt worden sind. In Brandenburg a. d. H. wurden im Zeitraum Januar bis Oktober 1940 im Rahmen der »Eutanasie-Aktion T 4« 9.722 psychisch Kranke, körperlich Behinderte, Verletzte aus dem ersten Weltkrieg und zahlreiche als asozial geltende Menschen von den Nazis ermordet.

1. Mai – Die BetreiberInnen einer Tankstelle in Oranienburg (Brandenburg) wurden (fast) Augenzeugen von militantem Antifaschismus. Laut Polizei wurden einige Nazis in ihren Autos von mehreren AntifaschistInnen angegriffen, entkamen aber unbehelligt.

1. Mai – Im brandenburgischen Henningsdorf wurde ein Mann aus Portugal Opfer eines Nazi-Angriffs. Zwei Männer schlugen den Portugiesen so sehr zusammen, daß er schwerverletzt ins Krankenhaus eingeliefert wurde.

Brandenburg

Vietnamese brutal ermordet

BeZe 5.2.'97 - Die Misshandlungen von VietnamesInnen in Brandenburg werden immer brutaler. Am 1.Februar verletzten zwei Lagerarbeiter den Vietnamesen **Van Toau Phan** so schwer, daß dieser nach drei Monaten an Herz-Kreislauf Versagen starb. Der Zigarettenhändler Van Toau suchte in einem Lager vor einer Razzia Zuflucht, als die Lagerarbeiter **Uwe Z.** und **Olaf S.** ihn entdeckten. Sie rissen ihn zu Boden und schlugen seinen Kopf mehrmals auf den harten Betonboden. Die Schläge brachen Van Toau mehrere Halswirbel. Niemand der Anwesenden rief für den stark blutenden und bewußtlosen Mann einen Krankenwagen, bis seine Frau ihn fand. Der vorbestrafte Olaf S. wurde noch am selben Abend festgenommmen und muß sich nun wegen vollendeten Mordes verantworten. Er saß gerade eine Bewährungsstrafe wegen Diebstahls und Körperverletzung ab. Der Bürgermeister von Fredersdorf Wolfgang Thamm (CDU) wies alle Vorwürfe von Fremdenfeindlichkeit zurück und bezeichnete den Vorfall als Einzelfall. Er bezeichnet sein Dorf sicher und beruft sich dabei auf eine 13 Mann starke Bürgerwehr, welche die Polizei unterstütze. Die Zigarettenverkäufer in Fredersdorf fürchten jedoch weitere Übergriffe.

Versuchter JN-Aufmarsch

BeZe 29.3, Tsp 31.3.97 - Trotz Verbot einer Demonstration der ***Jungen Nationaldemkraten (JN)*** am 28.3.'97 in Frankfurt/Oder, versammelten sich gegen Mittag rund 70 Nazis am Bahnhofsvorplatz. Nachdem die Polizei Platzverbot aussprach zogen sie gemeinsam in das Neubauviertel Neu-Beresinchen. Dort verteilte sich die Menge zuerst, begann jedoch eine Stunde später sich vor einem Supermarkt zu sammeln. Nach einem kleineren Gerangel mit der Polizei wurden 26 TeilnehmerInnen vorläufig in Gewahrsam genommen, darunter auch der JN-Vorsitzende **Jörg Hänel**. Gleichzeitig demonstrierten rund 50 Linke in der Innenstadt gegen den Aufmarsch. Alle festgenommenen Nazis wurden gegen Abend wieder freigelassen und erhielten eine Ordnungswidrigkeitsanzeige. Gegen Jörg Hänel wurde ein Strafverfahren wegen Mißachtung des Demonstrationsverbotes eingeleitet. Der rechte Aufmarsch sollte unter dem Motto »Stoppt den antideutschen Rassismus - Keine Gewalt gegen Deutsche » stehen.

Fauler Döner-Prozess

JW-27.3.;12.4.;15.4.;16.4.'97 - Das Amtsgericht Fürstenwalde hat am 1.4.'97 drei Faschos von dem Vorwurf freigesprochen, im Juli letzten Jahres bei einem Überfall auf einen libanesischen Dönerstand einen Verkäufer verletzt zu haben.

Am 25.7.'96 überfiel eine Gruppe von dreißig Faschos, einen libanesischen Imbiß am Fürstenwalder Bahnhof. Vier bis fünf Faschos bedrohten den libanesischen Verkäufer mit Eisenstangen und verletzten ihn mit Fußtritten.

Dem Libanesen gelang es schließlich zu flüchten, nachdem er sich mit einem Messer verteidigt hatte. Augenzeugen berichteten nach dem Überfall, daß herbeigerufene Polizeibeamte nicht eingriffen und gemeinsam mit den Faschos Jagd auf 4 libanesische Männer gemacht hätten. Der Polizei wurde weiterhin vorgeworfen, daß sie die vier libanesischen Männer im Polizeigewahrsam rassistisch beschimpft und mißhandelt hatte.

Erst nach Presseberichten sah mensch sich in Fürstenwalde und bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder gezwungen, den rassistischen Hintergrund des Überfalls genauer zu untersuchen. Die Staatsanwaltschaft erhob schließlich gegen 3 der Faschos Anklage wegen Körperverletztung - gegen den neunzehnjährigen **Sven N.**, den einundzwanzigjährigen **Pascal K.** und den achtzehnjährigen **Guido R.**, die zum engen Umfeld der in Fürstenwalde dominanten Neonazi-Sammelorganisation ***Die Nationalen*** gehören.

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt(Oder) hat nun gegen die Freisprüche Berufung eingelegt. Es bleibt also abzuwarten wie lange der rassistische Normalzustand in Fürstenwalde noch unbehelligt praktiziert werden kann.

Trebbin-Urteile

BeZe 22.4.;24.4.;25.4.., JW 22.4.'97 - Die Angeklagten **Jan Weicht** und **Francesco Heym** wurden zu 15 Jahren Knast bzw. acht Jahren Jugendstrafe verurteilt. Sie hatten am 30.9.'96 einen italienischen Bauarbeiter brutal zusammengeschlagen. Während Weicht ihm mit einer Baseballkeule mehrmals auf den Kopf schlug, hielt Heym zwei Menschen mit einer Schreckschußpistole in Schach. Das Opfer lag mehrere Wochen im Koma und wird sein Leben lang im Rollstuhl sitzen.

Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Bremen, Meck-Pom, Hamburg, Schleswig-Holstein

Anti-Antifa-Spitzel

In der Allgemeinen Zeitung (Lokalblatt von Uelzen) fand mensch, anfang Mai einen Leserbrief von **Giselher S. Krüth** aus Ebersdorf und eine Anzeige der ***KPD***. Hinter dieser Anzeige stand ebenfalls Krüth aus Ebersdorf. Krüth ist seit Anfang der 80er Jahre ***NPD***-Mitglied und war für sie sogar Kassenwart im Kreisverband Uelzen. Zuvor war er Aktivist der ***DKP***. Er war bereits 1993 mit einer KPD-Anzeige in Erscheinung getreten und gab sich gegenüber Antifas als Kundschafter aus, der die NPD ausspionieren wolle. Als bei der KPD nachgehakt wurde, brach Krüth den Kontakt zu den Antifas ab und versuchte es einige Monate später mit einer ***PDS/Linke Liste***-Anzeige im Stadtmagazin »21zwanzig« erneut. Die PDS untersagte ihm dies dann, weil er dort als NPDler bekannt war. Die ***Antifaschistische Arbeitsgruppe Uelzen*** warnt davor Kontakt zu ihm aufzunehmen. Infos über: Antifaschistische Arbeitsgruppe Uelzen, Pf: 12 17, 29544 Bad Bevensen.

Prozeß gegen Neonazi

WGA - Am Donnerstag den 30.Januar begann um 8.45 Uhr im Amtsgericht Tostedt der Prozeß gegen den in der JN organisierten Nazischläger **Christian H.**. Dem 24jährigen wird vorgeworfen, bei einem Naziüberfall auf das Tostädter Jugendzentrum am 26. Juni 1996 beteiligt gewesen zu sein und den 17jährigen Polen **Adam K.** mit einem gezielten Flaschenwurf schwer verletzt zu haben. Fünf Wochen nach der Tat meldete sich der Minderjährige Jan B. bei der Polizei und versuchte, durch ein Geständnis die Schuld auf sich zu ziehen, um Christian H.zu entlasten. Durch gehäufte Widersprüche und gegen ihn sprechende Zeugenaussagen wurde Jan B. kein Glauben geschenkt, und Christian H. blieb der Hauptverdächtige. Jan B.erhielt nun von der Polizei eine Anzeige wegen Falschaussage.

Um etwa 9Uhr morgens, kurz nach dem Prozeßbeginn, sammelte sich eine Gruppe rechter Skins, unter ihnen der Nazikader **Sascha Bothe** (Mitglied in der ***NPD*** Jugendorganisation ***JN***) im Foyer des Tostedter Amtsgerichts. Als ein Journalist den braunen Mob fotografierte, schlugen die Neonazis auf ihn ein, rissen ihn zu Boden und zerstörten seine Kamera. Der Journalist wehrte sich und biß hierbei einem der Angreifer in die Hand. Nur durch das Eingreifen von Anifas konnte der Journalist **Peter B.** gerettet werden.Als die Polizei eintraf, interessierte sie sich nicht für den verletzten Journalisten, der eine Anzeige erstatten wollte. Statt dessen bekam er zu hören: »Was sollen wir denn noch alles machen?«

Für den gebissenen Skin hatten die Beamten mehr Zeit, nahmen seine Darstellung zu Protokoll und schüttelten dem Nazikader Sascha Bothe die Hand. Nachdem sich die Situation beruhigt hatte, berichtete der Journalist fassungslos: »Jetzt habe ich eine Anzeige wegen Körperverletzung am Hals«.

Währenddessen bekam der Neonazi Christian H., der mit seinem Flaschenwurf den Polen Adam K. das Jochbein zertrümmert hatte, nur eine Geldstrafe von 1.800 DM und der Vorwurf der gefährlichen Körperverletzung wurde wegen mangelnder Beweise, obwohl es mehrere Augenzeugen gab, die Christian H. identifiziert hatten, eingestellt.

JN gegen Nazis?

Freie Stimme Nr.10&11- Im Naziblatt ***Freie Stimme*** wird ein Leserbrief von einem **Roman Greifenstein** (Sudetenstr.44, 29633 Münster) zur Diskussion gestellt, indem er sich darüber empört, daß die **Jungen Nationaldemokraten** (JN), als Neo-Nazis beschimpft werden. Die JN'ler betrieben nämlich Nationalismus, was das absolute Gegenprinzip des Nationalsozialismus sei. Nun sollen JN'ler und »autonome Nationalisten« dieses Problem ausdiskutieren.

Einen ähnlichen Streit brach schon mal die ***Kameradschaft Treptow*** von **Detlef Cholewa** (nach eigenen Angaben von 1990 bis Ende 1992 JN-Verantwortlicher Berlin/Ost) aus Berlin in ihrem Blatt ***Völkische Blätter*** vom Zaun. Sie warf die Frage auf, ob die JN eine Sekte sei und erklärte: »Vor diesem Hintergrund ist es für jeden weltanschaulichen Kämpfer geradezu eine Pflicht, sich gegen die Vereinnahmungsstrategien der JN zu verwahren und ihnen so die Bühne für ihre Anti-NS-Hetze zu entziehen«.

Allerdings scheint sich die Kameradschaft Treptow (Herausgeber von »Völkische Blätter«) nicht einmal selbst ernstzunehmen, so latschten mehrere Kameradschaft Treptow-Mitglieder bei dem JN-Aufmarsch in Berlin-Köpenick mit.

1. Mai – In Berlin verübten autonome AntifaschistInnen drei Anschläge auf Oberleitungen der DB um die Nazi-Mobilisierung zum bundesweiten JN-Aufmarsch in Leipzig zu behindern. Der Fernverkehr Berlin-Hannover wurde dadurch erheblich beeinträchtigt.

1. Mai – In Rostock wurde ein Ausländer und seine deutsche Frau überfallen. Die beiden wurden von mehreren jungen Männern zuerst aus einem Auto angepöbelt, dann hoben die Nazis ihre Arme zum »Hitler-Gruß«, hielten an und gingen auf den Inder und seine Frau los.

4. Mai – Mehr als 15 Rechtsextremisten hatten zwei junge Männer, 17 und 23 Jahre alt, zusammengeschlagen. Die beiden Opfer stiegen auf dem Berliner S-Bahnhof Friedrichstraße kurz nach Mitternacht aus, verweigerten den Rechten die Herausgabe von Geld und Zigaretten und wurden daraufhin verprügelt. Die Angreifer entkamen unerkannt.

4. Mai – In Gleina bei Merseburg (Sachsen-Anhalt) hatten etwa 40 bis 50 Nazis eine Diskothek überfallen und BesucherInnen verletzt. Gegen 1.20 fuhren 12 Autos aus dem Raum Querfurt vor der Diskothek vor, und schlugen zu. Sechs der Angreifer wurden festgenommen - Alter zwischen 17 und 23 Jahren. Gegen einen der Festgenommenen wurde zwei Tage später Haftbefehl erlassen.

5. Mai – In Erfurt wurden zwei Männer aus Burkina Faso in der Nähe des Bahnhofs von Rechtsradikalen überfallen. Einer wurde mit Fausthieben und Flaschenschlägen so verletzt, daß er sich im Krankenhaus behandeln lassen mußte.

9. Mai – Von der Ordnungsbehörde wurde ein geplantes rechtsradikales Treffen im brandenburgischen Lehnin verboten. Es wurden Kontrollstellen eingrichtet, in denen die Polizei einen jungen Berliner (19) und einen Hamburger (21) festnahm. Die Polizei stellte unter anderem Gaspistolen, einen Gummiküppel und ein Jagdgewehr sicher.

9. Mai – Bislang Unbekannte haben in Lübben (Brandenburg) auf einer Länge von etwa 5 Metern mehrere Hakenkreuze gesprüht.

10. Mai – Auf ein Heim für alleinreisende, ausländische Jugendliche wurde ein Brandanschlag verübt. Auf das Heim im brandenburgischen Fürstenwalde (Kreis Oder-Spree) wurden zwei Brandflaschen geworfen, die jedoch keinen Schaden anrichteten.

10. Mai – In Halle versuchten mehrmals rechtsradikale Jugendliche auf das Gelände des alternativen Wohn- und Kulturprojekts Ludwigstraße vorzudringen.

10. Mai – Das erst vor kurzem bezogene alternative Jugendzentrum in Bitterfeld (Sachsen-Anhalt) wollten etwa 40 Neonazis stürmen. Die Nazis drangen in das Haus, das linke Jugendlichen als Ersatz für ein besetztes Haus bekommen hatten, ein und stahlen Einrichtungsgegenstände, außerdem hinterließen sie Hakenkreuze.

10. Mai – Im thüringischen Neuhaus am Rennweg fand eine Demonstration von 250 Neonazis, für den verstorbenen Sandro Weilkes, statt. Dabei wurden vier Personen festgenommen, weil sie Symbole verfassungsfeindlicher Organisationen trugen.

14. Mai – Ein 22jähriger Deutscher hatte auf einer Autobahn in Frankfurt/Oder während eines Grenzstaus einen polnischen Autofahrer mit einer Axt attackiert und ihn dabei so verletzt, daß er eine Wunde an im Gesicht und eine Gehirnerschütterung erlitt.
Wegen versuchten Totschlags wurde er verhaftet und in Untersuchungshaft genommen.

15. Mai – Von vermutlich fünf rechten Jugendlichen wurde ein 16jähriger Jugendlicher in Potsdams Innenstadt zuerst vom Rad gerissen und dann mit Springerstiefeln ins Gesicht getreten. Der Junge war in Begleitung von vier Anderen, die von den Angreifern mit Messern auf Distanz gehalten wurden.
Die Polizei nahm die fünf Schläger fest: zwei 17jährige Jungen, zwei gleichaltrige Mädchen und einen 20jährigen.

15. Mai – In Frankfurt/Oder wurde ein Neonazi verhaftet, der vermutlich Ende März aus einer Gruppe von 20 Nazis Steine auf die Gaststätte »Stadtwappen« geworfen hatte, dies teilte die Staatsanwaltschaft mit. Der mehrfach vorbestrafte Mann gilt als Führer der Nazi-Szene in Frankfurt/Oder.

18. Mai – Bei der Feierstunde auf dem Pfingstkongreß der Burschenschaft Coburger Convent (CC) wurden drei Antifas festgenommen, da sie zusammen mit anderen beim Abspielen des großen Zapfenstreichs »CC raus!« riefen.

19. Mai – Bei einem Musical, in Dresden wurden 14 Kostüme zerstört und auf den Bühnenboden und auf Fahrzeuge Hakenkreuze und Parolen wie: »Polacken raus«, oder: »Deutschland für uns« geschmiert. Unter den Schauspielern befinden sich auch Polen.

NRW, Rheinland-Pfalz, Hessen, Saarland

Verletzter bei Brand

JW 2. April '97 - In der Nacht zum 27. März '97 wurde bei einem Brand in einem von Türken bewohnten Haus im hessischen Haiger der einzig anwesende Bewohner, ein 29jähriger Türke, verletzt - konnte sich aber durch einen Sprung aus dem Fenster retten. Da ein Hakenkreuz an das Haus gesprüht wurde, hält die Polizei einen fremdenfeindlichen Hintergrund für möglich.

Staats-Knete für Neonazis

JW 3.4.'97- Das Düsseldorfer *Gerhart-Hauptmann-Haus*, eine den Vertriebenenverbänden nahestehende deutschtümelnde Kultureinrichtung, in der sich offen revanchistische und rechtsextreme Kräfte die Klinke in die Hand geben, kommt seit Jahren in den Genuß von öffentlichen Geldern. 1995 -1996 förderte die NRW-Landesregierung das ehemalige Haus des Ostens mit jeweils rund 1,5 Millionen DM. Die Bundesregierung stellte darüberhinaus in den vergangenen 3 Jahren Projektmittel für »Kulturarbeit« in Höhe von 150-tausend DM sowie weitere 50-tausend DM für die Integration von Aussiedlern zur Verfügung. In dem Haus sind Veranstaltungen mit offen auftretenden Rechtsextremisten wie **Alfred Mechtersheimer** keine Ausnahme sondern Regel. Neben landsmannschaftlichen Organisationen des ***Bundes der Vertriebenen (BdV)*** treffen sich dort rechtsaußen Organisationen wie der ***Bund für Gesamtdeutschland*** und die ***Deutsche Volksunion (DVU)*** in der angegliederten Gaststätte Rübezahl tagte des öfteren die *NPD*.

Brandstifter verurteilt

TAZ; JW, BM 25.3,3.5.'97- Drei Neo-Nazis wurden Anfang Mai '97 in Düsseldorf wegen versuchten Mordes und besonders schwerer Brandstiftung zu jeweils 4 1/2 Jahren verurteilt, die Anklage gegen eine 17jährige wegen Beihilfe wurde fallengelassen. Die vier geständigen Nazi-Skins hatten im Juli '96 planmäßig ein Flüchtlingsheim in Düsseldorf (Wersten) mit Molotowcocktails angezündet, zuvor die Feuerlöscher entfernt und so den Tod der Bewohner bewußt in Kauf genommen, nur durch Glück wurde keiner verletzt.

Schweigen für die Wehrmacht

JW 24. April '97 - Der für den 29. April '97 in Frankfurt a.M. angekündigte Schweigemarsch der ***Schülerunion (SU)*** gegen die Wehrmachtsaustellung wurde abgesagt, nachdem zu einer Gegendemonstration unter dem Motto »Völkermörder haben keine Ehre« mobilisiert worden war.

Der Schweigemarsch-Anmelder und stellvertretende Vorsitzende der CDU-Nachwuchsorganisation in Hessen, **Philipp Byers**, zog die Anmeldung zurück, um eine Eskalation zu vermeiden. **Ulrich Brier** von der Arbeitsgemeinschaft Paulskirche, Unterstützer des Schweigemarsches und Mitglied in der ***Deutschland Bewegung*** von **Alfred Mechtersheimer**, kündigte andere Aktionsformen an. Während auf dem Paulsplatz ***Repuplikaner*** und andere Rechtsextremisten ungestört agieren dürfen, wurde dem ***Paulsplatz - Bündnis gegen Nazis*** eine Genehmigung für einen Info-Stand verweigert.

Friedhofsschändung

Antifa Saarlouis-Ein Friedhof in Busenberg ist in der Nacht zum 8.Mai '97 verwüstet worden. Wie die Polizei mitteilte, warfen die Täter 25 Grabsteine um, wobei einige beschädigt wurden. 65 Grabsteine wurden mit Hakenkreuzen und antisemitischen Parolen besprüht. Bereits im November '94 war der Friedhof in ähnlicher Weise geschändet worden.

Liberale Offensive

AN 29.5. '97- Mit Kleinanzeigen, gut sichtbar plaziert im politischen Teil des Kölner Stadtanzeigers, wirbt die rechts-liberale ***Liberale Offensive*** für die Durchsetzung einer Mitgliederbefragung in der ***FDP*** über den Euro.

Eigentlich sollte die Entsprechende Anzahl an Unterschriften (etwa 4000), um die Befragung durchzusetzen, zum Bundesparteitag am 23. Mai vorliegen. Der Sprecher der Liberalen Offensive, **Heiner Kappler**, ist sicher die Unterschriften zusammenzukriegen, eventuell eben etwas später. Er selbst hat angekündigt, auf dem Parteitag für den Bundesvorsitz zu kandidieren.

Von Sticheleien zu Stechereien

Nazis ermorden Nazis

Detlef Nolde bei seiner Festnahme im Haus von Arnulf Priem 1994. Von dort wollte die Crème de la Crème der Berliner Anti-Antifa- und Terrorstruktur eine Antifa-Demo angreifen. Wohl kaum ein Zufall, daß er dabei war.

»Nazi-Krieg in Berlin: 2 Tote« und *»Fememord: 2 Neonazis im Auto erstochen«* prangte es am 18. April von den Titelblättern der Berliner Boulevard-Presse. Zwei Neonazis waren auf offener Straße von zwei Gesinnungskameraden erstochen worden.

Die beiden verhafteten Täter, Detlef Nolde (Ex-Cholewa) und Lutz Schillock, waren keine unorganisierten, unerfahrenen Jungnazis, sondern »alte Bekannte« in der Berliner Neonazi-Szene mit einer jahrelangen Karriere in verschiedenen Organisationen.

Der geltungsbedürtige Detlef Nolde schrieb uns vor einigen Monaten: *»Gern könnt Ihr aber bei der Nennung meiner bisherigen politischen Funktionen noch ein paar, Euch offenbar unbekannte, hinzufügen. So müßte es vollständig heißen: 'Der ehemalige Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Berlin-Ost (Anfangs Mitteldeutsche Nationaldemokraten/MND), NPD- (Wahl-) Kanditat und JN-Verantwortliche Berlin/Ost (1990 bis Anfang 1992), Leiter der Kameradschaft Johannisthal (1992) sowie Vorsitzende des FAP-Kreisverbandes Berlin-Treptow und Schulungsverantwortlicher der FAP-Berlin (1993 bis Anfang 1995) und (Wahl)-Kanditat der Nationalen sowie jetzige ... Detlef Cholewa.' Was ich jetzt, d.h. seit Febr. '95 'mache', ausgenommen meine Kandidatur zu den Abgeordnetenhauswahlen auf der offenen Liste der Nationalen, möchte ich Euch nicht anvertrauen.«* Verschwiegen hat uns Nolde seine Tätigkeiten für die Kameradschaft Treptow, den Deutschen Förderverein Berlin/Ost und die Anti-Antifa-Berlin/Amt für Öffentlichkeitsarbeit. Auch seinen Ausflug auf das Dach von Arnulf Priem (u.a. zusammen mit Kay Diesner) und seine Autorentätigkeit für die Berlin-Brandenburger Zeitung der Nationalen wollte er uns nicht anvertrauen.

Sein »Kamerad« Lutz Schillock tauchte erstmals 1987 bei der rechtsradikalen Bürgerinitiative Demokratie und Identität in West-Berlin auf, wo übrigens auch der ehemalige JN-Kader Andreas Storr und der Ex-NA-Führungskader Oliver Schweigert ihre neofaschistischen Karrieren begannen. Später landete Schillock gemeinsam mit Schweigert bei der FAP, für die er dann auch in Dänemark auf einer Veranstaltung und Sonnenwendfeier der DNSB auftrat. Die beiden Ermorderten, Olaf Schmidke und Chris Danneil, waren ebenfalls organisierte Neonazis. Sie stammten aus Wittenberg und waren in der der Kameradschaft Elbe-Ost organisiert.

Wie war es nun aber zu diesen Morden gekommen? Am Abend des 16. April '97 fand in Berlin-Adlershof eine Verlobungsfeier mit Polterabend des Chefs der Kameradschaft Berlin Nord-Beusselkiez, Mike Penkert, mit dementsprechendem Nazi-Publikum statt. Von hier aus machten sich kurz nach zwei Uhr nachts, sieben Nazis in einem Wittenberger Auto auf den Nachhauseweg. Neben Detlef Nolde und Lutz Schillock befanden sich auch fünf Mitglieder der Kameradschaft Elbe-Ost bzw. Wittenberg, darunter laut Bild-Zeitung eine Frau, im Auto. Zu ihnen zählten der Fahrer und Besitzer des Autos Olaf Schmidke und der damals aktuelle Führer der Kameradschaft Chris Danneil.

Gegen 2.30 Uhr stoppte Olaf Schmidke wegen einer roten Ampel an einer Kreuzung am S-Bahnhof Adlershof, wo es zu den tödlichen Messerstichen kam. Eines der Opfer war sofort tot, das andere konnte sich noch blutend aus dem Wagen flüchten, bevor es am Kofferraum eingeholt und dort von hinten erstochen wurde. Die Täter und alle übriggebliebenen Auto-Insassen ergriffen daraufhin die Flucht, konnten aber wenig später von der Polizei in der Umgebung verhaftet werden. Den Rettungssanitätern gelang es trotz einstündiger



Lutz Schillock 1987 auf einem BDI-Treffen in Berlin. V.l.n.r: Anti-Antifa-Aktivist Oliver Schweigert, Ex-WJ/FAPler Mario Dombrowski und Nazi-Killer Lutz Schillock. 6.v.l.: Ex-ANS/NA-Führer »Großgau Berlin« Reinhard Golibersuch und rechts hinter ihm Ex-FAPler Ingmar Raband. Ganz rechts: Fritz Bart, Ex-Bürgerinitiative Demokratie und Identität-Aktivist.



Propagandamaterial der Kameradschaft Treptow. Detlef Nolde/Cholewa will zwar nichts mit der Kameradschaft zu tun haben, gibt aber immerhin seinen Namen als Kontaktadresse her.

Bemühungen nicht, Olaf Schmidke und Chris Danneil wiederzubeleben.

Obwohl die Presse mit den verschiedensten Theorien um sich warf, ist der genaue Hintergrund dieser Morde noch immer ungeklärt. Die Vermutungen reichen von einer planmäßigen Liquidierung aufgedeckter VS-Spitzel bis hin zum ausgearteten Suff-Streit über Fußball bis hin zum Verbotsdatum der FAP. Viel wahrscheinlicher scheint die Vermutung, daß sich der Streit an Schmidkes Rotlichtaktivitäten in Wittenberg entzündete. Gerüchten zufolge soll Rotlicht-Geld über Schmidke an die Kameradschaft Elbe-Ost geflossen sein, damit diese Schmidkes Bordellgeschäfte billigte. Eindeutig ist eigentlich nur, daß die Morde nichts mit mit dem Konflikt zwischen den sogenannten »Nationalreformisten« und den sogenannten »NS-Fetischisten« zu tun haben, weil sich beide Kameradschaften eindeutig zu der »NS-Fetischisten«-Fraktion bekannt haben. Beide Kameradschaften waren außerdem gemeinsam mit 18 weiteren Kameradschaften in dem NETZWERK NATIONALER SOZIALISTEN VOM BERLINER KOORDINATIONSGREMIUM, den MITTELDEUTSCHEN KAMERADSCHAFTEN UND VEREINEN UND DER BBZ-REDAKTION organisiert. Dieser Zusammenschluß verfasste mehrere Briefe und Pamphlete gegen die »Nationalreformisten«.



V.o.n.u.: Ronald Schmidt, Christian Zander und Alexander Piek von der Kameradschaft Treptow.





Unwahrscheinlich ist auch, daß diese Morde längerfristig geplant oder in irgendeiner Form vorbereitet waren. Vielmehr ist zu vermuten, daß der Konflikt erst während der Autofahrt ausbrach und an der besagten Ampel von Nolde und Schillock auf etwas rabiate Art beendet wurde.

Die Kameradschaft Treptow hat schon seit geraumer Zeit den nicht ganz unberechtigten Ruf, spontan und ohne viel Nachzudenken illegale Aktionen und brutale Überfälle zu starten, welche dann relativ häufig in Handschellen enden. Wenn man sich die lange Liste von Überfällen, Brandstiftungen und Körperverletzungen ansieht, die Kameradschaft Treptow-Mitgliedern nachgewiesen werden konnten, ist es schon verwunderlich, warum diese Gruppe noch immer offen auftreten und Jugendliche rekrutieren kann.

Daß für *»Antifaschismus in Berlin keine Notwendigkeit besteht«* und daß in Berlin *»keine rechtsterroristischen Strukturen bestehen«*, wie Berlins Innensenator JÖRG SCHÖNBOHM immer wieder betont, wird auch durch die nachfolgenden Beispiele für einige Aktionen der Kameradschaft Treptow widerlegt. So hatte es sich der *»Kameradschaft-Treptow Ortsgruppe Nord und Süd«*- Chef HENRYK WURZEL zusammen mit seinem fanatischen Zögling MIRCO RUTHKE und dem damaligem Kameradschaft Treptow-Aktivisten HANS SPIEß, Ende '94 Anfang '95 zum Hobby gemacht, Wochenends loszuziehen, um Mülltonnen, Trabanten und türkische Imbißbuden anzuzünden. Als Wurzel und Ruthke dies und das Verkleben von NSDAP-Aufklebern, zu langweilig wurde, beschlossen sie, etwas gegen den Jugendclub »Gerard Philipe« zu unternehmen. Ihnen war zu Ohren gekommen, daß dort Lesben und Schwulen-Discos stattfanden.

Am 17. April '95 drangen Wurzel und Ruthke über das Dach in den Jugendclub ein, legten an zwei Stellen Feuer und verschwanden anschließend durch eine aufgebrochene Ausgangstür. Der Jugendclub brannte durch den Brandanschlag komplett ab und mußte für 4,5 Millionen Mark neu aufgebaut werden.

Henryk Wurzel geriet bereits 1991 in eine Polizeikontrolle, als er und einige »Kameraden« sich am S-Bahnhof Schöneweide eine lautstarke Auseinandersetzung mit einer anderen Nazi-Gruppe lieferte. Bei der Kontrolle fand die Polizei bei ihm unter anderem ein Butterfly-Messer und eine Hasskappe. Da sich Wurzel mit Hitlergruß und *»Sieg Heil«* von der Polizei verabschiedete, fing er sich auch gleich ein Verfahren wegen Beleidigung und der Verwendung verfassungswidriger Symbole ein.

Am Herrentag '95 fanden sich im »Jugendclub Walter Kroh« in Treptow-Bonsdorf rund 150 Leute zu einer Nazi-Geburtstagparty und einem unpolitischen Klassentreffen ein. Im Laufe des Abends wurde dann ein Klubbesucher Opfer von Übergriffen einiger anwesenden Nazis der Kameradschaft Treptow. Ihm wurden die Haare angezündet, eine Zigarette in der Nase ausgedrückt, er wurde mißhandelt, bepinkelt und verletzt. Von ihrem Plan, ihn aus dem Fenster zu werfen, ließen sie glücklicherweise ab. Der Klubbesucher flüchtete sich anschließend zu einer nahegelegenen Gartenparty, von wo sich einige Leute aufmachten, um nach dem rechten zu sehen. Als diese am Jugendclub ankamen wurden sie u.a. mit *»Scheiß Nigger«* beschimpft und ebenfalls angegriffen.

Beteiligt waren an diesen Übergriffen neben Detlef Nolde die Kameradschaft Treptow-Aktivisten ALEXANDER PIEK, ANDREAS HOBURG, SÖREN HAASE, OLI-

Totentanz und Versöhnungsfeier

Selbstredend waren die Wittenberger Nazis – gelinde gesagt – ein wenig verstimmt über die Tatsache, daß zwei vermeintliche »Kameraden« aus Berlin ihren Kameradschaftführer und einen der ihren nach Walhalla geschickt hatten. Besorgt, daß sich dauerhafte Verstimmungen zwischen den Berliner und der Wittenberger Kameradschaft breitmachen könnten, beeilte sich FRANK SCHWERDT, seines Zeichens Chef der Nationalen, die Sache wieder ins Lot zu bringen und zwischen seinen Zöglingen zu vermitteln. Schließlich wollte er nicht umsonst jahrelange Aufbauarbeit geleistet haben.

Nicht nur, daß die beiden Täter, Nolde und Schillock, ausgeschlossen wurden. Am 17. Mai traf man sich in Wittenberg, um sich zu versöhnen und um den ermordeten Chris Danneil, der bereits am 2. Mai im engsten Familienkreise begraben worden war, zu verabschieden. Man wollte ihm natürlich wenigstens ein bißchen die Ehre eines Märtyrers zuteil werden lassen; war er doch – wenn auch ein wenig anders, als man sich das gemeinhin vorstellt– für »die Sache« gestorben.

So trafen sich des Nachmittags in Wittenberg etwa 150 Nazis und begaben sich dann in das einige Kilometer entfernte Prettin, wo Danneil geboren wurde und nun auch begraben liegt. Neben den Wittenbergern und etwa 30 Nazis aus Berlin, unter anderem Schwerdt und Kameradschaftsführer Mike Penkert, waren auch Trauergäste aus Hannover und Hamburg angereist, wie beispielsweise THOMAS WULFF.

Mangels anwesenden Antifas meinten die Nazis dann, noch ein paar Journalisten anzupöbeln und handgreiflich werden zu müssen, was die anwesenden Polizisten ruhig zur Kenntnis nahmen. Sie untersagten den Nazis in Person von Mike Penkert lediglich, einen Kranz und zwei Fahnen mit auf den Friedhof zu nehmen. Auch der Pfarrer hielt das Ganze für eine völlig normale Veranstaltung und sah keinen Grund, dem wahrhaft gruseligen Treiben mittels seines Hausrechts Einhalt zu gebieten.

Abends saßen die »Kameraden« dann in wiederhergestellter trauter Eintracht in Wittenberg im Biergarten.



Oben: ***Die Nazis auf dem Weg zum Friedhof in Prettin***

Unten: ***Nachdem die Gäste der Märtyrerfeier sich auf den Friedhof begeben hatten, versperrten zwei Nazis – von der Polizei ungehindert – den Eingang***



VER QUAAK, THILO KNUT, RONALD SCHIRMER und CHRISTIAN ZANDER.

Am 10. Juli '95 überfielen dann die Kameradschaft Treptow-Aktivisten TINO STANGE und MICHAEL SCHRÖDER zusammen mit acht weiteren »Kameraden« eine Gruppe linksalternativer WagenburglerInnen in einer S-Bahn am S-Bahnhof Baumschulenweg. Einem Wagenburgler wurde dabei von Stange die Nase so brutal eingeschlagen, daß er bis heute eine eingeschränkte Nasenatmung hat. Diese Aufzählung ist bestimmt nicht vollständig. Sie zeigt aber, daß die Morde in Adlershof nicht als eine *»unerwartete, plötzliche Eskalation der Neonazigewalt«* bezeichnet werden können. Man könnte eher sagen, daß hier zwei weitere »Zeitbomben« hochgegangen sind, die bestimmt nicht die letzten sein werden. Fanatische, jahrelang eingefleischte Nazis wie Diesner, Nolde und Schillock laufen schließlich noch genug herum. ■

Die Kameradschaft Wittenberg – Ein Portrait

Die Aufmärsche militanter Neonazis in den vergangenen Monaten zeigen eine eindeutige Tendenz. Das größte Mobilisierungspotential der NS-Szene liegt in den neuen Bundesländern. Die dortige Szene holt ihr Defizit an Organisierung allmählich auf und dadurch sind neue Zentren entstanden. Eines dieser Zentren ist die Lutherstadt Wittenberg. Wittenberg gehört mit Naumburg und der Harzregion zu den wichtigsten Kristallisationspunkten der Neonazis in Sachsen-Anhalt.

Die ersten Ansätze fester Strukturen lassen sich bis ins Jahr 1992 zurückverfolgen. Am 25.10.92 gründete sich in Wittenberg ein Kreisverband der DEUTSCHEN LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT (DLVH) unter Beteiligung des damaligen DLVH Landesvorsitzenden Brandenburg, FRANK SCHWERDT. Vorsitzender des Kreisverbands wurde der damals 29-jährige ANDREAS MATTHEUS. Die Kontakte zu Schwerdt, mittlerweile Vorsitzender der NATIONALEN E.V. wurden in den Folgejahren intensiviert. Schwerdt bot an, bei der Herstellung von Kontakten nach Berlin behilflich zu sein.

Er bemühte sich besonders um einige jugendliche Neonazis, die Wehrsportübungen auf dem WASAG-Gelände, einer Sprengstofffabrik aus dem zweiten Weltkrieg, bei Wittenberg durchführten. Aus diesem Kreis rekrutierte er etliche Mitglieder für die Mitte 1993 als ein Freundeskreis der Nationalen e.V. gegründete KAMERADSCHAFT WITTENBERG. Diese plante im Februar 1994 einen Sprengstoffanschlag auf eine Wahlkampfveranstaltung der PDS in Wittenberg. Der Anschlag fand nicht statt, da der Sprengsatz noch in der Wohnung von Andreas Mattheus explodierte. Neben Mattheus nahm die Polizei noch MARCO STREBE und zwei weitere Neonazis fest.

Sie gestanden, daß die Bombe für den an der Wahlkampfveranstaltung teilnehmenden Lothar Bisky bestimmt war, doch die Staatsanwaltschaft ignorierte den politischen Hintergrund. Mattheus wurde freigesprochen, der vorbestrafte Strebe zu sechs Monaten Haft verurteilt. Ende 1994 werden Ermittlungsverfahren gegen die Kameradschaft Wittenberg wegen dem Verdacht der Bildung einer kriminellen Vereinigung eingeleitet.



Ein Teil der Wittenberger Kameradschaft vor dem Landgericht Dessau beim Prozeß gegen Daniel S. V.l.n.r.Silvio Ziegler, Escherich, Danny Thüring

Nach einigen Hausdurchsuchungen löste sich die Kameradschaft auf, um sich am 19.11.94 als KAMERADSCHAFT ELBE-OST neu zu formieren. Die Kontakte nach Berlin wurden intensiviert und im Dezember 1994 in Zahna bei Wittenberg das JUNGE NATIONALE SPEKTRUM (JNS), Jugendorganisation der Nationalen e.V., gegründet.

Die ersten Flugblätter der Nationalen e.V. tauchten im Juli 1995 in Wittenberg auf. Im Impressum erscheint der Kreisverband Elbe-Ost mit Postfach in Zahna. Etwa zur selben Zeit wurde in einer Wittenberger Kneipe ein Brief aus Bielefeld gefunden. In dem Brief werden die Kameraden über die Waffen-SS »aufgeklärt« und um Gründung einer Einheit gebeten, ferner wird Werbung für Bundeswehr-Tarnkleidung gemacht. Der Brief stammt von PETER SCHULZ, einem Ex-Wittenberger, der über gute Kontakte in der Nazi-Szene NRW´s verfügt. 1996 outete sich Schulz im Spiegel als Spitzel des Verfassungsschutz.

Zu den Aktivitäten der Kameradschaft Wittenberg gehört aber ebenso die Organisierung von sog. Heldengedenkfeiern, z.B. am 17.11.96 in Kropstädt (Landkreis Wittenberg) und ideologische Schulungen.

Als Produkte dieser Schulungen werden dann Flugblätter mit dem Grundsatzprogramm der Kameradschaft und immer wieder platte Hetze gegen AntifaschistInnen vor allem gegen den PDS-Landtagsabgeordneten Matthias Gärtner verteilt. Ganz im Zuge der momentanen anvisierten Belegung der sozialen Frage von Rechts werden Arbeit, Ausbildung und Wohnraum für Deutsche gefordert.

Als Problemlösung kündigt die Kameradschaft an, daß sie »*kompromißlos in der Sache und hart in der Auseinandersetzung mit* (ihren) *Feinden*« vorgehen wird. Weiterhin wird in schönsten deutschtümelnden Bildern die Volksgemeinschaft beschworen, die »*Krieg und Kommunismus mit ungebrochener Lebenskraft überstanden*« hat. Da ist es nicht weiter verwunderlich, daß sich die Kameradschaft Wittenberg zusammen mit den unabhängigen Berliner Kameradschaften, im Streit zwischen NS-Nostalgikern und den sog. »progressiven Nationalisten«, weit für die NS-Fraktion aus dem Fenster gelehnt hat. Als Verantwortlicher wird auf den Flugblättern der Kameradschaft ein gewisser DR. WALTER MENZ angegeben. Dieser Name findet sich auch im Impressum der MITTELDEUTSCHEN RUNDSCHAU (MR), einem Ableger der BERLIN-BRANDENBURGER ZEITUNG (BBZ).

Die MR berichtet in ihrem Regionalteil fast ausschließlich aus Sachsen-Anhalt. Der Sachsen-Anhalt-Korrespondent der BBZ und faschistische Multifunktionär STEFFEN HUPKA ist auch für die MR mitverantwortlich.

Der Vertrieb der Zeitung erfolgt über das Postfach der Kameradschaft Elbe-Ost in Zahna. Die Zeitung wird in Wittenberg durch Gruppen von ca. 20 Neonazis verteilt, von denen einige die Zeitungen in die Briefkästen stecken und der Rest die Aktion absichert. Auch der zuständige Dessauer Staatsschutz weiß von diesen Aktivitäten, jedoch muß einer der Mitarbeiter eingestehen, daß

Wer wir sind und was wir wollen.



Kameradschaft Wittenberg

V i S d P Dr. Walter Menz

Grundsatzprogramm der Kameradschaft Wittenberg. Zitat: »Wir sind junge Deutsche mit Rückrad« (Rechtschreibfehler im Original)

diese nicht zu unterbinden sind: *»Dafür sind sie zu stark etabliert«*.

Ein weiterer politischer Schwerpunkt der Kameradschaft Elbe-Ost ist die Anti-Antifa Arbeit. Mehrfach wurden von ihr Flugblätter verbreitet, die gegen den »Schweitzer Garten«, ein von linken Jugendlichen besetztes Haus in Wittenberg und aktive AntifaschistInnen hetzen. Gewalttätige Übergriffe gegen Linke sind keine Seltenheit, und auch der Schweitzer Garten wurde mehrfach angegriffen.

Die Kameradschaft betont jedoch immer wieder, eigentlich Politik auf die »ruhige« Art machen zu wollen. Nach dem bewaffneten Überfall auf einen Discobus im Februar 96 und den danach stattfindenden Gesprächsrunden mit Landrat, Polizei und Kameradschaftsvertretern, behaupteten letztere, sie hätten mit dem Angriff nur ihrer Suche nach eigenen Räumlichkeiten Nachdruck verleihen wollen.

Bei den Gesprächen, an denen von Seiten der Kameradschaft der Bombenbauer Mattheus, Kameradschaftschef Danny Thüring und sein Stellvertreter SILVIO ZIEGLER teilnahmen, zeigten die Kommunalvertreter viel Mitgefühl und Verständnis für die braunen Kameraden. Aufgrund von Protest durch Wittenberger BürgerInnen, wurden die Gespräche nach dem zweiten Mal eingestellt.

Die nach eigenen Angaben 40 feste und etwa 20 weitere Mitglieder umfassende Kameradschaft prahlt mit ihrer Unterstützung aus Berlin und Brandenburg. So soll Schwerdt den Druck von angeblich 20.000 Flugblättern ermöglicht haben.

Am 04.04.96 kam es zu den bisher schwersten Auseinandersetzungen zwischen der Kameradschaft und Antifas. Am »Piesteritzer Hof« in Wittenberg wurden ca. 15 jugendliche Punks und Antifas von den Faschisten attackiert. Diese gehörten zum größten Teil zur Kameradschaft Elbe-Ost und waren mit Baseballschlägern, Gaspistolen und sogar einem Ninja-Schwert bewaffnet. Der Chef der Kameradschaft, DANNY THÜRING, leitete die Aktion aus einem Auto heraus. Nach Angaben von AugenzeugInnen schallten Kommandos wie *»Angriff«*, *»Sammeln«* und *»Rückzug«* über den Platz. Ins Visir der Faschisten geriet dabei vor allem Daniel S.

Als dieser von MICHAEL SPIEß verfolgt und mit einer Angelrute traktiert wurde, stach er den Neonazi in Notwehr nieder. Zwei Tage später stellte er sich der Polizei. (siehe AIB Nr. 36) Unter hohen Sicherheitsvorkehrungen fand dann im Herbst 1996 der Prozeß gegen Daniel S. wegen versuchten Totschlags statt. Als Belastungszeugen traten u.a. Danny Thüring, Silvio Ziegler, MICHAEL SPIEß und ANDREAS NEUGEBAUER auf. Der Prozeß endete überraschend mit einem Freispruch für Daniel S..

Der heute 18-jährige Andreas Neugebauer hatte kurz vor Prozeßbeginn Danny Thüring als Chef der Kameradschaft Elbe-Ost abgelöst. Als Grund hierfür werden interne Streitigkeiten angegeben. In einer Kleingartensiedlung betrieb die Kameradschaft eine kleine Gartenkneipe. Obwohl von der Mutter eines Kameradschaftsmitglieds angemeldet, wurde sie hauptsächlich von Danny Thüring geleitet.

Die Kneipe verschuldete sich, und Thüring wurde dafür verantwortlich gemacht. Die Vorwürfe lauteten, Thüring habe zudem Geld unterschlagen und damit das Vertrauen der Kameradschaft verloren.

Auch während der letztjährigen Rudolf-Heß-Aktionswochen war die Kameradschaft aktiv: Am frühen Nachmittag des 3.August 96 versammelten sich am Wittenberger Bahnhof etwa 150 Neonazis. Die anwesende Polizei verhinderte jedoch einen Aufmarsch. Im Laufe des Nachmittags bildeten die Neonazis einen Autokorso und fuhren Reichskriegsfahnen schwenkend durch Wittenberg. Zur gleichen Zeit fragte der Vorsitzende der CDU- Stadtratsfraktion Wittenberg, FRANK SCHEURELL, in einer Kneipe einen dort arbeitenden Neonazi, ob dieser denn auch mitmarschieren würde. Auf dessen verneinende Antwort entgegnet Scheurell: *»Ich würde gerne mitmarschieren, aber ich kann nicht,– meine politische Verantwortung etc.«* Man kennt sich eben in Wittenberg ... Scheurells Abneigung gegen den Schweitzer Garten ist schon länger bekannt. Gegenüber der Tageszeitung »junge Welt« erklärte er, daß er die Initiativen gegen das besetzte Haus beratend unterstützt.

Im April 1997 fand eine erneute Neugründung der Kameradschaft statt. Andreas Neugebauer, der mit der Funktion als Kameradschaftsführer scheinbar überlastet war, zog sich immer mehr ins Privatleben zurück und gibt sich Gerüchten zufolge nunmehr ausschließlich dem Drogenkonsum hin. Neuer Kameradschaftschef wurde CHRIS DANNEIL. Die Kameradschaft »säuberte« ihre Reihen und der aktive Kern beschränkte sich auf sieben Personen.

Der Name änderte sich wieder von Kameradschaft Elbe-Ost in Kameradschaft Wittenberg. Inwieweit das Innenministerium Sachsen-Anhalts mit einem angedrohten Verbot der Kameradschaft seine Finger bei dieser Neugründung mit im Spiel hatte, ist nicht endgültig zu klären.

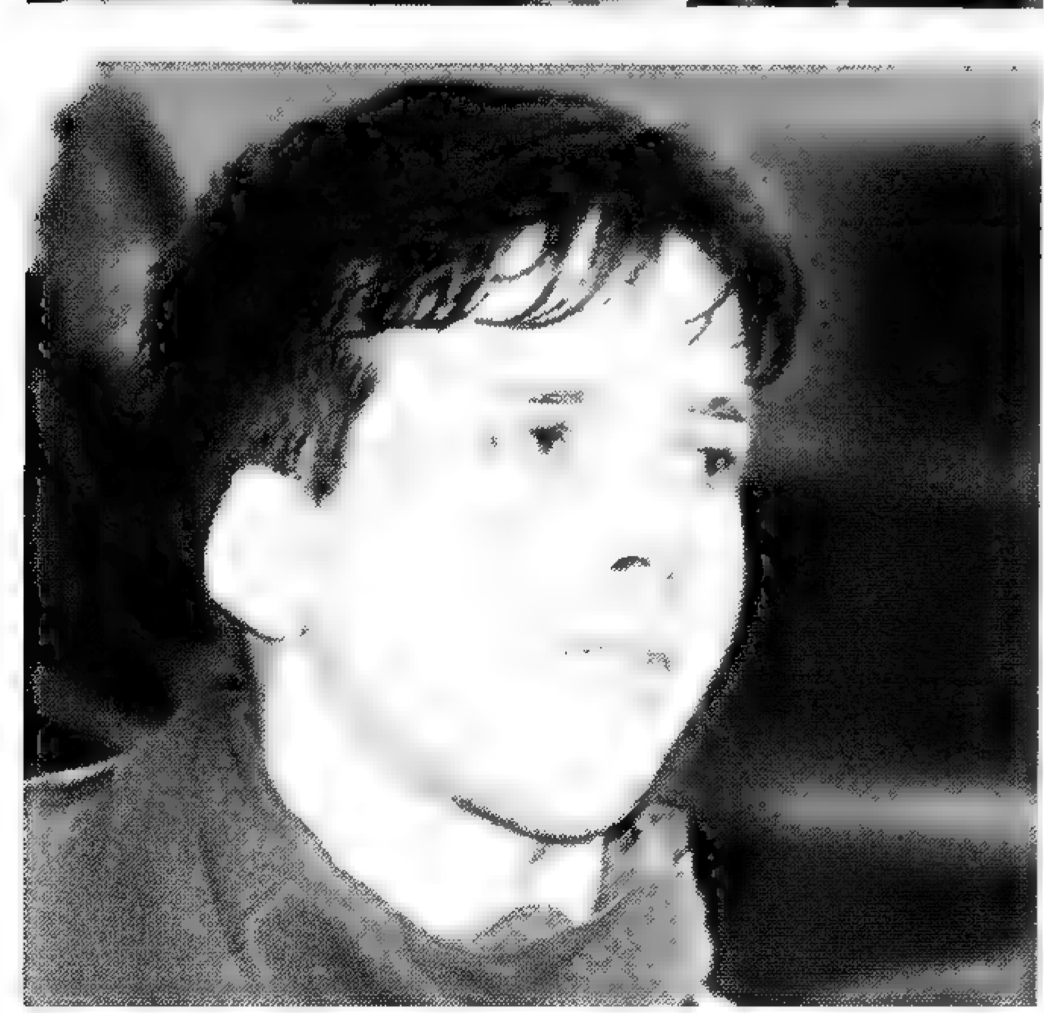
Nach dem Ableben von Chris Dannei – er wurde von Berliner Neonazis erstochen – umfaßt die Kameradschaft nurmehr sechs Personen. Danny Thüring, das Nesthäkchen von Frank Schwerdt hat dabei wieder die Zügel in der Hand. ■

Von Berliner Neonazis ermordet: Kameradschaftschef Chris Danneil (26)











JN-Kongreß: NS-Kurs bleibt

Am 10. Mai 1997 fand im bayrischen Roding der diesjährige Bundeskongreß der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) mit angeblich 80 stimmberechtigten Teilnehmern statt. Diese wurden gleich zu Beginn des Kongresses mit einem Antrag des bayerischen JN-Vorsitzenden konfrontiert, der sich gegen den ehemaligen stellvertretenden JN-Bundesvorsitzenden ANDREAS STORR richtete. Dieser sei wegen seiner mehrfach angemahnten – aber trotzdem weitergeführten – »*Verfehlungen*« zu tadeln. Storr wird vorgeworfen, er habe sich von den ebenfalls aus der JN herausgedrängten Nazi-Kadern ANDRÉ GOERTZ und JAN ZOBEL für deren »*egoistischen Interessen*« einspannen lassen, was wiederum die Arbeit der JN behindert hätte.

So habe er beispielsweise Goertz' Zeitungen der JN als Sprachrohr für seine »*eigenwilligen Machenschaften*« zur Verfügung gestellt und außerdem mit »*gezielten Falschinformationen und Lügen*« Verwirrungen innerhalb Norddeutschlands gestiftet. Hintergrund dieses ganzen Konfliktes ist die sogenannte »*Vergangenheitsfalle*«, an der sich seit einigen Monaten die Nazi-Szene spaltet.

Die Fraktion um Storr und Zobel wirft den »*selbsternannten Möchtegern-Nazis, die mit ihren Phantasie-Uniformen und dogmatischer NS-Nostalgie der nationalen Sache nur schaden*« vor, »*sich zwischen Nostalgie und Kostümierung durch die Vergangenheit ins Abseits drängen zu lassen*«. Deshalb fordern sie ihre Anhänger auf: »*Überlassen wir denen, die sich nicht von der Vergangenheit trennen können und immer wieder in die Falle der Vergangenheitsbewältigung hineintappen das Ghetto. Wir machen Politik.*« Mit diesen Positionen wirbelten sie in der Nazi-Szene eine ganze Menge Staub auf und bekamen die geballte Ladung Empörung der bekennenden Nationalsozialisten zu spüren.

In einem Flugblatt gaben »*Radikale Nationalisten/innen*« bekannt: »*Egal, welche mysteriösen Absichten dieser Goertz mit seinem 'progressiven (sprich fortschrittlichen) Nationalismus' verfolgt (Tükinnen heiraten=fortschrittlich ??), es wird höchste Zeit mit ihm aufzuräumen!!!*« ANDREAS SENNLAUB von der KAMERADSCHAFT TREPTOW/REFERAT SCHULUNG schrieb in deren Blatt VÖLKISCHE NACHRICHTEN: »*In Anbetracht eines solchen verlogenen und heuchlerischen Verhaltens ist es für einen nationalen Sozialisten nicht nur eine Frage der Ehre, sich gegen die pausenlose Angriffe seitens dieser sogenannten 'Progressiven Nationalisten' zu verwahren, sondern auch eine Frage der Konsequenz.*«

Als die Stimmen gegen die »progressiven Nationalisten« immer mehr zunahmen und








Der JN-Bundesvorstand:

Ganz links (v.o.n.u): ***Bundesvorsitzender Holger Apfel (Eningen), seine Stellvertreter Achim Ezer (Bergisch-Gladbach) und Jürgen Distler (Eningen), der Bundespressesprecher Klaus Beier (Miltenberg), der Bundesgeschäftsführer Frank Amberg (Burscheid).***

Obere Reihe (v.l.n.r.): ***Die Bundesmädelbeauftragte Katharina Handschuh (Dresden), Irina Beikert (Laudenbach-Weinheim), Sascha Wagner (Herzogenrath), Steffen Hupka (Quedlinburg).***

die JN immer mehr unter Beschuß geriet, wurde auf einem außerordentlichen Treffen des JN-Bundesvorstandes am 18./19. Januar beschlossen, Storr, Zobel und PHILLIPSEN aus Schleswig-Holstein ihrer Ämter in der JN zu entheben und den JN-Landesverband Hamburg aufzulösen. Dieser Schritt wurde vom Großteil der Nazi-Szene öffentlich begrüßt und unterstützt. Auch bei der Abstimmung auf dem JN-Bundeskongreß stellten sich nur 9% der anwesenden Delegierten hinter Andreas Storr, 85% stimmten gegen ihn und 6% enthielten sich.

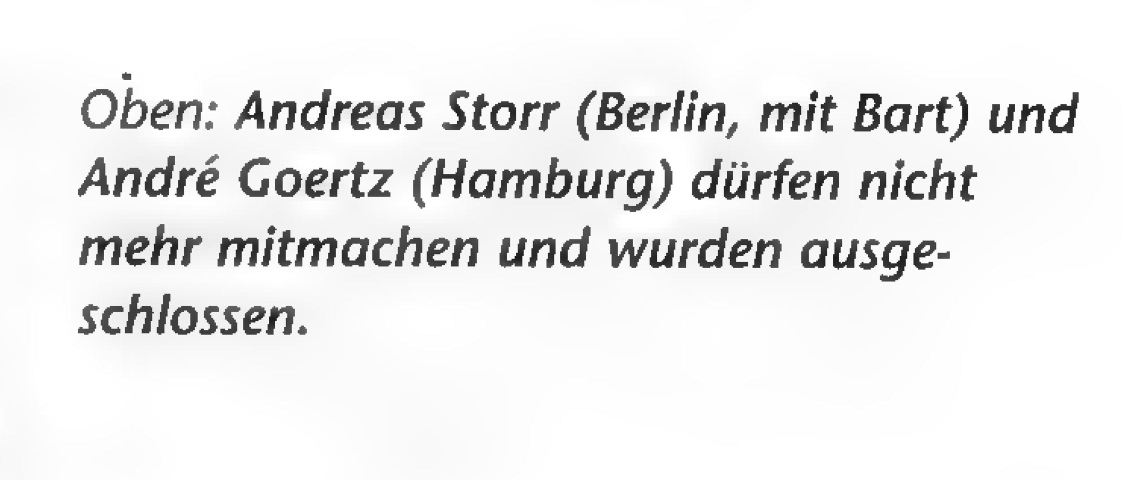
Der JN-Landesverband Berlin/Brandenburg, der noch immer zu seinem Gründer Andreas Storr und seinen Positionen hält, reagierte prompt und verkündete über das von ihm betriebene NATIONALE INFOTELEFON BERLIN/BRANDENBURG, daß der JN-Bundeskongreß politisch nichts zu bieten hatte, da persönliche Abrechnungen im Vordergrund gestanden hätten. Außerdem befänden sich in der JN-Bundesführung Aktivisten inzwischen verbotener Organisationen, welche ein politisches Bündnis von Nationalrevolutionären und bekennenden Nationalsozialisten anstrebten. Diesen »neuen« Kurs bezeichneten sie als bedenklich.

Außerdem verrieten sie, daß auf dem Bundeskongreß zu der Gründung einer »*Anti-Lemmer-Liga*« aufgerufen worden sei. Diese solle dem ehemaligen Störkraft-Manager und jetzigen Nazi-Rock-Geschäftsmann TORSTEN LEMMER das Wasser abgraben, um in seine »*geschäftspolitischen Fußstapfen*« treten zu können. Die Hauptschwerpunkte der JN-Arbeit sollen aber auch weiterhin bei Aktionen auf der Straße und der Kaderbildung liegen.

Die Ergebnisse des Kongresses zeigen, daß die Strategie der JN und teilweise auch ihrer Mutterpartei NPD, sich als Sammlungs- und Mobilisierungsorganisation zu etablieren und dafür auch Bündnisse zu schließen, Erfolg zeitigt. Mittlerweile haben die beiden Organisationen nicht nur zahlreiche Kader verbotener Organisationen an sich gebunden, die diese bundesweiten Strukturen für sich nutzen. Sie sind auch zentrale Punkte für größere Aktionen und besitzen wichtige Strukturelemente in ihren Gruppen und deren Umfeld. Dazu gehören Nationale Infotelefone, Versände, Mailboxen, Zeitungen und Internetserver. Nach dem Aufruf zur »Anti-Lemmer-Liga« zu urteilen, will man nun auch in großem Maße in das Geschäft mit der Subkultur einsteigen. Derartige Machtambitionen sorgen natürlich für Mißgunst bei einigen »Kameraden« anderer Gruppierungen und der Kameradschaften. Davon zeugen nicht nur die oben beschriebenen, angeblich inhaltlichen Konflikte, sondern auch immer wiederkehrende Angriffe der Kameradschaften gegen die JN. Zuletzt bekannt wurde ein Brief THOMAS »STEINER« WULFFS nach den Nazi-Aktionen am 1. Mai. Dort ist zu lesen, daß »Kameraden«, die »*quasi vom Chefsessel aus mit dem Handy (...) unser Vaterland retten wollen*«, bei ihnen nichts zu suchen hätten. ■







Oben: ***Andreas Storr (Berlin, mit Bart) und André Goertz (Hamburg) dürfen nicht mehr mitmachen und wurden ausgeschlossen.***





Untere Reihe (v.l.n.r.): ***Oliver Händel (Köln), Jens Pühse (Freisingen), Jörg Hähnel (Berlin/Frankfurt-Oder/Lebus), Markus Privenau (Bremen).***

Sauerländer Impressionen

Verfahren nach Demo gegen Donner-Versand in Lüdenscheid

Das Sauerland ist eines der Zentren des organisierten Neofaschismus in Deutschland. Aktiv ist hier neben dem in Lüdenscheid ansässigen, faschistischen Donner-Versand vor allem die äußert umtriebige neonazistische Sauerländer Aktionsfront (SAF). Deren Kader haben gute Kontakte zu Neonazis in den Niederlanden und betreiben das Nationale Infotelefon Sauerland. Auch bundesweit spielt die SAF eine wichtige Rolle. So war ihr Kader Andree Zimmermann in vorderster Front an den Vorbereitungen zum Hess-Gedenkmarsch '96 beteiligt.
Am 21. Dezember vergangenen Jahres fand in Lüdenscheid eine Bündnisdemonstration statt, die sich gegen den Donner-Versand richtete, der von den Kadern der verbotenen NF Harald Theodor Mehr und Stefan Haase betrieben wird. Außerdem geben die beiden auch die nach Eigenangaben in einigen Tausend Exemplaren erscheinende Zeitschrift Widerstand heraus.

Im Verlauf der Demo gegen den Donner-Versand wurden vor dessen Gebäude symbolisch drei Leuchtstifte gezündet, um den auf dem Dach rumprovozierenden und posierenden Neonazis nicht tatenlos zuzusehen. Da die Demo vollkommen friedlich verlief, nahm die Polizei dies zum Anlaß, nach der Demonstration einen angeblichen Schützen aus einer Gruppe von DemonstrantInnen, die sich auf dem Weg zum Bahnhof befanden, festnehmen zu wollen. Dabei wurde dieser Mensch von Zivilpolizisten direkt umgeworfen und dann auf den Boden gedrückt.

Umstehende Menschen waren sich nicht sofort im Klaren darüber, ob es sich um Faschisten oder Polizisten handelt, da sich die Zivis nicht zu erkennen gegeben hatten. Das daraus entstandene Gerangel rief wiederum die Bereitschaftspolizisten auf den Plan, die die Gruppe von DemonstrantInnen einkesselte, als hätten sie hinter der nächsten Ecke auf nicht anderes gewartet.

Resultat: 53 Festnahmen, wovon drei Personen die Nacht in Polizeigefangenschaft verbrachten, ohne genau zu wissen warum.

Kalkül wird mensch sich fragen, wurde doch die Demonstration von einem starken Aufgebot an Zivilpolizisten belästigt und von einem Wagen vor der Demo und von den Seiten massiv abgefilmt, so als wollten sie unbedingt Randale provozieren. Da dies nicht aufging und die DemonstratInnen sich nicht provozieren ließen, hat die Polizei einfach ihre eigene Randale gemacht.

Verantwortlich gemacht dafür wurde aber natürlich die Demonstration. Von Leuchtspurmunition und Krawallen war in den nächsten Tagen in manchem Lokalblättchen die Rede. Aber es gab auch Berichte, die die Situation richtig einschätzten und den Übergriff der Polizei scharf kritisierten.

Den drei Menschen, die eine Nacht ihrer Freiheit beraubt waren, wird jetzt auch noch der Prozeß gemacht. Wegen Körperverletzung, Verdacht auf Landfriedensbruch, Widerstand, Verstoß gegen das Waffengesetz und ähnlichen an den Haaren herbeigezogenen Vorwürfen. Und als ob das nicht schon genug wäre, soll der Anmelder der Demonstration auch noch einen Strafbefehl von 2400 DM zahlen, weil die Polizei, blind wie sie sein kann wenn sie will, keine OrdnerInnen gesehen hat und weil der Anmelder nichts gegen die Vermummung getan hätte. Diesen Prozessen werden wir natürlich nicht tatenlos zusehen! Ein Konzert im Juni sollte dann auch einen Teil der Prozeßkosten begleichen. Tod und Mordschlag spielten am 15.06.97 in Lüdenscheid.



Neonazis besuchen die niederländischen »Kameraden«. V.l.n.r.: Constant Kusters, Andree Zimmermann, Eite Homann, Thomas Wulff

Darüberhinaus haben die Cops dann am 20. April '97 zu unserer Belustigung in Lüdenscheid ein absurdes Theater aufgeführt. Hintergrund war, daß an diesem Tag ursprünglich eine Demo in Lüdenscheid stattfinden sollte, die aber schon im Vorfeld wieder abgeblasen worden war. Alle wußten das, nur der gute Staatsschutz hatte mal wieder gepennt.

Angeblich wollen die Herren ganz subversive Hinweise gehabt haben, daß am 20. April in Lüdenscheid eine „unangemeldete Versammlung" stattfinden sollte. Daraufhin haben sie kräftig mobilisiert. Zwar haben sie dann nur 600 statt der angeforderten 1200 Helmchen nach Lüdenscheid schicken dürfen, aber es wurde ein wirklich gelungenes Schauspiel: Hunderte von Polizisten suchten in Lüdenscheid (80.000 EinwohnerInnen) eine unangemeldete Versammlung. Weil sie die aber leider nicht aufstöbern konnten, haben sie aus Frust allen möglichen Personen, die sich potentiell unangemeldet versammeln könnten, Platz- und Stadtverweise auf´s Auge gedrückt. Ein Mensch wurde sogar kurzfristig festgenommen. Szene: Lüdenscheider Polizist kommt mit festgenommener Person am Arm in die Wache und verkündet laut: *»Ich habe einen Gefangenen!«* Kollege aus Bochum zu Gefangenem: *»Spinnen die jetzt alle hier?«* Es ist wohl überflüssig darüber zu spekulieren, was die Lüdenscheider Menschen, die in Lüdenscheid ein Stadtverbot gekriegt haben, ohne zu wissen warum, sich hinterher gedacht haben mögen. Sogar konservative Kreise (CDU und Konsorten) konnten sich mit diesem Einsatz nicht so recht anfreunden. Die Antifa Lüdenscheid möchte den tapferen Beamten für ihren selbstlosen Einsatz auf jeden Fall ganz herzlich danken. Selten so gelacht! Aber neben der Belustigung hat der 20. April in Lüdenscheid mal wieder gezeigt, wer der Polizei ein Dorn im Auge ist: Nicht der Donner-Versand, der seine Nazi-Pamphlete munter weiterverschickt und zu Hass und Gewalt aufstachelt, sondern die antifaschistischen Kräfte in Lüdenscheid. ■

Der 10. Todestag des Hitlerstellvertreters Rudolf Heß am 17. August diesen Jahres steht vor der Tür. Die Nazis werden sich nicht nur wegen des Jubiläums etwas besonderes einfallen lassen, sondern auch versuchen, Lehren aus den letzten Jahren zu ziehen. Um Gedanken und Diskussionen anzuschieben bzw. voranzubringen, was zu diesem Tag an Antifa-Aktionen stattfinden könnten und sollten, im Folgenden ein Artikel, der sich kurz mit den letzten Heß-Todestagen auseinandersetzt. Besonders eingegangen wird auf den Ablauf im vergangenen Jahr und die Widersprüche, die sich zwischen der offiziellen Darstellung und dem tatsächlichen Geschehen ergeben haben.
Der Artikel erschien in einer leicht veränderten Form in der November-Ausgabe der antifaschistischen Monatszeitschrift Searchlight.

Ein Blick zurück für einen Blick nach vorne: Der »Rudolf-Hess-Marsch« 1996

Die Tradition der »Pannen« und »unglücklichen Umstände«

August 1993: Begleitet von einem Dutzend völlig überforderter Polizisten marschieren mehrere hundert Neonazis aus dem In- und Ausland zum Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess durch die hessische Stadt Fulda. Die Bilder gehen um die halbe Welt und die Behörden, die vorher vollmundig angekündigt hatten, alle Rudolf-Hess-Aufmärsche polizeilich aufzulösen und denen der Aufmarschort mehrere Stunden vorher bekannt war, geraten unter Druck. Sie sprechen von Pannen und unglücklichen Umständen, die den Aufmarsch ermöglicht hätten.

August 1994: Bei einem versuchten Marsch in Luxemburg müssen die Neonazis feststellen, daß sie sich im benachbarten Ausland nicht auf »Pannen« und »unglückliche Umstände« seitens der Behörden verlassen können. Ihre Rudolf-Hess-Show wird nach wenigen Minuten von der Luxemburger Polizei beendet. Schwer verprügelt werden die Neonazis am Abend abgeschoben.

August 1995: Um kein »zweites Fulda« entstehen zu lassen, sind am Wochenende des geplanten Rudolf-Hess-Marsches bundesweit zehntausende Polizisten in Einsatz und in Alarmbereitschaft. Dennoch gelingt es 200 Neonazis einen Aufmarsch im niedersächsischen Schneverdingen durchzuführen. Als die Polizei eintrifft, sind alle verschwunden. Ein zweiter Aufmarsch findet, beschützt von der Polizei, im dänischen Roskilde statt.

Der »Zentrale Rudolf-Hess-Marsch 1996« war für den 17. August geplant und wer am späten Nachmittag sein Radio einschaltete, bekam fast den Eindruck, die Behörden hätten aus den Erfahrungen der letzten Jahre gelernt. Ein Aufmarsch im rheinland-pfälzischen Worms sei nach kurzer Zeit aufgelöst und eine Vielzahl von Neonazis festgenommen worden, hieß es dort und: bereits im Vorfeld sei es zu einer Vielzahl von Festnahmen gekommen, auf der Autobahnraststätte Wetterau (nahe Frankfurt) wurden allein 60 Neonazis aus dem Verkehr gezogen.

Die Öffentlichkeit war zufrieden. Doch je mehr über die Umstände und den Ablauf des Aufmarsches in Worms bekannt wurde, um so mehr wird klar, daß die Öffentlichkeit an diesem Tag schlichtweg belogen wurde.

Bereits am Freitagabend stand fest, daß der Marsch im Großraum 200 km um Frankfurt stattfinden würde, die Landeskriminalämter waren über drei potentielle Aufmarschorte informiert. Als solche galten die Regionen um Mannheim, Saarlouis (Saarland) und Siegen (Nordrhein-Westfalen). Aus diesem Grund wurden starke Polizeikräfte in Ludwigshafen (bei Mannheim) in Bereitschaft gehalten. Um 12.02 Uhr wurden dem Landeskriminalamt mitgeteilt, Ziel der Neonazis sei die Region Mannheim/Ludwigshafen/Worms. Um 13.24 Uhr wußte der Verfassungsschutz über den genauen Zielort und den dortigen Treffpunkt Bescheid und gab diese Information »*unverzüglich*« an das Landeskriminalamt weiter, von dort ging die Informationen ebenso »*unverzüglich*« an alle zuständigen Polizeidienststellen. Auch AntifaschistInnen blieb die Mobilisierung der Neonazis nicht verborgen. Als gegen 13.30 Uhr die ersten AntifaschistInnen in Worms eintrafen, wurden sie Zeugen, wie eine größere Polizeieinheit das Stadtgebiet verließ. Nachfragen bei der Wormser Polizeidienststelle waren sinnlos – das Revier war (zumindest vorrübergehend) verlassen und abgesperrt, nicht einmal das Telefon war besetzt.

Währenddessen, um 14 Uhr, sammelten sich ca. 250 Neonazis in und am Wormser Dom. Eine zu diesem Zeitpunkt stattfindende Hochzeitsfeier wurde massiv gestört, Transparente und Fahnen wurden entrollt und um 14.15

17. August '96: 200 Neonazis marschieren von der Polizei ungestört durch Worms



Uhr setzte sich der Zug in Bewegung. Fast eine Stunde konnten die Neonazis völlig unbehelligt durch die Wormser Innenstadt marschieren. Erst nach 15 Uhr, der Marsch befand sich bereits in Auflösung, beendete ein eilig aus dem 50 km entfernten Kaiserslautern herbeigeschafftes Spezialeinsatzkommando der Polizei das Spektakel. Die verbliebenen 187 Teilnehmer wurden eingekesselt und festgenommen. Dabei gelang es dem Ludwigshafener Neonazi Christian Hehl, der zu diesem Zeitpunkt zur Fahndung ausgeschrieben war, aus dem Kessel zu türmen, indem er einen Kreislaufkollaps vortäuschte und sich mit dem Krankenwagen abtransportieren ließ.

Soviel zum Ablauf des »Zentralen Rudolf-Hess-Marsches 1996«, der wirklich nur noch ganz entfernt eine Ähnlichkeit mit der offiziellen Darstellung und der darauf basierenden Medienberichterstattung aufweist.

Um noch eine weitere Fehlinformation zu berichtigen: AntifaschistInnen, die sich an der Autobahnraststätte Wetterau aufhielten, berichteten von umfangreichen Kontrollen aber lediglich einer handvoll Festnahmen. Der überwiegende Teil der dort kontrollierten Neonazis konnte ungehindert nach Worms weiterreisen.

Fast völlig untergegangen ist in der Berichterstattung, daß in Merseburg (Sachsen-Anhalt) zeitgleich ein zweiter Rudolf-Hess-Marsch mit 120 Teilnehmern stattfand, der völlig ohne Polizeibegleitung über die Bühne ging. Erst als im Anschluß daran die Neonazis auf einem Fest im nahe gelegenen Bad Lauchstädt randalierten, griff die Polizei ein und nahm 30 Personen fest (siehe AIB Nr. 36).

Die rheinland-pfälzischen Behörden, die sich in ihren ersten Mitteilungen noch prahlerisch über »ihren« Polizeieinsatz in Worms ausgelassen hatten, mußten – konfrontiert mit dieser Vielzahl von Widersprüchen – bald kleinlaut beigeben. Wochen später mußte ein sichtlich angeschlagener Innenmister Zuber dem rheinland-pfälzischen Landtag Rede und Antwort stehen und die Fakten auf den Tisch legen. Dort erst zeigte sich das gesamte Ausmaß eines völlig mißlungenen Polizeieinsatzes. Zuber sprach in bester »Fulda«-Tradition von einer »*Verkettung von Pannen*« und von »*Fehlleistungen einzelner*«. Warum aber beispielsweise die nur 15 Autominuten von Worms entfernt wartenden Ludwigshafener Polizeieinheiten nicht in Bewegung gesetzt wurden, dies konnte (oder wollte) Zuber nicht beantworten.

Es ist auch mehr als ungewiß, ob die offenen Fragen zum Wormser Polizeifiasko noch eine Beantwortung finden. Anders als beispielsweise 1993 nach dem Fulda-Marsch formiert sich keine Öffentlichkeit, die von den verantwortlichen Behörden Rechenschaft einfordert. Die Medienberichte zum Aufmarsch gaben hauptsächlich die polizeiliche Darstellung wieder, Pressemitteilungen und Gegendarstellungen von AntifaschistInnen wurden durchweg ignoriert. Selbst die Debatte im rheinland-pfälzischen Landtag, bei der die Fakten offengelegt werden mußten, fand in der Presse kaum Beachtung.

Insofern scheinen die Behörden doch aus Fulda gelernt zu haben: Bilder, auf denen eine Handvoll überforderter Streifenpolizisten, den Angstschweiß auf der Stirn, mit gequälten Lächeln vor einem übermächtigen Faschomob stramm stehen, blieben der Öffentlichkeit diesmal erspart. Denn die Wormser Polizei war einfach abgetaucht. Auch konnten dieses Jahr der Öffentlichkeit Bilder konsequenten staatlichen Handelns, die Einkesselung und Verhaftung von 187 Personen, vorgeführt werden. Daß dies Stunden zu spät geschah, bzw. durch eine Minimum an Organisation und guten Willen unnötig gewesen wäre, steht nicht zur Debatte.

So bleibt letztendlich die Frage offen, ob bezüglich derartiger (Polizei-)Skandale mittlerweile ein Gewöhnungseffekt eingetreten, bzw. die Öffentlichkeit mittlerweile schon so übersättigt ist, daß eine genaue bzw. kritische Betrachtung und Aufarbeitung derartiger Vorfälle nicht mehr im allgemeinen öffentlichen Interesse liegt?

Oder: Wären eventuell auch Skandale wie Fulda 1993 in ähnlicher Art und Weise unter die Tische gekehrt worden, hätte damals nicht die internationale Presse (die 1996 in Worms nicht vor Ort war) über »ihre« Berichterstattung den Druck erzeugt, der die Behörden zu einer Teilaufklärung des Geschehens zwang und einen (vorrübergehenden) Vertrauensverlust in die polizeiliche Arbeit und Informationspolitik bewirkte?

Eines läßt sich jedoch festhalten: Es ist vor allem den Beobachtungen und der Öffentlichkeit engagierter AntifaschistInnen zu verdanken, daß der Polizeibericht Stück für Stück widerlegt und wenigstens ein kleiner Teil der Öffentlichkeit wahrheitsgemäß unterrichtet werden konnte. ■

Baskischer Ort vor 60 Jahren von der deutschen Legion Condor fast vollständig zerstört

Augenzeuginnen aus Guernica

Die Bundeswehr denkt geschichtsbewußt: Im September 1990 warb sie in Spiegel und Stern mit einer doppelseitigen Anzeige für ihr neues großdeutsches Image. Illustriert wurde diese Propaganda mit einem Gemälde Picassos: Guernica y Lumo. Gemalt hatte der damalige Leiter des Madrider Prado-Museums dieses Bild nachdem die deutsche Legion Condor den baskischen Ort Guernica (baskische Schreibweise: Gernika) am 26. April 1937 fast vollständig zerstört hatte. Eine Mischung aus Spreng- und Brandbomben verwandelten die nahezu verteidigungsunfähige Stadt an einem Montag – dem traditionellen Markttag – in ein einziges Flammenmeer. Mehr als 1500 Menschen kamen dabei um, fast weitere 1000 wurden verletzt.
Strategische Ziele wie eine Brücke oder die in Guernica befindliche Waffenfabrik blieben ebenso unbeschädigt wie die Wohnviertel der – mit dem Franco-Putsch sympathisierenden – Reichen. Zwar nicht der erste bewußt ausgeführte Luftangriff auf zivile Ziele galt Guernica dennoch als Generalprobe der deutschen Fliegerei für die Auslöschung ganzer Städte – im 2.Weltkrieg diverse Male wiederholt. Während die alliierte Bombardierung Dresdens in der Bundesrepublik lauthals bejammert wird, ist es zum Thema Guernica – ein kultureller und symbolischer Mittelpunkt des Baskenlandes – auf deutscher Seite außerordentlich still. Es sei denn, das Leid der dortigen Zivilbevölkerung wird als Werbeträger der weltweit agierenden Bundeswehr benötigt.
Anläßlich des 60. Jahrestages dokumentieren wir Erinnerungen von überlebenden Frauen zu jenem 26. April 1937.

Deunore Labauria: Ich dachte, das Ende sei gekommen

Es war ein klarer Morgen am damaligen Montag, dem 26. April 1937, sehr hell und wir alle waren sehr zufrieden. Wir lebten friedlich zusammen mit unseren Brüdern, den Gudaris[1]. Um Viertel vor Zwölf aber, ich meine sogar etwas früher, finden die Kirchenglocken an, Alarm zu läuten. Und meine Tante schrie meiner Mutter zu: »Lauft schnell in den Schutzraum, die Glocken läuten zwar täglich, aber man weiß nie, was passiert!« Es ist die schlimmste Erinnerung meines Lebens, immer wieder kommt sie mir ins Gedächtnis zurück, immer läuft der gleiche Film vor meinen Augen ab... Irgendein Flieger mit Sonnenbrille, mit breitem Mund und diesem Lächeln, das vielleicht auch gar keines war, aber so habe ich diesen Mund, diese Lippen gesehen. Ich sah ihn hinabkommen und er beschoß uns mit der Bordkanone. Wie tief doch diese Flugzeuge flogen als sie anfingen, die Bomben über uns abzuwerfen und uns zu beschießen! Auf allen vieren kriechend, erreichten wir endlich irgendwann den Unterstand. Das Bild dort war aber fast noch trauriger: völlig überfüllt, einige beteten, andere weinten, alles schrie durcheinander. Als ich jemanden »Wir werden sterben, wir werden sterben!« rufen hörte, dachte ich schon, das Ende sei gekommen. Wir beteten unzählige Male und selbst eine Anhängerin der Rechten schrie »Franco, Franco, es reicht!«. Ich dagegen – fast noch ein kleines Mädchen – wußte damals schon genau, wer Franco war und was uns bevorstand. Beim Verlassen des Schutzraumes fiel auf, daß alles in sich zusammengestürzt war und gleich sahen wir auch die ersten Leichen - die von den Geschwistern Gasteiz. Ein sehr schlimmer Anblick! Die Kirche stand in Flammen und so viele Häuser brannten. Ich sah meinen Vater hinkend herankommen, von oben bis unten ganz weiß - von den Trümmern des Rathauses. Er meinte, wir würden uns als Familie versammeln, allerdings fehlte mein größerer Bruder Andoni. Ich machte mich auf den Weg zum Friedhof, um zu sehen, ob er unter den Opfern sei, aber da waren Leichen über Leichen und viele Verletzte – es war entsetzlich! Wir waren mit so erschütternden und beängstigenden Bilderm konfrontiert, daß man das gar nicht beschreiben kann. Ich bin mir nicht sicher, ob menschliche Augen je eine größere Tragödie zu Gesicht bekommen können.

Marìa Aldana: Wir hörten den Lärm der fallenden Bomben

Ich war damals nur neun Jahre alt. An dem besagten Montag schickten die


26. April 1937: Das baskische Dorf Guernica brennt – angezündet von der deutschen Legion Condor



Eltern mich und alle meine Geschwister auf den Hof der Großeltern, weil sich in Guernica irgendetwas Schlimmes andeutete. Dort hörten wir den Lärm der fallenden Bomben. Erst nach drei Tagen kam meine Mutter, um uns in die Stadt



Soldaten der deutschen Legion Condor bereitensich 1937 auf einen Angriff vor

zurückzuholen. Alles war völlig kaputt, lediglich einige Häuser am Stadtrand waren nur leicht verkohlt. Wir konnten nicht einmal mehr erkennen, unter den ganzen Trümmern früher unsere Straße gewesen sein mußte. Wir hatten alles verloren: Das Haus und unseren kleinen Laden. Aber wenigstens die Familie war wohlauf. Nun saßen wir da und hatten nichts außer den Läusen, die die Moros[2] angeschleppt hatten. Alles war schmutzig, es gab kaum Wasser. Ich erinnere mich, daß meine Mutter unsere Wäsche mit nur einem Kochtopf heißen Wasser gewaschen hat. Zu essen hatten wir auch nichts, manchmal allerdings gaben uns die Italiener etwas von ihren Nudelresten ab. Wir haben viel Hunger erlitten. Und danach durften wir über das Bombardement nicht reden – erst recht nicht auf baskisch. So oft sind wir dafür georfeigt worden!

Juanita Arzanegi: Das Bombardement ist unvergeßlich

Dieser 26. April war der traurigste Tag in meinem Leben. Mittlerweile muß ich darüber zwar nicht mehr weinen, aber das Erlebte werden wir nie vergessen. Wir hatten eine kleine Kneipe im Ort, in der die Gudaris[1] ein und aus gingen sogar an außerhalb zu schlafen, damit die Freunde noch bleiben konnten. Ich hatte damals ein nicht einmal einen Monat altes Kind, mein Ehemann war an der Front. Es war Montag. Als die Glocken Alarm läuteten, wurden wir zum Unterstand geschickt, nahe dem Rathausplatz. Dort lehnte ich mich gegen die Wand und hielt das Kind in meinen Armen und so haben wir das Ende des Bombardements abgewartet. Es muß so nach elf Uhr angefangen haben und sie haben bis drei nicht aufgehört Bomben zu schmeißen. Im Unterstand haben wir ständig dieses Zischen gehört... und dann die Explosionen... und mittendrin immer wieder Maschinengewehrfeuer. Direkt neben unserem Zufluchtsort haben sie dann Brandbomben abgeworfen, uns blieben die Sprengbomben vorbehalten. Eine Hitzewelle ging durch unseren Unterstand, es schien, als seien wir in einen Ofen und natürlich entwickelte sich eine Menge Rauch. Und ich hatte den kleinen Jungen in meinen Armen. Aus Guernica wegzugehen ist vielen sicherlich nicht leicht gefallen, aber wie schwer war es für jene, die blieben. Die Moros[2] kamen und haben allerlei Barbareien angerichtet. Jahrelang hatte ich noch Alpträume. Bei jedem Krach habe ich mich unter der Treppe versteckt. Mein Mann ebenso. Das Bombardement ist wirklich unvergeßlich. Vor kurzem fragte mich jemand, ob wir das verzeihen können. Nun gut, möge Gott ihnen verzeihen...

Asun Garmendia: Guernica brannte so lichterloh, daß die Nacht taghell war

Als 15jährige arbeitete ich damals in der Waffenfabrik. Dort befand ich mich auch, als der Alarm zu hören war. Unser Vorgesetzter wies uns an, in den Luftschutzraum zu gehen und nicht etwa nur auf den Hof, wie wir es sonst häufig machten. Im Schutzraum blieben wir ganze fünf Stunden, ständig mit dem Geräusch fallender Bomben im Ohr. BeimVerlassen fanden wir ein völlig zerstörtes und brennendes Guernica vor. Sofort begaben sich alle auf die Suche nach lebenden Familienangehörigen. Zuerst traf ich eine meiner Schwestern, später noch meine Mutter und zwei jüngere Geschwister. Aber noch immer fehlten zwei weitere Geschwister und unseren Vater. Erstere fanden wir am nächsten Tag, meinen Vater sogar erst nach mehreren Tagen. Ich erinnere mich, daß ich in der ersten Nacht nicht schlafen konnte, außerdem brannten die Häuser so lichterloh, daß es so hell war, als wäre Tag. Zwar habe ich keinen Verwandten durch den Bombenangriff verloren, wohl aber alles, was ich hatte. Unsere Straße oder unser Haus zu finden, um noch irgendetwas zu retten, war absolut unmöglich. So mußten wir ohne alles durch mehrere Dörfer ziehen, erlebten eine Evakuation nach der anderen. Wir lebten von der Wohltätigkeit anderer oder sozialer Einrichtungen, später auch von Lebensmittelkarten. Bei meiner Rückkehr nach Guernica, fing ich erneut in der Rüstungsfabrik an und von meinen 3,5 Peseten täglichen Lohn haben wir dann ein neues Leben angefangen.

Natividad Etxaniz: Ein Flammenmeer und von überall her Schreie

Ich war damals 15. Für uns war das alles so grauenvoll. Um zwölf Uhr mittags kamen die ersten Flugzeuge, ab vier Uhr nachmittags flogen sie dann immer und immer wieder in Dreiergruppen

Die Stadt Guernica nach dem Bombardement



über die Stadt und das Bombardement begann. Wir wußten nicht genau, was da passiert, hörten nur den Lärm, das Maschinengewehrfeuer – es war grauenvoll und bis acht Uhr abends hielt das an. Zu Beginn der Bombenabwürfe waren wir glücklicherweise in einem Fluchtraum, von dort aus konnten wir aber nur mutmaßen, was passiert. Wir wußten zwar so ungefähr, was Krieg bedeutet, aber bis dahin hatten wir selbst ja keinen erlebt. Wieder unter freien Himmel bot sich uns ein schauriges Schauspiel: ein Flammenmeer, von überall her Schreie, suchende Familienangehörige. Das war alles so grauenvoll, dieser Tag war Markttag und so viele Leute waren zusammengekommen, nun waren sie gemeinsam gestorben. Wir selbst wußten nicht wohin. Aber das schlimmste stand uns ja damals erst noch bevor.

Maria Lazaga: Wir sahen, wie die Stadt dem Erdboden gleichgemacht wurde

Als erstes sahen wir einige Flugzeuge, die sehr tief flogen. Meine Mutter und ich standen gemeinsam vor dem Haus und bei Beginn der Bombenabwürfe rannten wir in Richtung Berge. Wir versteckten uns auf einem Hof, aber von dort verjagte man uns. Wir rannten weiter, um uns zwischen einigen Dornenbüschen zu verstecken. Letztendlich landeteten wir gemeinsam mit einigen Soldaten in einer Höhle. Von dort aus mußten wir mitansehen, wie die gesamte Stadt dem Erdboden gleichgemacht wurde. In der Nacht kehrten wir zurück und holten einige Sachen aus unserem Haus, dessen Grundmauern noch standen. Am nächsten Tag gingen wir schon um fünf Uhr früh fort und kamen dann auch nicht mehr für die Nacht zurück. Wir hatten solche Angst vor den Moros[2]. So haben wir einige Tage in der Höhle gelebt, bis die nationalen Verbände Francos die Stadt einnahmen. Zunächst tobte allerdings noch ein kurzer Kampf um die Stadt. Vor den Kanonen beiderseiten hatte ich sogar mehr Angst als vor den Maschinengewehren der Flugzeuge. Das alles war sehr hart für uns und es hat solange gedauert, das zu verarbeiten. ■

1) Gudari - baskischer Soldat
2) Moros - spanisches Schimpfwort für Menschen aus Nordafrika

Vor 60 Jahren: Antonio Gramsci stirbt an den Folgen faschistischer Kerkerhaft

Am 27. April jährte sich zum 60sten Mal der Todestag des italienischen Marxisten und Antifaschisten Antonio Gramsci. Kurz vor diesen Tag im Jahre 1937 war er aus einem Sanatorium entlassen worden, in das er nach jahrelanger Kerkerhaft 1933 eingewiesen worden war. Sein Tod ist auf die Folgen der Haft zurückzuführen.

Gramsci wurde 1891 auf Sardinien geboren. Nach einem Studium in Turin arbeitet er als politischer Journalist und schließt sich der Sozialistischen Partei (PSI) an. 1919/20 ist er ein führender Kopf der Fabrikrätebewegung. Er gehört zu den Gründern der Kommunistischen Partei (PCI) und wird ins Exekutivkommitee der Kommunistischen Internationale (KI) aufgenommen. Als die Faschisten die Macht übernehmen ist er in Moskau. Dort nimmt er Einfluß auf die Faschismusdiskussion in der KI. Er wird zum Vorsitzenden seiner Partei, kehrt unter den Schutz parlamentarischer Immunität nach Italien zurück und bemüht sich, die Partei für den antifaschistischen Kampf vorzubereiten. Dabei verfolgt er eine Politik, die wesentliche Elemente der Einheits- und Volksfrontstrategie vorwegnimmt. Die KI wird sich erst nach dem Zusammenbruch der deutschen Arbeiterbewegung, im Jahre 1935, dazu durchringen.



Im November 1926 wird Gramsci verhaftet. Er wird zu 20 Jahren Haft verurteilt. Im Gefängnis wird ihm erlaubt, unter Einschränkungen zu arbeiten und zu schreiben. Von 1929 bis 1935 füllt er über zwei Dutzend Schreibkladden mit Notizen zu philosophischen, historischen, politischen, ökonomischen u.a. Themen – unsysthematisch und unvollendet, aber voll interessanter Gedanken. Diese »Quaderni del carcere« (Gefängnishefte) werden nach der Befreiung vom Faschismus in Ost und West, in den sozialistischen wie den kapitalistischen Ländern, in den Metropolen wie in der »Dritten Welt« gelesen und entfalten weit über den Marxismus hinaus ihren Einfluß. Gramsci analysiert u.a. die Gesellschaft und entwirft neue Modelle einer politischen Strategie der Unterdrückten (der »Subalternen«) auf dem Weg zur Befreiung.

In der antifaschistischen Bewegung ist Gramsci vor allem deswegen bekannt, weil angeblich die »Neue Rechte« ihre Politik nach seinen Konzepten ausrichtet, wenn sie die »kulturelle Hegemonie« erringen will. Tatsächlich ist die Beschäftigung mit Gramsci nur eine kurze Periode in der Geschichte der intellektuellen Rechten, und sie ist nicht besonders gründlich. Daß die extreme Rechte gar Gramscis politische Konzeptionen verfolge, ist Unsinn – aber die Linke glaubt's.

Dabei hätte die antifaschistische Bewegung allen Grund, sich unmittelbar mit Gramsci zu befassen - dem Revolutionär, dem Antifaschisten und dem Theoretiker. Denn neben der Tatsache, daß man aus den »Quaderni« einiges über eine politische Strategie der »Subalternen« lernen kann, die auch für den antifaschistischen Kampf nützlich ist, setzt sic Gramsci auch mit dem aufkommenden Faschismus auseinander. Seine bereits angesprochene Bündnisstrategie stellt die praktische Seite dieser Auseinandersetzung dar. Als er durch die Haft an dieser Tätigkeit gehindert wird, setzt er sich eher theoretisch damit auseinander. Sein Beitrag zur Faschismustheorie wird zumeist noch unterschätzt. Schließlich sollten wir nicht vergessen, daß Gramsci ein Opfer des Faschismus ist und nicht ein geistiger Vater des Neofaschismus. ■

Zum Weiterlesen:
Die »Quaderni« erscheinen derzeit im Argument-Verlag (bisher 7 von 10 Bänden). Sie lassen sich nur intensiv studieren, sind aber auch anregend zu lesen. Jeder Band kostet allerdings 46.-DM. Eine gut lesbare Darstellung ist Sabine Kebirs Buch » Gramscis Zivillgesellschaft« (Hamburg: VSA 1991), wo auch ein Kapitel dem Thema »Faschismus und Populismus« gewidmet ist.

Die »Deutschland-Stiftung«

»Führungswechsel«



Kurt Ziesel, Gründer der »Deutschland Stiftung«

Vor dreißig Jahren gründete Kurt Ziesel die Deutschland-Stiftung e.V. (DS) mit Sitz in Breitbrunn/Chiemsee. Fast ebenso lange fungierte er als Herausgeber von deren Publikation, dem Deutschland-Magazin (DM). Beides – Deutschland Stiftung wie das Deutschland Magazin – bestimmte Ziesel maßgeblich.
Gerichtlich durchgesetzte politische Einstufungen der DS reichten von »*demokratiefeindliche Gruppierung*«[1] bis »*von Alt- und Neofaschisten durchsetzte Organisation*«[2]. Nach dem Berliner Historiker Wolfgang Benz könnte sie dort angesiedelt werden, »*wo das Seriös-Konservative aufhört und wo das Unseriös-Nationalistische, ins Rechtsradikale Hineinschillernde beginnt*«[3]. 1994 wurde die Aussage, daß die DS »*bis heute mit Vertretern des bundesdeutschen Rechtsextremismus*« zusammenarbeitet, gerichtlich erlaubt.

Durch die Verleihung der »Konrad-Adenauer-Preise« vorzugsweise an Personen des rechtskonservativen Politspektrums – unter anderem Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Armin Mohler, William S. Schlamm, Gerhard Löwenthal, Otto von Habsburg – sorgte die DS für deren Renommé. Eine immense Aufwertung sorgte 1994 Bundeskanzler Helmut Kohl, indem er den »Konrad-Adenauer-Freiheitspreis« entgegennahm. Und als er in seiner Rede anläßlich der Konrad-Adenauer-Preisverleihung 1996 auch noch Ziesel für dessen »*Verdienste*« würdigte, führte dies zu öffentlichen Protesten. In einer Fragestunde des Deutschen Bundestages im Juni 1996 wurde diesbezüglich eine Begründung des Bundeskanzlers verlangt.

Ende letzten Jahres nun teilte Ziesel seinen Rücktritt mit (DM 12/96). An seiner Stelle wirkt seit dem 1. Januar 1997 der stellvertretende DS-Vorsitzende Hans Graf Huyn. Interessant wäre, ob der Wechsel aus eher taktischen Überlegungen geschah. Möglicherweise, sollte so die DS – und damit auch den Bundeskanzler – aus der Schußlinie gebracht werden. Ein tatsächlicher personeller Wechsel könnte dann eine Veränderung im politischen Kurs der Deutschland-Stiftung nach sich ziehen. Um dies möglichst zu verhindern, müßte an die Stelle von Ziesel eine Person »gleichen Kalibers« treten.

Eine diesbezügliche Einschätzung soll durch die folgenden »Lebensläufe« von Ziesel und Huyn erleichtert werden.

Literarische Ursprünge...

Was meint Ziesel nun genau, wenn er in der ihm noch verbleibenden Zeit »*zurück zu den Ursprüngen*« seines »*literarischen Wirkens*« will?[4] Der gebürtige Österreicher (Innsbruck 1911) wurde 1930 Mitglied im NS-Studentenbund. Ab 1931 (Eintritt in die NSDAP) arbeitete Ziesel für NS-Publikationen, wie unter anderem Völkischer Beobachter, Wille und Macht, Hakenkreuzbanner und veröffentlichte mehrere Aufsätze und Bücher. Sein Roman »Der kleine Gott« (Wien, 1939), der laut Ziesel eine Auflage von 550.000 erreicht haben soll, wurde im SS-Organ Das Schwarze Korps im Sinne der Ziele des Lebensborn e.V. interpretiert.[5] Ziesels Aufnahme in die Reichsschrifttumskammer erfolgte 1939 (bei den Angaben seiner Personalien gab er als Vorname Kurt Adolf an). Im selben Jahr schreibt er: »*Ein gesunder Rasseninstinkt bewahrt die Litauer vor jedem blutsmäßigen Einfall der Juden in ihr Volk*«. Nachdem er 1940 eingezogen wurde, diente er als Kriegsberichterstatter. Die Wehrmachtszeitungen waren nach Aussagen eines Zeitzeugen »*angehalten, die Durchhalteartikel Ziesels (...) bevorzugt zu bringen*«[6]. Im Jahre 1943 denunzierte Ziesel seine Köchin wegen »*staatsfeindlichen Äußerungen*« und einer »*Gesinnung ... die für das Konzentrationslager reif ist*«[7]. Über die Beteiligten am Anschlag gegen Hitler vom 20. Juli 1944 schrieb Ziesel im Völkischen Beobachter (3.9.1944) »*...an welchem Abgrund menschlicher Verworfenheit oder geistiger Umnachtung müssen jene Ehrgeizlinge gestanden haben, als sie, wider den Geist des ganzen Volkes sündigend, die Hand gegen den Führer erhoben ... Jeder, der sich wider den Geist des Krieges versündigt, muss vernichtet werden.*«[8]

Kalte (Nach)Kriegszeit...

Kurz nach Kriegsende wurden in Österreich seine sämtlichen Publikationen verboten, zeitweise hatte er sogar Redeverbot. Laut Bamberg nahm Ziesel nach 1945 den »*Kampf gegen die entartete Linke, die unser Volk besudelt*« wieder auf und gehörte (vermutlich auch unter den Pseudonymen Gerhard Breitburg, Hartmut Brunner, Leopold Zorn) zu den führenden rechten Publizisten[9]. Seither überzog er Kritiker – und zwar nicht nur an seiner Person oder der DS – mit einer Unzahl von Strafanzeigen, Prozessen oder Pressekampagnen. So hetzte er bspw. gegen Strauß-Kritiker in der »Spiegel-Affäre«. Juristischen Beistand erhielt er dabei von Günther Ossmann, der zufälligerweise auch der Anwalt von Strauß, DS-Mitglied und Unterstützer der Konservativen Aktion war.

Ziesel beteiligte sich an der Gründung des rechtskonservativen Deutschen Kreises, der als Vorgängerorganisation des Komitees Rettet die Freiheit bzw. der DS betrachtet werden kann[10] und der das zivile Gegenstück zu dem von Strauß initiierten Referat »Psychologische Verteidigung« darstellte. Hier tummelten sich Leute wie Walter Becher (Witikobund), Friedrich August Freiherr von der Heydte (Abendländische Aktion, später bei der 1992 gegründeten Bürgerrechtsbewegung Solidarität), Ernst Salter, Richard Jaeger, Rudolf Seidl, Winfried Martini, Anton Maier, Pascual Jordan, Bolko Ernst Gotthard Karl von Richthofen. Zusammen mit Becher und Hans Kapfinger (Hg. der »Passauer Neuen Presse«) initiierte er 1959 das Komitee zum Schutz der Bürger gegen Diffamierung durch die Linkspresse. Im selben Jahr erschien sein Buch »Das verlorene Gewissen« im J. F. Lehmanns Verlag, in dem er vornehmlich Publizisten attackiert, die sich – im Gegensatz zu ihm – von ihrer NS-Vergangenheit lösen konnten. Nahezu alle Organe der »nationalen Rechten« druckten Auszüge nach. Hier nutzte er die Gelegenheit – als Kolbenheyer-Fan – diesen ausgiebig zu würdigen. Bis 1960 gab Ziesel den Europäischen Kulturdienst (München) heraus. Bei der Gründung der Gesellschaft für Freie Publizistik e. V. durfte er natürlich auch nicht fehlen. In seinem 1961 erschienenen Buch »Der Rote Rufmord« versuchte Ziesel, das spätere DS-Mitglied und damaligen Vertriebe-

nenminister THEODOR OBERLÄNDER, den selbst ADENAUER als »*tiefbraun*« bezeichnete, zu rehabilitieren.

Die meisten rechten Blättern druckten Ziesel ab – von NATION EUROPA bis zur FREY-Presse. Er war Mitarbeiter der DEMOKRATISCH-KONSERVATIVEN KORRESPONDENZ um ARMIN MOHLER, EMIL FRANZEL und VON DER HEYDTE. Der in einem NPD-Verlag erschienene rechtsextreme DEUTSCHE STUDENTEN-ANZEIGER führte ihn im Impressum. Als Redner trat er vor dem verbotenen BUND NATIONALER STUDENTEN genauso auf wie vor der STUDIENGESELLSCHAFT FÜR STAATSPOLITISCHE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT E.V. von DS-Mitglied KARL FRIEDRICH GRAU.

Die ersten Gespräche mit Adenauer über die Gründung der DS führte Ziesel 1964. Zwei Jahre später war es soweit: die Gründung der Deutschland-Stiftung e.V. erfolgte in München. Vorsitzender wurde GEORG STADTMÜLLER, als Vertreter wurden HEINZ BURNELEIT und Grau bestimmt. Ziesel wurde Geschäftsführer. Zwei Jahre später wurde das DM ins Leben gerufen. Ende der sechziger Jahre kam es zu internen Streitigkeiten in der DS. Vor allem der von Ziesel als Preisträger propagierte Emil Franzel handelte ihm den Vorwurf der Nähe zur NPD ein. Ein weiterer Kritikpunkt war sein Führungsstil. Jedoch ging Ziesel aus diesen Streitigkeiten als Sieger hervor, ein weiterer Rechtskurs der DS war fixiert.

Als er 1984 Bundeskanzler Kohl auf einer Besuchsreise nach Israel begleitete, kam es zu starken öffentlichen Protesten. So wurde aus den Reihen der Jüdischen Gemeinde in Berlin an Ziesels judenfeindliche Äußerungen in der NS-Zeit erinnert. Dies schein Kohl jedoch nicht weiter gestört zu haben. Als er 1994 den Konrad-Adenauer-Freiheitspreis entgegennahm, meinte er , daß Ziesel für sein »*Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung unserer Bundesrepublik Deutschland (...) Anerkennung und großen Respekt*« verdiene. Bei den Feierlichkeiten anlässlich Ziesels 85. Geburtstag bemerkte EDMUND STOIBER: »*Ihr umfangreiches schriftstellerisches und journalistisches Schaffen gilt der Bewahrung unserer freiheitlichen Demokratie*«. Eine Kostprobe für ein solches »journalistisches Schaffen« gab Ziesel jüngst in der Mai-Ausgabe des DM. Anläßlich der »*unseligen Wehrmachtsausstellung des ultralinken Multimillionärs Reemtsma und des Altkommunisten Heer*« wird er als »*Zeit- und Augenzeuge*« präsentiert, der angeblich »*schildert, was die in der Ausstellung gezeigten Bilder verschweigen. Die abgebildeten Hinrichtungen waren nämlich in fast allen Fällen nach dem internationalen gültigen Kriegsrecht für alle Armeen nach der Haager Landkriegsordnung berechtigte Maßnahmen gegen Partisanen, die zuvor in oft grausamster Weise deutsche Soldaten massakriert hatten.*«

Vom Regen in die Traufe?

»*Es ist für Graf Huyn nicht leicht, eine Aufgabe zu übernehmen, die drei Jahrzehnte in meinen Händen lag*« (Ziesel in DM 12/1996, S. 3). Doch der Mann bemüht sich! Gleich in der Märzausgabe des DM bezieht er sich unter der Überschrift »*Die geistig-moralische Wende*« auf die Analysen von GÜNTHER ROHRMOSER, dem Vordenker des STUDIENZENTRUMS WEIKERSHEIM. Den SPIEGEL entarnt er, ganz wie sein Vorgänger, als »*Desinformationsorgan*« des KGB.

Der in 1930 in Warschau geborene Huyn wurde 1955 Attaché im Auswärtigen Amt. 1964 – im Jahr seines CSU-Beitritts – wurde er Mitglied im Politischen Büro der EUROPÄISCHEN VOLKSPARTEI. Ein Jahr später – Huyn war inzwischen Legationsrat im Auswärtigen Amt – griff er den damaligen CDU-Außenminister Schröder an, den er wegen dessen Ostpolitik »*VERZICHTSPOLITIKER*« nannte.[11] Huyn blieb auf Kurs. So verteilte die DS 1971 eine von ihm verfaßte, die Ostpolitik der Bundesregierung als moskauhörig verunglimpfende Schrift.[12] Bei der Gründung des INSTITUTS FÜR DEMOKRATIEFORSCHUNG E.V. (IfD) des LOTHAR BOSSLE im September 1972 ist Huyn mit von der Partie. Er wird Vizepräsident und Abteilungsleiter der IfD-Abteilung für Europafragen. Im selben Jahr fungiert er als außenpolitischer Berater von Strauß und Stücklen sowie als Obmann der CDU/CSU im Innerdeutschen Ausschuß des Bundestages. Straußens Mitarbeiter ist fleißig. So beteiligt er sich im Dezember 1973 an der Gründung der FREIEN GESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG DER FREUNDSCHAFT MIT DEN VÖLKERN DER TSCHECHOSLOWAKEI. Mit von der Partie waren Funktionäre der SUDETENDEUTSCHEN LANDSMANNSCHAFT, LUDEK PACHMANN, RAINER GEPPERTH (HANNS-SEIDEL-STIFTUNG), CORNELIA GERSTENMAIER (GESELLSCHAFT FÜR MENSCHENRECHTE), GERHARD LÖWENTHAL. Unter letzterem – im Februar 1977 neuer DS-Vorsitzender – wird Huyn als neues DS-Mitglied gleich in den Vorstand gewählt[13]. Vier Monate später nimmt er an der Gründungsversammlung des CHRISTLICH-PANEUROPÄISCHEN STUDIENWERKES E.V. teil. Selbiges wurde aus den Reihen der PANEUROPA-UNION (OTTO VON HABSBURG, DS-Mitglied) als Trägerverein des BRÜSEWITZ-ZENTRUMS ins Leben gerufen.[14] Im November 1977 begleitet er Strauß und einen Trupp des VEREINS FÜR DAS DEUTSCHTUM IM AUSLAND (VDA) auf einem Chile-Besuch des Militärregimes von General PINOCHET. Mit von der Partie unter anderem der heutige DS-Vorsitzende WILFRIED BÖHM (Vorsitzender des VDA-Landesverbandes Hessen.) Gleich im nächsten Jahr wird Huyn ins Präsidium des DEUTSCH-CHILENISCHEN FREUNDESKREISES gewählt, in dem wir auch Bossle vom IfD wiederfinden. Im IfD veröffentlichte Huyn unter dem Titel »*Die Stellvertreter-Streitkräfte der Sowjetunion*« die deutsche Ausgabe des Buches von Ex-CIA-Mann BRIAN CROZIER. Dieser war bis 1979 Direktor des renommierten INSTITUT FOR THE STUDY OF CONFLICT in London. Crozier gilt als Initiator des Projektes VICTORY FOR STRAUß des CERCLE VIOLET.[15]

Graf Huyn, seit ende 1996 Nachfolger von Kurt Ziesel



Cercle Violet...

Ebenfalls 1978 besucht Huyn den Kongreß der WORLD ANTI-COMMUNIST LEAGUE (WACL) in Washington. Ein Jahr später ist er wieder in Washington. Diesmal besucht er ein Treffen einer Organisation, die sehr gute Kontakte zur WACL unterhält: den CERCLE VIOLET. Hier handelt es sich um einen Klüngel aus »*CSU-treuen BND-Agenten, ausländischen Geheimdiensten, reaktionären Politikern und ultrarechten Journalitsten*«, zu dessen »*'Führungsstab' oder eines Inneren Kreises*« der ehemalige bayerische Staatsschützer Langemann den Grafen Huyn zählte.[18] Dieser Trupp war angetreten, um in Europäischen Ländern »*Regierungswechsel zu bewirken*«. Für die BRD hieß das, Strauß, dem CDU/CSU-Kanzlerkandiaten für 1980, zur Macht zu verhelfen. An dem zuvor genannten Treffen in Washington waren weiter beteiligt: KARL-HEINZ NARJES (CDU), Ex-CIA-Mann WILLIAM COLBY, EDWIN FEULER (Präsident der ultrakonservativen HERITAGE FOUNDATION), FILIPPO MARIA PANDOLFI (italienischer Finanzminister und Mitglied der GEHEIM-

LOGE P2), GENERAL FRAZER (südafrikanischer General).[19] Ein weiters Cercle-Treffen, an dem Huyn teilnahm, fand am 5./6. Januar 1980 in Zürich statt. Neben dem Gründer JEAN VIOLET waren Crozier sowie NICOLAS ELLIOT (Ex-Abteilungsdirektor im britischen Geheimdienst) anwesend. Dem Protokoll eines Cercle-Treffs vom 28.-29. Juni des Jahres in Zürich ist zu entnehmen: »*Graf Huyn berichtete über seine Gespräche mit dem Chef des saudischen Sicherheitsbüros über die Errichtung eines Kurzwellensenders mit der Zielrichtung Sowjetunion. Die Saudis seien daran interessiert und hätten die Finanzierung zugesichert, hätten aber zur Bedingung gemacht, daß ein Aspekt, wie der durch Radio Free Europe und Radio Liberty in Moskau erweckt würde, jedenfalls zu vermeiden sei.*«[20]

Zu seinen Aktivitäten in der zuvor erwähnten WACL erklärte Huyn der Zeitschrift ELAN (November 1985) zufolge: »*Hier treten wir nicht so stark unter dem Namen Antikommunistische Weltliga auf (...) es gibt bei uns ja genügend andere antikommunistische Organisationen. Unsere Aufgabe ist, deren Arbeit zu koordinieren mit der Spitze der Antikommunistischen Weltliga. (...) Wir sind eigentlich ein Verbindungsbüro*«[21]. Angesichts dessen verwundert es nicht, Huyn in einer weiteren dubiosen Organisation wiederzufinden, in WESTERN GOALS.

Western Goals...

Der US-Amerikaner LAWRENCE P. MCDONALD, erzkonservatives Kongreßmitglied und Kämpfer für die rechtsextreme JOHN BIRCH SOCIETY gründete 1979 bei Washington die Stiftung Western Goals. Ziel der Stiftung war, die traditionellen Werte des Westens »*für jeden Totalitarismus unangreifbar*« zu machen. Anläßlich der Gründung der WESTERN GOALS EUROPE mit vorläufigem Sitz in München traf man sich am 17. Mai 1981 in Bonn. Interessanterweise vertrat ein gewisser Anwalt OSSMANN den Verein. Neben Huyn waren HANS KLEIN (später stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender im VDA), Konteradmiral A.D. POSER (stellvertretender Vorsitzender des 1993 gegründeten AUFBRUCH 94 - DEUTSCHER FREIER WÄHLERBUND[22]), Generalmajor a.D. LÖSER und CARL-GUSTAV STRÖHM (»Die Welt«) anwesend. Aus diesem Kreis heraus entstand dann 1982 bei einem Treffen in Bad Godesberg am 17. Mai die Idee zur Gründung des AMERICAN EUROPEAN RESEARCH AND STRATEGIC INSTITUTES in München zur Diffamierung der Friedensbewegung in den USA und der BRD. Anwesend waren auch mehrere Journalisten der Springer-Presse und ehemalige Offiziere der Bundeswehr, der frühere General GEORGE PATTON und der US-Industrielle ROBERT STOODARD.[23] Kurz darauf (Ende Mai des Jahres) legte Huyn eine Dokumentation vor mit dem Titel »*Für Frieden in Freiheit*«, in der er zu beweisen versucht, welche Mittel und Methoden Moskau benutzte, um die Friedenskampagne im Westen zu steuern.[24]

Schnee von Gestern?

Die oben genannten Organisationen sind keine Überbleibsel des Kalten Krieges, sondern verfügen nach wie vor über intakte Strukturen, bis weit hinein in die rechte und reaktionärste Organisationen. So fand unter dem Motto »*Die Zukunft der deutsch-amerikanischen Beziehungen*« vom 8.-10. Juni 1987 ein als Seminar getarntes, geheimes Treffen im US-Offiziersclub HARNACK HOUSE in Berlin-Dahlem statt. Teilnehmer neben KAI UWE VON HASSEL und WERNER KALTEFLEITER: Hans Graf Huyn. Anwesend waren auch Mitglieder der von Geldern des US-Großkapitals unterstützen HOOVER INSTITUTION, einem »think tank« in den USA. Als Seminarleiter fungierte der Ex-Sicherheitsberater von RONALD REAGAN, JOSEPH CHURBA, Präsident des INTERNATIONAL SECURITY COUNCIL (ISC). Dies ist ein Gremium der CAUSA/VEREINIGUNGSKIRCHE von SAN MYUNG MUN, einem Streiter der WACL.[25]

Teil der Strategie des geschilderten Netzwerkes ist, diskreditierte Gruppen und Organisationen aufzugeben bzw. einschlafen zu lassen, um dann in neu gebildeten, eventuell mit neuen personellen Kontakten und überarbeiteten Strategien, die Arbeit fortzuführen. Immer wieder auch entstehen aus den Personenkreisen der bereits bestehenden Organisationen oder Vereine neue, scheinbar unabhängige Projekte.

»Keine politische Macht ohne kulturelle Hegemonie...«

...ist den Vereinszielen des 1991/1992 in Bielefeld gegründeten Vereins KONSERVATIVE KULTUR UND BILDUNG E.V. - KONSERVATIVES BÜRO zu entnehmen. Zusammen mit Jesuiten-Pater LOTHAR GROPPE, GERHARD LÖWENTHAL und Prof. Dr. KARL STEINBUCH bestimmt Huyn den Kurs. Sie alle kommen aus dem Autorenkreis der Zeitschrift CRITICÓN von CASPAR VON SCHRENCK-NOTZING. Weiter wirkt hier auch die ständige DM-Mitarbeiterin, Mitherausgeberin des RHEINSCHEN MERKUR und JF-Autorin CHRISTA MEVES mit.[26] Die genannten Personen, inclusive Schrenck-Notzing bilden das Kuratorium des Vereins. Ganz im Sinne von Schrenck-Notzing und den Kräften um Criticón bzw. um sein INSTITUT FÜR KONSERVATIVE BILDUNG UND FORSCHUNG in München soll die »*Gesellschaftsfähigkeit des geistig-kulturellen Konservatismus*« wiederhergestellt, die Kräfte rechts der Unionsparteien gestärkt und zusammengeführt werden.

Ganz egal, ob die entsprechenden Personen oder Institutionen nun einer »(neo)konservativen« Strömung oder der »Neuen Rechten« zugeordnet werden. In den Zusammenschlüssen wirken sie alle zusammen. Ein wichtiges Beispiel dafür sind Hans Graf Huyn und die Deutschland-Stiftung. ■

1) Spiegel, 12.09.1994
2) vgl. Broschüre des AK Antifaschismus der SPD Unterbezirk Nürnberg, Dokumentation Nr. 10, Nürnberg 1980, S. 12
3) vgl. Junge, Barbara; Naumann, Julia, Stark, Holger: Rechtsschreiber. Berlin 1997, S. 178
4) DM, 12/96, S. 3
5) vgl. Bamberg, Hans-Dieter: Die Deutschland-Stiftung e.V. Meisenheim am Glan 1978, S. 359
6) vgl. Bamberg, a.a.O., S. 362
7) PDI, H 20, 83ff.; stern, 38/1974
8) vgl. Bamberg a.a.O., S. 358, zitiert nach Die Zeit, 3.7.1964
9) vgl. Bamberg, a.a.O, S. 363, 367
10) Antifa-Kommission KB: Braunzone zwischen CDU/CSU und Neonazis. Hamburg 1981, S. 19
11) blick nach rechts, 26/1986, S. 6
12) Bamberg, a.a.O., S. 151
13) Schmidtendorf, a.a.O., S. 52
14) Antifa-Kommission KB, a.a.O., S. 12, 46
15) Spiegel, 37/1982, S. 29
16) Antifa-Kommission KB, a.a.O., S. 104
17) Spiegel, 37/1982, S. 28ff.
18) Spiegel, 37/1982, S. 28ff.
19) Roth, Jürgen/Ender, Berndt: Geschäfte und Verbrechen der Politmafia. Berlin 1988, S. 88
20) vgl. Roth/Ender, a.a.O., S. 88ff.
21) Elan, November 1985. Zit. nach: Roth/Ender, a.a.O., S. 84f
22) Bauerschmidt/Brandt/Jentsch/Ohrowski: a.a.O., S. 221
23) vgl. Roth/Ender, a.a.O., S. 49
24) vgl. Roth/Ender, a.a.O., S. 61
25) Gottwald, a.a.O., S. 255
26) vgl. Junge Freiheit, 4/1994, S. 2

»...Zahlreiche Geschichtsrevisionen werden notwendig sein...«

Ein schwarz-braunes Buch will die Geschichte zurechtbiegen.



»Die deutsche Demokratie (...) darf sich nicht länger permanent amerikanischem und jüdisch-israelischem Druck beugen: Wir haben geistig und materiell genug bezahlt, einmal muß ein Ende sein!«

»Zahlreiche Geschichtsrevisionen werden notwendig sein, um die historische Wahrheit, Klarheit und Gerechtigkeit für unser Volk durchzusetzen...«

»Die Zeit des Deutschen Patriotismus ist bereits angebrochen. Nur die geistige Verkommenheit vermag und vermochte zu allen Zeiten internationalistisch links zu stehen, der Geist und die Zukunft stehen eindeutig rechts! Wir sind dabei, die Lufthoheit zurückzugewinnen. Mögen sie nur kommen!«

Mit diesen und anderen pathetischen Sätzen leitet Rolf-Josef Eibicht das von ihm frisch im Hutten-Verlag herausgebrachte Buch »Unterdrückung und Verfolgung Deutscher Patrioten – Gesinnungsdiktatur in Deutschland?« ein. Sie machen deutlich, daß es in diesem Sammelband nicht nur um irgendwelche Ungerechtigkeiten geht, die irgendwelchen *»Deutschen Patrioten«* widerfahren sind, sondern vielmehr um den Versuch, den Geschichtsrevisionismus gesellschaftsfähig zu machen. Durch die Verleugnung der deutschen Kriegsschuld und die Verharmlosung des Holocaust scheinen einige der Autoren die Deutschen als die wahren Opfer der Geschichte darstellen zu wollen. So soll z.B. ausgerechnet ein Zitat des Holocaust-Leugners Robert Faurisson die *»Unterdrückung und Verfolgung Deutscher Patrioten«* belegen. Aber auch Ausdrücke wie *»Holocaust-Komplex«* und *»kriminalisierte Geschichte«* und Sätze wie *»Man entrollt die Schuldfahne (die man gegen die Hakenkreuzfahne eingetauscht hat), würzt sein abgestandenes moralisches Bier mit Auschwitzpfeffer und gießt dieses dann über alles aus, was sich nicht in gleicher Weise prostituiert«* lassen den Charakter des Buches durchscheinen. Das von den Revisionisten angestrebte Geschichtsbild wird im Vorwort des Herausgebers schnell deutlich: Der zweite Weltkrieg wäre ohne Hitler noch viel früher gekommen, der *»Feldzug gegen Rußland«* war eindeutig ein *»Präventivschlag«*, die deutsche Wehrmacht war *»großartig«*, die Befreiung vom Faschismus war *»der Sieg über die eigene Nation«*, die Geschichte wurde *»zum Verbrecheralbum«* gemacht und ein *»Viertel des Deutschen Reiches«* wurde *»uns gestohlen«*. Und nun wird in der Bundesrepublik der Revisionismus *»gegen die Menschenrechte«* und *»grundgesetzwidrig«* *»geistig geknebelt«*. Aber dafür gibt es ja jetzt das neue *»Standartwerk über die Patriotenverfolgung in der Bundesrepublik«*, das eine *»Kampfansage gegen die wachsende deutschfeindliche Gesinnungsverfolgung«* sein will. Im Großen und Ganzen eigentlich alles nicht besonders neu und alles nicht besonders originell. Aber trotzdem wird man dieses Buch als einen gefährlichen Erfolg für sämtliche konservativen und neofaschistischen Geschichtsrevisionisten ansehen müssen! Die Gefahr liegt hierbei weniger bei dem gähnend langweiligen Inhalt des Buches, sondern vielmehr bei der Zusammensetzung der Autoren. Diese reicht nämlich vom ehemaligen CDU-Innensenator von Berlin, Heinrich Lummer, bis hin zum Nazi-Terroristen Manfred Roeder. Wenn es den Faschisten nach dem 1.März in München (CSU und NPD gemeinsam für die Ehre *»unserer Wehrmachtssoldaten«*) und nach diesem Buch weiterhin gelingt, sich bei der bürgerlich-konserativen Rechten einzuklinken bzw. diese für eigene Projekte zu begeistern, sind sie einem ihrer Ziele gefährlich nah gekommen: Der Durchbrechung ihrer gesellschaftlichen Isolation und der Möglichkeit, geschichtliche Tatsachen öffentlich und weitestgehend ungestört zu verharmlosen, anzuzweifeln und zu leugnen. AntifaschistInnen sollten dieses schwarzbraune Geflirte sehr aufmerksam beobachten und nach Möglichkeiten suchen, erneute Schulterschlüsse zwischen bürgerlich-reaktionären und faschistischen Kreisen vorzeitig zu stoppen. ■

Einige Autoren

Rolf-Josef Eibicht: ehem. Angestellter beim Sudetendeutschen Rat e.V. der Sudetendeutschen Landsmannschaft in München, von 1988-1990 Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft deutscher Volksgruppen in Europa (AdV), Mitglied u.a. in der Deutschen Gesellschaft für Heereskunde e.V., der Sudetendeutschen Landsmannschaft, der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt, der Gesellschaft für freie Publizistik (GfP) und des Vereins für Demokratie und Meinungsfreiheit, 1996 Gründer des Eibicht Verlag, Verlag für Politik und Zeitgeschichte

Per-Lennart Aae: NPD-Beisitzer und Rechtsreferent

Alfred Ardelt: seit 1988 Wissenschaftlicher Oberrat in Hannover, ehem. Ratsherr der Landeshauptstadt Hannover, Mitglied u.a. im Witiko-Bund und in der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

Rolf Kosiek: Vorsitzender der GfP, ehem. NPD-Landtagsabgeordneter und Bundestagskanditat, Mitglied im Witiko-Bund.

Roland Bohlinger: Verleger von Eibicht, Eigentümer des Verlages für ganzheitliche Forschung und Kultur, Initiator der Berliner Erklärung zur Zukunft Deutschlands.

Jürgen Rieger: Nazi-Multifunktionär und -staranwalt

Richard W. Eichler: Mitglied im Witiko-Bund, in der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaften, in der Deutschen Kunststiftung der Wirtschaft, in der Deutschen Akademie für Bildung und Kultur und in der GfP.

Manfred Roeder: schrieb für »Die Auschwitzlüge«, verurteilter Nazi-Terrorist

Heinrich Lummer: 1965/69 Fraktionsgeschäftsführer der CDU, 1967 bis 1968 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, 1969 bis 1980 Fraktionsvorsitzender, 1980/81 Parlamentspräsident, 1981 bis 1986 Bürgermeister von Berlin und Senator für Inneres, seit 1987 Mitglied des Deutschen Bundestags.

Willi Heim: Ab März 1945 als Assistent beim RA Merkel (Gestapo-Verteidigung) in Nürnberg tätig. Anschließend selbständig verteidigt im Pohl-Prozeß (KZ-Prozeß), Rasse-Siedlungs- und Hauptamt-Prozeß und Einsatzgruppen-Prozeß.

Manfred Rouhs: War Funktionär bei der JN, bei den REPs und bei der Deutschen Liga. Herausgeber von Europa Vorn. Macht seit neustem zusammen mit Sascha Wagner das Nazi-Rock-Magazin »Neue Deutsche Welle«.

Andreas Röhler: Herausgeber der Zeitschrift Sleipnir.

Rudolf Pietsch Niedermühl: langjähriges Mitglied der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft

Hans-Dietrich Sander: Herausgeber der Zeitschrift Staatsbriefe.

Udo Voigt: NPD-Parteivorsitzender

Klaus Weinschenk: 1987 Landesvorsitzender der Berliner Republikaner

Allianz der Geschichts-leugner – die Fortsetzung

Wie fast vorauszusehen war, entwickelt sich die »*Allianz der Geschichtsleugner*« (vgl. AIB Nr. 38) gegen die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« zur Fortsetzungsserie. Doch während es in der Nachbereitung des von den Neonazis als »*Triumph des Willens*« (Einheit und Kampf, Mai 1997) gefeierten Münchner Großaufmarsches am 1. März noch ansatzweise möglich war, das Zusammenspiel der Rechten öffentlich zu thematisieren, so scheint sich dieses heute schon als ein Stück politische Normalität etabliert zu haben.

Götz Kubitschek, Sprecher der AG Paulskirche, bei der Ausstellungseröffnung am 13. April 1997. Er versuchte 1996 in Heidelberg unter Einbeziehung von allerlei völkischen Klischees eine »bündische Hochschulgilde« zu gründen.



Eine der Schlüsselfiguren der Unterwanderung der Frankfurter CDU: Thilo M. Stratemann (hier bei einem Treffen der studentischen Verbindungen)

Jens Falk vom »Christlich-Konservativen Deutschlandforum (CKDF)«.



Ähnlich wie Anfang der 90er Jahre als die gesamte Rechte in der Kampagne gegen das Asylrecht eine Interessensgemeinschaft bildete und damit einen nachhaltigen politischen Flurschaden anrichtete, erscheint mit der Ausstellung des Hamburger Institutes für Sozialforschung - wenigstens vorrübergehend — wieder ein Thema aktuell, mit dem sich die Rechte gemeinschaftlich identifizieren kann.

Es geht dabei um mehr als um die Verherrlichung der Wehrmacht und um die versuchte öffentliche Demontage des als linken Lobbyisten verhaßten Jan Philipp Reemtsma. Es geht um die Verteidigung der soldatischen Tugenden und der preußischen Pickelhauben-Mentalität, seit jeher ein zentraler Punkt des rechten Politikverständnisses. Es geht um die Revision des Geschichte des 2. Weltkrieges, denn schließlich ist das Thema Wehrmacht stets verbunden z.B. mit der These des angeblichen Präventivschlages der Hitler-Truppen, die mit ihrem Einmarsch in Polen angeblich nur einem sowjetischen Angriffskrieg zuvorgekommen sein sollen. Auch die Hetze gegen den NS-Widerstand gehört zu diesem Themenkomplex, denn schließlich seien die »*bedauerlichen Exzesse*« der Wehrmacht »*letztendlich unausbleiblich*« gewesen gegen die »*heimtückischen Überfälle von Partisanen*«. So jedenfalls beschreibt es LOTHAR GROPPE, einer der Stargäste der Gegenveranstaltung zur Wehrmachtsausstellung in Frankfurt am Main am 13. April, wo sich – wie schon in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift »Der Rechte Rand« ausführlich beschrieben – die rechte Allianz aufs Neue formierte.

Getreu Gauweiler'schen Vorbild ließ es sich die Frankfurter CDU-Bundestagsabgeordnete ERIKA STEINBACH, durch ihre Ausflüge ins rechtsextreme Lager hinlänglich bekannt, nicht nehmen, den Startschuß auszulösen. Provokativ forderte sie Reemtsma auf »*in Einsicht seiner Fehlleistung dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zehn Millionen Mark zur Pflege der Kriegsgräber unserer gefallenen Soldaten*« zu spenden und kündigte großspurig eine Gegenverstaltung an. Mit dem Hinweis auf ihre Funktion als von der Bundesregierung beauftragte Berichterstatterin zur Wehrmachtsausstellung konnte sie sich in der öffentlichen Diskussion auch stets in den Vordergrund spielen. Erhielt Steinbach anfangs noch Rückendeckung durch die Oberbürgermeisterin PETRA ROTH, die einen Besuch der Ausstellung mit dem Hinweis auf deren angebliche Einseitigleit ablehnte, so änderte die CDU ihre Strategie. Um der Ausstellung keine weitere Publicity zu verschaffen, entschloß sie sich, diese durch Nichtbeachtung zu strafen und Steinbach wurde zurückgepfiffen.

Doch da war die Hetzkampagne schon losgetreten und der Boden bereitet für Rechte und Neonazis aller Coleur. Eine eigens »von 20 Studenten« gegründete ARBEITSGEMEINSCHAFT PAULSKIRCHE übernahm die Wortführerschaft und schaltete eine von 70 Personen unterzeichnete »Erklärung«, die der Ausstellung vorwirft, »*gegen elementare Kriterien wissenschaftlicher Arbeitsweise*« zu verstoßen und die u.a. Einzug in die Frankfurter Allgemeine Zeitung und in Organe der Vertriebenen fand. Getragen wurde die »Erklärung« vom JUNGE-FREIHEIT nahen Politzirkel STAATSPOLITISCHER CLUB RHEIN-MAIN, von der Deutschlandbewegung des zum Neonazi mutierten »Friedensforschers« ALFRED MECHTERSHEIMER, von der JUNGEN LANDSMANNSCHAFT OSTPREUßEN (JLO), vom BÜNDNIS KONSTRUKTIVER KRÄFTE DEUTSCHLANDS (BKKD) um den ehemaligen Landesvorsitzenden der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN, LOTHAR LAUCK und von Personen der SCHÜLERUNION in Frankfurt und im Hochtaunus. Als verantwortlich zeichneten sich CHRISTIAN SCHAAR, Aktivist der DEUTSCHLANDBEWEGUNG und Chargen-Sprecher der Heidelberger Burschenschaft NORMANNIA und GÖTZ KUBITSCHEK, ehemaliger Redakteur und Militärexperte der Jungen Freiheit.

Einige der Unterstützer und Aktivisten der AG Paulskirche legen jedoch offen, wie kurz mittlerweile der Weg von braun zu schwarz (und umgekehrt) ist, bzw. daß sich beides irgendwie doch miteinander verbinden läßt – zumindest in Frankfurt und im Taunus, wo es in den letzten Jahren einem Kreis von jungdynamischen

Rechten um den STAATSPOLITISCHEN CLUB gelungen ist, sich über die Hintertürchen RCDS, JUNGE UNION und Schülerunion in der CDU festzusetzen.

Beispielhaft hierfür stehen hierfür z.B. ULRICH BRIER von der DEUTSCHLAND-BEWEGUNG, der als Kontaktperson für eine geplante (und später abgesagte) Gegendemonstration der Frankfurter Schülerunion fungierte sowie THILO M. STRATEMANN, einer der Sprecher des Staatspolitischen Clubs, der die »Erklärung« ebenfalls unterzeichnete. Stratemann ist ehemaliger Redakteur der Jungen Freiheit und – so beschreibt es auch der Rechte Rand – Frontmann der Jungen Union, des RCDS und des VEREINS DEUTSCHER STUDENTEN (VDSt) in Frankfurt. Für die Infiltration der Frankfurter CDU durch die extreme Rechte ist er eine Schlüsselfigur. Seine Aufnahme in die Union hat er – so besagen es interne Informationen aus dem Kreis des VDSt – der persönlichen Fürsprache von Erika Steinbach zu verdanken. Bei den Ortsbeiratswahlen im März 1993 kandidierte er für die CDU im Ortsbezirk 11, der dem Sprecher des CHRISTLICH-KONSERVATIVEN DEUTSCHLANDFORUMS der CDU (CKDF), WOLFGANG BODENSTEDT, untersteht.

Als Unterstützer des Aufrufes konnte die »AG Paulskirche« neben abgehalfterten Militärs auch Persönlichkeiten aus Kreisen der Vertriebenen gewinnen wie z.B. den Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, WILHELM VON GOTTBERG, und den JLO-Bundesvorsitzenden BERNHARD KNAPPSTEIN. Unter dem Namen der JLO unterzeichnete z.B. auch MARTIN STOFFERS aus Hamburg, ein Funktionär der neonazistischen Pennälerburschenschaft CHATTIA FRIEDBERG ZU HAMBURG, der noch 1994 im Zuge der Ermittlungen gegen die Macher der Anti-Antifa-Terrorliste DER EINBLICK polizeilich vorgeladen wurde.

Bei der Ausstellungseröffnung am 13. April versammelten sich dann ca. 80 Personen zum gemeinschaftlichen Protest: VertreterInnen der Schülerunion, des Staatspolitischen Clubs und der Republikaner, der Neonazi MANFRED ROEDER samt völkisch-adretten Anhang, ROLF GIESEMANN von den Jungen Nationaldemokraten, der mit ein paar Kameraden Flugblätter einer eilig geschaffenen BÜRGERINITIATIVE SCHUTZBUND DEUTSCHER SOLDATEN verteilte.

Auf einer vom Staatspolitischen Club organisierten Gegenveranstaltung im staatlich geförderten Vertriebenendomizil HAUS DER HEIMAT fanden sich dann an die 200 Personen ein, unter ihnen auch PETER GAUWEILER. Lediglich eine Handvoll Neonazis – so schreibt »Der Rechte Rand« – wurde kurz vor Beginn gebeten, im Interesse der öffentlichen Wirkung der Veranstaltung, doch zu gehen. Sie sahen das anscheinend ein und wurden mit Handschlag verabschiedet.

Die Angst der Veranstalter vor negativen Schlagzeilen war jedoch unbegründet, die Aktivitäten der Anti-Ausstellungs-Front waren der Presse kaum mehr wert als ein paar ironische Randnotizen. Dies kann im positiven Sinne dahingehend interpretiert werden, daß der rechte Budenzauber an diesem Tag kein relevantes Thema für die Öffentlichkeit darstellte.

Im negativen Sinne kann es aber auch bedeuten, daß derartige schwarz-braune Allianzen ein Stück politische Normalität geworden sind. ■

Demonstration gegen studentische Verbindungen in Heidelberg am 30.April '97

Aus Protest gegen das alljährliche Maiansingen rechter Studentenverbindungen hatte die Autonome Antifa Heidelberg, wie im letzten AIB angekündigt, zu einer Demonstration unter dem Motto: »*Verbindungen Kappen - Burschenschaften abschaffen*« aufgerufen, an der sich 350 Menschen beteiligten.

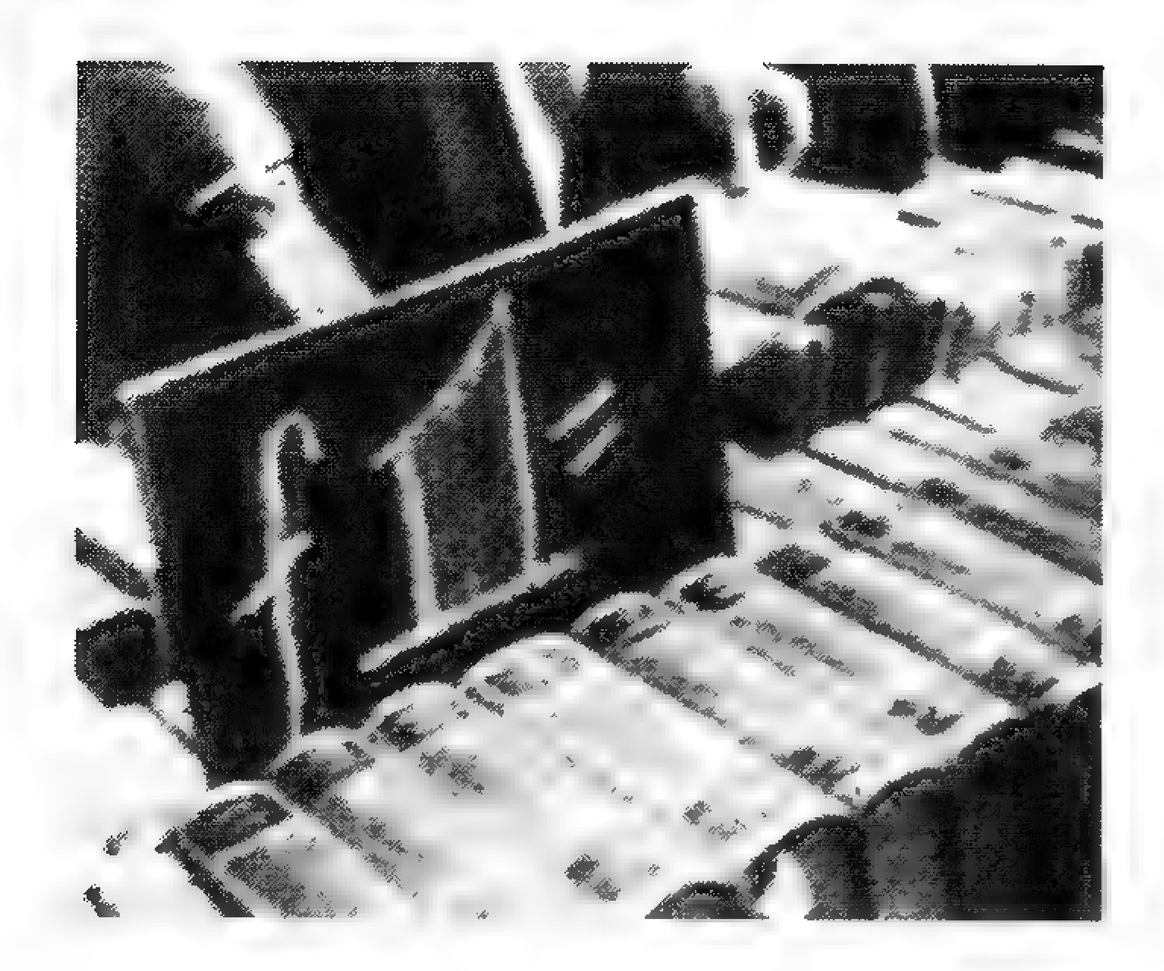
Eingeschüchtert durch die massive Präsenz von Antifas und die teilweise militanten Störaktionen in den letzten Jahren, ließen sich schon am frühen abend dieses traditionsreichen Datums kaum Korporierte auf den Heidelberger Altstadtstrassen blicken.

So blieb, erstmals seit 104 Jahren(!), Heidelberg schließlich auch der nächtliche Aufzug der Korporierten auf dem Marktplatz erspart – ca. 1000 Schaulustige und AntifaschistInnen hatten sich dort versammelt. In Absprache mit der Polizei wichen ca. 60-100 Burschen überwiegend aus dem Umfeld der BURSCHENSCHAFT NORMANIA auf die Schloßterrassen aus. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit wurde hinter den schützenden Polizeiketten das Deutschlandlied in allen drei Strophen gesungen, Parolen wie »*wir kriegen euch alle*« skandiert und Antifas fotografiert. Laut Augenzeugen befanden sich, wie schon im letzten Jahr, stadtbekannte Neonazis unter den »Sängern«.

Im weiteren Verlauf der Nacht mußten noch einige Naziskins die für sie sehr unangenehme Feststellung machen, daß die schützende Hand der Polizei nicht überall sein kann.

Die VeranstalterInnen werten die Aktionen insgesamt als Erfolg, wobei sie jedoch die geringe Beteiligung von Studierenden an den Protesten bedauern.

Hinweisen wollen wir auf die Broschüre »Stützen der Gesellschaft - Elite der Nation. Studentische Verbindungen in Heidelberg«, ein Gemeinschaftsprojekt der Autonomen Antifa und dem Antifa AK der Universität Heidelberg. In der 32 seitigen Broschüre setzen sich die Autorinnen und Autoren auf der Basis umfangreichen Recherchematerials mit den unterschiedlichen Facetten des Korporationswesens (vor allem in Heidelberg und Mannheim) auseinander. Die Broschüre kann bestellt werden bei: Infoladen Moskito, A.Bergheimerstr.7a, 69115 Heidelberg. Einzelpreis: 4.- DM + Porto (1,50 DM), Wiederverkauf (ab 5 Stück): 3,- DM + Porto in Briefmarken oder Verrechnungscheck. ■



Bücher, Broschüren, Zeitungen, Filme

Geden, Oliver: »Rechte Ökologie Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus«. Hg.: Jens Mecklenburg. Elefanten Press, Berlin 1996, 254 S., 29,90 DM.

Schon der Titel macht den entscheidenden Punkt dieses Themas deutlich. Umweltschutz und Ökologie werden bisher immer als fortschrittlich und klassisch linke Themen gehandelt. Dabei wird aber übersehen, daß die Vorläufer der heutigen politischen Ökologie über eine sehr lange Geschichte verfügen, die durchaus eher auf der rechten Seite einzuordnen ist. Doch auch heute tummeln sich viele rechte Zeitgenossen im unübersichtlichen Feld der Ökologiebewegung und genau jenen Dunstkreis von LebensschützerInnen bis hin zur »Neuen Rechten«, thematisiert Geden. Detailliert beschreibt er die wissenschaftlichen Grundlagen der Ökologie und die Entwicklung der Ökologiebewegung. Besondere Aufmerksamkeit schenkt er den ideologischen Grundzügen rechter Ökologie, wobei er sich auf die Analyse und Kritik immer wiederkehrender Ideologiebausteine konzentriert.

Im letzten Kapitel geht Geden auf die praktische Umsetzung der rechten Ökologiekonzeptionen ein und untersucht exemplarisch sechs Organisationen bzw. Diskussionszusammenhänge. Geden will mit seinem Buch große Teile der Umweltbewegung aufrütteln, die beim Thema rechte Ökologie noch immer mit Verharmlosung oder Leugnung des Problems reagieren. Deshalb beleuchtet er die Anknüpfungspunkte für rechtes Gedankenrut, um den Diskurs in Gang zu bringen. Dieser ist auch dringend nötig, denn heute ist die Verbindung der ökologischen Frage mit Forderungen nach einem Einwanderungsstop, nach weltweiten Militäreinsätzen oder einem Staat bis hin zur Diktatur nicht mehr nur am rechten Rand zu finden, sondern rückt, unterstützt durch entsprechende umweltpolitische Strategien der bürgerlichen Parteien, mehr und mehr in die Mitte von Umweltbewegung und etablierter Umweltpolitik.

Pesara, Dirk; Kanzleitner, Boris: »Die Rebellion der Habenichtse. Der Kampf für Land und Freiheit gegen deutsche Keffeebarone in Chiapas«. Edition ID-Archiv, Berlin 1997, 144 S, 16 DM.

Unverkennbar ist der Einfluß deutscher Kaffeebarone in Chiapas. Ihre Plantagen tragen solch eindeutige Namen wie »Germania«, »Hamburgo« oder »Preußen«. Sie sind das Produkt Deutscher Kolonialpolitik und die Kolonialpolitik der deutschen ist ebenso blutig wie die anderer Länder.

Der Reichtum der deutschen Kaffeebarone in Chiapas gründet sich auf die Unterdrückung der Landbevölkerung. Doch als am 1. Januar 1994 der zapatistische Aufstand gegen die herrschenden Zustände anfing und sich die Indios gegen die herrschenden Realitäten auflehnten, da wurde ganz Mexico erschüttert. Bis dahin schufteten sie auf den Kaffeeplantagen der deutschen Familien von Knoop, Schimpf-Hudler und anderen unter unmenschlichen Bedingungen für Hungerlöhne. Für die herrschende Klasse steht Mexico an der Schwelle zur sogenannten ersten Welt. Dabei werden die Realitäten geleugnet.

»Die Rebellion der Habenichtse« beschreibt die Situation der Landbevölkerung zwischen Elend, Unterdrückung und Aufruhr. Das Buch verdeutlicht warum die Indios auf ihrem Weg zu »Land und Freiheit« nicht mehr umkehren können. Die unvorstellbaren Folgen die das neoliberale System verursacht hat, sind ihre Motivation, sich trotz Repression, Folter und Tod weiter zu wehren. Ihr Leitspruch »YA BASTA - ES REICHT« hat offene Ohren in aller Welt gefunden.

Die Autoren haben die Tagelöhner und Landarbeiter in Chiapas besucht und berichten über die Landbesetzungen, die staatlichen Willkührmaßnahmen und die Geschichte der deutschen Kolonisten. Das Buch gibt Zeugnis von den Auswirkungen deutscher Kolonialpolitik und vermittelt mit Sympathie für die Geknechteten, das Bild eines Kampfes für Freiheit und Gerechtigkeit, von Arm gegen Reich.



Schuldspruch im Oklahoma City Prozeß



TIMOTHY MCVEIGH, Hauptangeklagter im Prozeß wegen des Bombenanschlags auf ein Bundesgebäude in Oklahoma City am 19. April 1995, wurde am 2. Juni nach zweimonatigem Prozeß im Sinne der Anklage schuldig gesprochen. Die zwölf Geschworenen befanden ihn des Mordes an acht Bundesbediensteten und der Verschwörung zum Gebrauch von Massenvernichtungswaffen für schuldig. Eine Entscheidung der Geschworenen über das Strafmaß für McVeigh – die Staatsanwaltschaft hat die Todesstrafe beantragt – wurde nach Redaktionsschluß des Infoblatts getroffen. Für den Fall eines Todesurteils droht McVeigh die Hinrichtung durch eine tödliche Giftspritze. Die Staatsanwaltschaft in Oklahoma City plant noch einen zweiten Prozeß gegen Timothy McVeigh wegen der 160 weiteren Todesopfer des Bombenanschlags. Auch TERRY NICHOLS, wie McVeigh Mitglied der rechten Bürgermilizbewegung und dessen langjähriger Gesinnungsgenosse, muß nun damit rechnen, daß sein abgetrenntes Verfahren jetzt vor Gericht kommt. Sowohl McVeigh als auch Terry Nichols bestreiten eine Tatbeteiligung. Sie hatten sich kurz nach ihrer Festnahme völlig zerstritten und daher getrennte Verfahren beantragt.

Das Bundesgebäude in Oklahoma City nach dem Bombenanschlag vom 19.April 1995

Mit dem Schuldspruch wurden die Spekulationen über die Täter und die Hintermänner des schwersten Bombenanschlags in der Geschichte der USA allerdings nur kurzfristig unterbrochen.

Zwei Jahre lang haben rechte Journalisten, pensionierte Offiziere der US-Army und Bürgermilizkommandeure bei Waffenverkaufsshows, »Verfassungskonferenzen«, »Survivalausstellungen« und Veranstaltungen der CHRISTIAN IDENTITY BEWEGUNG behauptet, daß Agenten der US-Bundesregierung in Washington DC für das Bombenattentat von Oklahoma City verantwortlich seien. Am 24. März, direkt vor Prozeßbeginn gegen Timothy McVeigh, reichte dessen Hauptanwalt STEPHEN JONES einen 150seitigen Antrag ein. Darin wird behauptet, daß der Bombenanschlag entweder das Werk von irakischen Terroristen oder deutschen Neonazis gewesen sei. Jones verweist dabei auf den deutschen Staatsbürger ANDREAS STRASSMEIER als das Bindeglied in einer Verschwörung, an der möglicherweise Us-amerikanische und deutsche Geheimdienste beteiligt seien.

Wo bleibt Andreas Strassmeier ?

Andreas Strassmeier, Sohn des ehemaligen parlamentarischen Staatssekretärs im Bundeskanzleramt und Generalsektretärs der Berliner CDU, GÜNTER STRASSMEIER, hat fast vier Jahre lang in Elohim City gelebt, einem Camp von einer Gruppierung innerhalb der neofaschistischen Christian Identity Bewegung in der Nähe von Oklahoma City. Wenige Monate nach dem Bombenanschlag kehrte er über Mexiko nach Berlin zurück. Mittlerweile wurde bekannt, daß die US-Behörden schon im Mai letzten Jahres ein Amtshilfeersuchen an das Bundesjustizministerium wegen Strassmeier gestellt hatten. Sie wollten Strassmeier als Zeugen vernehmen. Die deutschen Behörden verweigerten allerdings ihre Unterstützung mit der Begründung, daß in Verfahren, in denen eine Aussage zur Todesstrafe führen könnte, die bundesdeutsche Justiz grundsätzlich keine Amtshilfe erteilen würde. Aufgrund von Presseberichten kündigte die zuständige Berliner Staatsanwaltschaft kurz vor Prozeßbeginn Ende März an, daß sie jetzt bei einer Zeugenvernehmung von Strassmeier Amtshilfe leisten werde. Das Verhalten der deutschen Justiz wirft vor allem die Frage nach den Gründen für die Blockadehaltung der deutschen Behörden auf – eine Ablehnung der Todesstrafe kann in diesem Fall nur als billiger Vorwand gewertet werden. Es ist unklar, ob eine derartige Vernehmung nach dem Schuldspruch gegen McVeigh noch durchgeführt werden wird.

Die Verteidigungsstrategie von McVeighs Verteidiger Stephen Jones spiegelt jedenfalls den Versuch der CHRISTIAN PATRIOT-Bewegung wieder, sich von dem Bombenanschlag zu distanzieren, indem auf Strassmeier verwiesen wird. Bis zum Ende des Prozesses wurde Strassmeier im Gerichtssaal allerdings nicht ein einziges Mal erwähnt.

Der Prozeßverlauf

Der Staatsanwaltschaft gelang es, die von McVeighs Verteidiger Stephen Jones angekündigte Verteidigungsstrategie – viel Presseaufmerksamkeit zu erzielen und mit Hilfe der Medien Stimmung gegen die Anklage zu machen – von Vornherein zu verhindern. Ein Grund dafür war sicherlich auch die Entscheidung des vorsitzenden Richters, keine Kameras im Prozeß zuzulassen – und so ein Medienspektakel a la O.J. Simpson von Vornherein zu verhindern.

Zeugen behaupteten, daß der Grund für McVeighs Haß auf die US-Bundesbehörden der Tod von 79 Mitgliedern der BRANCH DAVIDIAN SEKTE im texanischen Waco 1993 gewesen sei. Sie starben, als Bundespolizisten am Ende einer 52-tägigen Belagerung bei der Erstürmung des Branch Davidian Anwesens ein Großfeuer verursachten. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, daß das Motiv für den Bombenanschlag von Oklahoma City Rache gewesen ist, die sich gegen FBI-Agenten richtete, die für das Debakel bei der Erstürmung des Branch Davidian Anwesens verantwortlich waren. Die Staatsanwaltschaft legte Beweise vor, wonach McVeigh die Materialien für die Bombe von Oklahoma City bei Düngemittelvertriebsstellen, Rennbahnen und Waffenhändlern zusammensuchte. Auf einer Quittung für den Kauf von 3.000 Kilogramm Ammoniumnitrat hat das FBI Fingerabdrücke von McVeigh gefunden. Und 27 ZeugInnen sagten über den Inhalt von Dutzenden von Telefonaten aus, die McVeigh mit einer Telefonkarte der rechtsextremen Liberty Lobby-Zeitung SPOTLIGHT [1] gemacht hat. Auch der Eigentümer einer Auto- und Lastwagenvermietung in Junction City (Bundesstaat Kansas), ELDON ELLIOTT, sagte als Zeuge der Staatsanwaltschaft aus. Elliott identifizierte McVeigh als den Mann, der den Ryder-Kleinlastwagen gemietet hatte, der bei dem Bombenanschlag verwendet wurde. Aber McVeighs Verteidigerteam präsentierte eine Angestellte der Autovermietung als Zeugin, VICKI BEEMER. Sie erinnerte sich daran, daß zwei Männer den Kleinlastwagen gemietet hatten. Sie sagte aus, daß einer der Männer wie McVeigh aussah. Der zweite Mann hätte Ähnlichkeiten mit dem unbekannten Mann mit der olivbraunen Haut gehabt, nach dem das FBI unmittelbar nach dem Bombenanschlag unter dem fiktiven Namen »John Doe« [2] gefahndet hatte.Verteidiger Stephen Jones fügte der vor allem auf Indizien beruhenden Anklage noch weitere Löcher zu. So wurden beispielsweise McVeighs Fingerabdrücke nicht auf dem Mietvertrag für den Ryder-Lastwagen gefunden. Das Verteidigerteam stellte außerdem die Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit des FBI-Zentrallabors in Frage, das die meisten Beweismaterialien im Laufe der Ermittlungen untersucht hatte. Die Resultate des Labors hatten eine große Bedeutung für die Staatsanwaltschaft.

Erst durch diese Untersuchungsergebnisse wurde McVeigh direkt mit der Bombe in Verbindung gebracht. Das FBI-Labor hatte u.a. Chemikalienspuren von Luntekabeln zum Bombenzünden in McVeighs Kleidung gefunden.

Auch die Bürgermilizen und die extreme Rechte haben in dem Prozeß ihr Fett abbekommen. Zunächst verlas JENNIFER MCVEIGH einen Brief ihres Bruders an die AMERICAN LEGION, in dem er sagt, daß er Mitglied der Bürgermilizen war:« *Wir, die Mitglieder der Bürgermilizen, tragen unsere Waffen nicht, um die US-Verfassung zu stürzen, sondern um diejenigen zu stürzen, die die Verfassung pervertieren.*« Darüber hinaus waren McVeigh, seine Schwester und das Fortier-Ehepaar regelmäßige Leser von SPOTLIGHT, der Zeitung der rechtsextremen LIBBERTY LOBBY, sowie vom PATRIOT REPORT und anderem Propagandamaterial aus der Christian Identity Bewegung. Bei der Beweisaufnahme im Prozeß wurde auch nachgewiesen, daß die von McVeigh und Terry Nichols benutzte Telefonkarte über Spotlight gekauft worden war. Für kurze Zeit war Timothy McVeigh auch Mitglied bei den von TOM ROBBS geführten KNIGHTS OF THE KU-KLUX-KLAN. McVeigh verkaufte auch Kopien des Terrorhandbuchs THE TURNER DIARIES von WILLIAM PIERCE. Endergebnis der Beweisaufnahme: Unumstrittene Beweise, daß McVeigh ein Bürgermilizmitglied und weißer Rassist war und ist.

Der Irak und der Bombenanschlag

Während McVeighs Verteidigerteam keine Beweise in den Prozeß eingeführt hatte, die Andreas Strassmeier oder irgendeinen anderen »internationalen Terroristen« in den Bombenanschlag miteinbeziehen, behauptet die antisemitische LIBERTY LOBBY weiterhin, daß der Bombenanschlag das Werk des israelischen Geheimdienstes MOSSAD sei. Für das Propagandablatt der Liberty Lobby, die Zeitung Spotlight, steht fest, daß es Hinweise für einen »Timothy McVeigh Doppelgänger« und einen irakischen Staatsbürger gäbe, der der unbekannte »John Doe« sei. Das behauptet Spotlight jedenfalls in seiner Ausgabe vom 24. Mai. Die Verschwörungstheorie von Spotligh liest sich wie folgt: Der irakische Staatsbürger sei angeblich einer von tausenden exilierten irkanischen Flüchtlingen, die in den USA leben. Glaubt man Spotligh, dann seien viele dieser Flüchtlinge Marionetten der israelischen Geheimdienste. Daher, so die Schlußfolgerung, sei »John Doe«, wenn er ein Iraker ist, ein Frontmann für den israelischen Geheimdienst Mossad. Andreas Strassmeier wird in diesem Erklärungsschema zu einem deutschen Geheimdienstmitarbeiter, der die extreme Rechte in den USA überwacht. Zwar hatte die Verteidigung von Timothy McVeigh Zeugen präsentiert, die auf die Tatbeteiligung eines Unbekannten, also »John Doe«, hinweisen. Aber der Verteidigung gelang es nicht, die Chancen zu nutzen, um Andreas Strassmeier oder das Camp in Elohim City, wo Strassmeier gelebt hat, in den Prozeß einzuführen. Verteidiger Jones hätte beispielsweise die Zeugen der Anklage in Bezug auf RICHARD SNELL[3] befragen können – das hat er aber nicht getan. Die Beweisaufnahme hatte gezeigt, daß McVeigh durch die Ereignisse von Waco und um RANDY WEAVER[4] motiviert wurde. Auch die Staatsanwaltschaft erwähnte Richard Snell kein einziges Mal. Snell wäre die Verbindungslinie zum Christian Identity-Camp in Elohim City. Am Tag des Bombenanschlags wurde Snell, der einige Zeit in Elohim City gelebt hatte, wegen einem rassistischen Mord im Bundesstaat Arkansas hingerichtet. Snell ist mittlerweile in Elohim City begraben worden. McVeighs Verteidiger Jones und die Verschwörungstheoretiker der Bürgermilizen machen dann den Sprung von Snell und Elohim City zu Andreas Strassmeier, den sie für einen Informanten der US-Bundesregierung halten. Strassmeier hatte in Elohim City als paramilitärischer Ausbilder Wehrsportübungen durchgeführt, Waffenkäufe und -verkäufe für die Bürgermilizen getätigt und kannte McVeigh.

Falls der Bombenanschlag mit der Hinrichtung von Snell in Zusammenhang stehen sollte (und nicht mit dem 2. Jahrestag der Erstürmung von Waco), dann hätte das die Verteidigung von McVeigh gestärkt. Aber Verteidiger Stephen Jones gelang es nicht, Richard Snells Hinrichtung während der Zeugenkreuzverhöre in den Prozeß einzuführen.

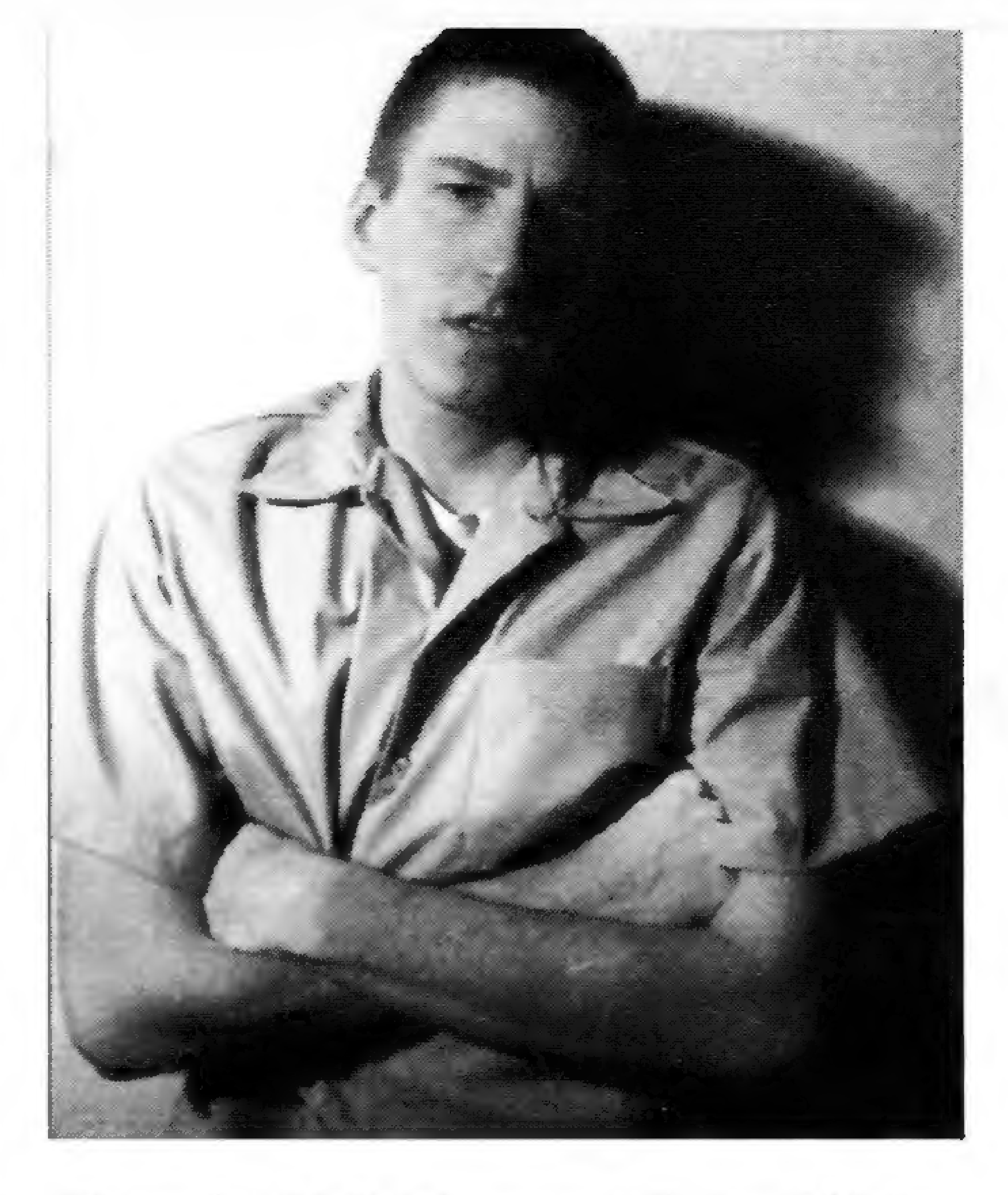
Weitere Spekulationen über Strassmeier und Elohim City

Teile der Bürgermilizbewegung verbreiten folgende Thesen: McVeigh und Terry Nichols seien Mitglieder der ARYAN REPUBLICAN ARMY (ARA) und der Bombenanschlag von Oklahoma City sei eine Aktion der ARA gewesen. Strassmeiers Mitbewohner in Elohim City, MICHAEL BRESCIA, wurde mittlerweile wegen Beteiligung an mehreren ARA-Aktionen - vor allem Banküberfälle – angeklagt. Dem FBI liegt eine Zeugenaussage von McVeighs Schwester vor, die aussagte, daß McVeigh ihr gegenüber mit Geld aus einem Banküberfall geprahlt habe. Strassmeier sei über Brescia in die internen Planungen der ARA eingeweiht gewesen. Die Verschwörungstheoretiker behaupten dann weiter, daß Strassmeier als Informant der Drogenfahndungsbehörde (ATF) gearbeitet hätte. Angeblich habe Strassmeier das ATF über den geplanten Bombenanschlag informiert. Ein Spezialkommando des FBI hätte die Attentäter auf frischer Tat ertappen wollen, sei am 19. April aber zu früh vor dem Bundesgebäude gewesen und schließlich unverrichteter Dinge wieder abgezogen. Daher hätten die Attentäter wenige Stunden später freie Bahn gehabt. Nachdem das FBI feststellen mußte, daß es einen schweren Fehler gemacht hatte, versucht es nun, die Verbindungen zu Strassmeier und die Identität von »John Doe [2]« zu verbergen. Soweit die Verschwörungstheorien, die vor allem aus rechten Kreisen gefüttert und an die Medien lanciert werden ... .

In einem Interview mit dem SPIEGEL vom 2. Juni gesteht Strassmeier seine guten Kontakte zu den Größen der us-amerikanischen Neonazi- und Bürgermilizszene, wie beispielsweise Nazianwalt KIRK LYONS und KKK-Führer DENNIS MAHON, freimütig ein. Die Tatsache, daß er den Waffenkauf und -verkauf für Elohim City organisiert hat, will er als *»Beratung in Sicherheitsfragen«* verstanden wissen. Die Anschuldigungen der ATF-Agentin CAROL HOWE, er habe gemeinsam mit Dennis Mahon Pläne für Bombenanschläge auf Behörden geschmiedet, streitet er nach wie vor ab.

Glaubt man Strassmeier, dann gab es bis auf ein zehnminütiges Telefonat mit dem FBI von Deutschland aus und eine angenehme Plauderei mit deutschen Kriminalbeamten über seine Zeit in Elohim City kein weiteres Interesse von Behördenseite an ihm.

Strassmeier verschweigt gegenüber dem Spiegel, daß der Kontakt mit dem LKA Berlin zustandekam, weil er nach den ersten Veröffentlichungen über ihn in deutschen Medien im Februar 1996 Strafanzeige gegen die Berliner Tageszeitungen »Tagesspiegel« und »Junge Welt« gestellt hatte.



Thimothy McVeigh, verurteilt im Oklahoma City Prozeß

Im Gegensatz zur vollmundigen Behauptung des Spiegel – *«Bisher haben Sie über Ihre Zeit in Elohim City geschwiegen«* – sagt Strassmeier in dem Interview nichts, was so nicht schon in »Searchlight«, im AIB oder in zwei Sendungen vom ZDF berichtet worden wäre. Einzige »Neuigkeit«: Strassmeier verschweigt laut Spiegel seinen derzeitigen Aufenthaltsort und hat sich in *»einen ärmlichen Winkel Europas«* zurückgezogen.

Prozeßdetails

Ein interessantes Prozeßdetail ist der Einblick in die weitverbreiteten Sicherheits- und Ermittlungssysteme im Us-amerikanischen Alltagsleben. Während sich die staatlichen Behörden hemmungslos dieser Daten bedienen, wird Big Brother mehr und mehr zu einem Element des Alltags. Eine Videoüberwachungskamera in dem McDonalds-Restaurant in Junction City zeigte McVeigh wenige Minuten, bevor er den Ryder-Lastwagen bei der Autovermietung ein paar Häuser weiter anmietete. Eine Videoüberwachungskamera an einem Apartmentwohnhaus auf der anderen Straßenseite gegenüber dem Bundesbehördengebäude in Oklahoma City filmte den Ryder-Lastwagen, als er wenige Minuten vor dem Bombenanschlag an dem Bundesbehördengebäude vorbeifuhr. Die gleiche Videokamera hielt das Bild von einem Pick-Up-Fahrzeug fest – ähnlich dem Fahrzeug von McVeighs Mitangeklagten Terry Nichols –, der einige Tage vor dem Bombenanschlag an dem Bundesbehördengebäude vorbeifuhr. Das Aufnahmegerät eines Gerichtsreporters aus Oklahoma City nahm die Detonationsgeräusche der Bombe und das Zusammenfallen des Gebäudes auf.

Selbst die Spotlight-Telefonkarte schützte seinen Benutzer nicht vor Enthüllungen. Die Computerauszüge der Telefongesellschaft – und nicht irgendwelche Abhörmaßnahmen des FBI-Identifizierten die Zeit, das Datum, die Länge und die Adressaten von hunderten von Telefonaten. Trotz des Schuldspruchs der Geschworenen bleiben Löcher in der Beweisführung im Prozeß. Die Ankläger haben keine Beweise dafür vorgebracht, wer das Düngemittel und den Diesel für die Bombe zusammengemixt hat. Die Staatsanwaltschaft hat auch nie behauptet, daß McVeighs Begleiter Terry Nichols oder Michael Fortier die Bombe zusammengebaut haben. Der Schluß liegt nahe, daß eine Person, die bis jetzt noch nicht festgenommen wurde, an der Anschlagsverschwörung beteiligt war. Auch die Tatsache, daß sich McVeighs Fingerabdrücke nicht auf dem Mietvertrag für den Ryder-Lastwagen fanden, spricht dafür, daß »John Doe« tatsächlich existieren könnte. Bis jetzt hat die Staatsanwaltschaft nicht abgestritten, daß auch andere Personen zusätzlich zu Timothy McVeigh und Terry Nichols an dem Anschlag beteiligt gewesen sein könnten. Staatsanwalt HARTZLER erklärte den Geschworenen jedoch bei Prozeßeröffnung, daß auch die mögliche Beteiligung »von unbekannten Anderen« die Schuld von Timothy McVeigh nicht verringere. Vielleicht. ■

Der Artikel stammt in weiten Teilen aus einem Vorabdruck aus der britischen Antifazeitung »Searchlight Magazine«.

Weitere Quellen:
Washington Post Magazine vom 23. März 1997, Parlamentarische Anfrage der PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke

1) Die Liberty Lobby ist eine wichtige Schaltstelle der radikalen Rechten mit Sitz in Washington DC. Die antisemitische Wochenzeitung »The Spotlight« erscheint angeblich mit einer Auflage von über 100.000 Exemplaren. »Spotlight« gilt als das wichtigste fraktionsübergreifende Organ der rechtsradikalen Szene in den USA. (s. »Nach Oklahoma - Faschismus in den USA«, Beilage zum AIB Nr. 33)
2) In den USA benutzt das FBI die Phantasienamen »John Doe« und »Jane Doe« ähnlich wie in der BRD »Hans und Erika Mustermann« bei der Fahndung.
3) Richard Snell wurde am 19. April 1995, dem Tag des Bombenanschlags von Oklahoma City, im Bundesstaat Arkansas wegen zweifachen Mordes hingerichtet. Er hatte Anfang der 80er Jahre einen afroamerikanischen Polizisten und einen (vermeintlich jüdischen) Pfadfinder erschossen. Er wurde im Knast von ROBERT MILLAR aus Elohim City betreut.
4) Randy Weaver gehört zur Bürgermilizbewegung. 1992 wurde sein Anwesen in Ruby Ridge (Idaho) mehrere Monate lang von FBI-Beamten belagert, die einen Haftbefehl wegen Ilegalen Waffenbesitzes vollstrecken wollten.

Zum Putsch in der »Jungen Welt«

»Junge Welt« goes »Jungle World«

Auch wenn das AIB normalerweise Vorgänge bei anderen Zeitungen nicht kommentiert – angesichts des großen Antifa-LeserInnenkreises der »alten« Jungen Welt, wollen auch wir noch eine kurze Stellungnahme zur 14tägigen Besetzung der jW-Redaktionsräume und dem Rausschmiß der Redaktionsmehrheit durch Geschäftsführer Dietmar Koschmieder abgeben.

Wir halten das Vorgehen des jW-Geschäftsführers – die Absetzung der Chferedaktion, den Abbruch der Schlichtungsverhandlungen durch ihn, die Kündigungen von 18 RedakteurInnen – für autoritär und jenseits aller Grenzen einer innerlinken Auseinandersetzung.

Andererseits möchten wir aber auch Teile der nun abgesetzte Redaktion der jW nicht aus der Kritik nehmen. Während sie sich heute auf linke Pluralität beruft, was löblich ist, war sie es, die die Frauenseite und Frauenredakteurin abschaffte. Das sexistische Verhalten einiger gegenüber Redakteurinnen führte in mehreren Fällen zum Ausscheiden der betroffenen Frauen aus der Redaktion.

Zum zweiten war auch der Wechsel der jW von einer Zeitung ostdeutscher Prägung zu einer Zeitung hauptsächlich westdeutscher linker Begrifflichkeit nicht gerade einfühlsam oder pluralistisch. Als die Zeitung von Herman Gremliza übernommen worden war, wurde die Möglichkeit verspielt, eine wirklich pluralistische linke Tageszeitung zu schaffen, indem Kreise der ostdeutschen linken Opposition mit westdeutscher Besserwisserei aus der Mitwirkung herausgehalten wurden. Berechtigterweise boykottierten Ost-Berliner linke Intellektuelle das Projekt seitdem.

Stattdessen schloß ein Teil der jetzt geschassten Redaktion mit den dogmatischen Kryptokommunisten um Koschmieder ein Bündnis, das heute keine Grundlage mehr hat und auseinandergebrochen ist.

Bei allem Ärger über die »alte« Junge Welt: Sie hat zum Beispiel bei Antifamobilisierungen und in der Berichterstattung über die Neonaziszene eine nicht unwesentliche Rolle gespielt. Darüber hinaus war die jW die einzige überregionale Tageszeitung, die Antifas und Linken aus dem Osten Gehör verschafft hat.

Mit dem Putsch des Geschäftsführers sehen wir keinerlei Ansätze mehr für eine pluralistische Berichterstattung in der Tageszeitung. Die Ausgaben der jW seit dem Putsch haben unsere schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Internationalismus wird auf orthodox-kommunistisch Rußlandberichterstattung reduziert; feministische Themen werden sowieso nicht erwähnt; Wiglaf Droste bekommt unbegrenzt Seiten zur Verfügung gestellt und kritische Leserbriefe werden einfach nicht mehr gedruckt.

Als AIB interessiert uns natürlich auch die weitere Entwicklung der »Antifaseite«. Wir wissen nicht, ob und wann der jW-Geschäftsführer diese Seite abschaffen wird. Inhaltliche Positionen von Artikeln wie »Antifa heißt Angriff?!« in der Ausgabe vom 5. Juni 1997 zeigen aber die Richtung auf. So heißt es in dem Artikel u.a.: *»Angriffe müssen von organisierten, disziplinierten Formationen, nicht von marodierenden Haufen durchgeführt werden«* und *»Angriff ist mehr als das unüberlegte Zuschlagen verzweifelter radikalisierter Kleinbürger«.*

Da bleiben wir doch lieber ein »marodierender Haufen«, als unter der »Führung« altstalinistischer Kader rote Fahnen schwingend für Ordnung und Disziplin zu sorgen. Die Frage, wieweit derartige organisatorische Ideen noch von den ideologischen und organisatorischen Modellen vom nationalrevolutionären Flügel der Neonazis entfernt sind, drängt sich auf.

Als ein weiteres Beispiel für die Linie der jW unter dem Geschäftsführer und dem Redakteur Holger Becker sei hier an den Kommentar von Holger Becker zur Antifa-Demonstration in Dolgenbrodt erinnert.

Becker schrieb über Antifas: *»Warum heißen die nicht Anti-Bac oder Anti-8x4? Weil sie nicht einsehen können, daß ihr Getöse, daß superpolitisch sein soll, das Unpolitischste seit der Erfindung der Häkelnadel ist. (...) Ein ganzes Dorf, und nicht etwa ein paar Kriminelle, die Angst um den Wert ihrer Grundstücke hatten, soll sich einig gewesen sein, das noch leere Heim für Asylbewerber anzuzünden ?«*

Wir wissen nicht, ob Holger Becker ein frühkindliches Häkeltrauma erlitten hat. Bei seinen »Kriminellen« handelt es sich jedenfalls um seit Jahren bekannte – bei Silvio Jankowski und Renato Paschke auch um verurteilte – organisierte Neonazis aus dem Umfeld der verbotenen Nationalistischen Front (NF) in Königs Wusterhausen. Und selbst die Staatsanwaltschaft in Frankfurt/Oder mußte mittlerweile einsehen, daß – zusätzlich zu einer Unterschriftenliste gegen das Flüchtlingsheim, die von allen 162 DorfbewohnerInnen unterschrieben wurde – mindestens fünf Dorfbewohner für die Brandstiftung größere Geldbeträge gespendet haben.

Unser Fazit aus dem Ende der Redaktionsbesetzung, dem Vorgehen des jW-Geschäftsführers und den inhaltlichen Positionen der jetzigen jW-Redaktion: Das AIB hält eine konstruktive Zusammenarbeit mit der »Jungen Welt« von Dietmar Koschmieder nicht für möglich. Uns bleibt nur die Hoffnung auf ein neues (tägliches?, wöchentliches?) Medium, in dem aktuelle Informationen und spannende Auseinandersetzungen von Antifas, Feministinnen, Schwulen, Lesben, kritischen GewerkschafterInnen, Linken, Ökos und und und einen Platz haben.

Der geschassten Redaktion, die vorerst unter dem Namen »Jungle World« weitermacht, wünschen wir bei aller Kritik und Fehlern in der Vergangenheit ein langes Leben und viel Power! ■

Abo & Nachbestellung

Abos
Ein Abo kostet 30.- DM für fünf Ausgaben, bei zwei Exemplaren pro Ausgabe 50.- DM. Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten fünf Ausgaben. Wenn Du diese bezahlst, läuft das Abo weiter, wenn nicht, gilt dies als Kündigung.
Abos müssen bezahlt sein, bevor wir sie rausschicken, egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung. Bei Überweisungen bitte immer ganz sorgfältig drauf schreiben, von wem und für was das Geld ist. Besonders freuen wir uns über Förderabos und sonstige Spenden, da wir an notorischer Geldknappheit leiden.

○ Ich abonniere das AIB ab Ausgabe Nr. [ ] (incl.).

○ Geschenkabo: Ich möchte an die untenstehende Person ein Abo verschenken.

○ Knastabo: Ich übernehme ein Knastabo für untenstehende Person oder ihr sucht jemanden aus.

Nachbestellung
Die bereits erschienen Ausgaben können nachbestellt werden. Ausverkaufte Ausgaben sind nur noch als Kopien für Archive und in Sonderfällen erhältlich. Die Preise entnehmt bitte der nebenstehenden Liste. Zu dem Preis für die Ausgaben kommt nochmal der entsprechende Portobetrag dazu (3,- DM bis fünf Stück, darüber 7,- DM) und es muß ebenfalls im Voraus bezahlt werden.

○ Ich bestelle folgende alte Ausgaben / AIB-Pakete: [ ]

Adresse:

Den Betrag von DM [ ] habe ich bar / als Scheck beigelegt / überwiesen (Beleg liegt bei).

Weiterverkauf

Bedingungen
Darüber freuen wir uns besonders. Ihr sagt uns, wieviele Ausgaben (mind. drei) Ihr haben wollt und ab welcher Ausgabe. Wir verschicken die Ausgaben mit beiliegender Rechnung. Vorkasse ist schön, aber nicht Bedingung. Die Preise stehen unten. Nicht verkaufte Exemplare könnt Ihr zurückschicken.

Preise
ab drei Stück pro Ausgabe: 5,00 DM
ab fünf Stück: 20% Rabatt
ab 50 Stück: 25% Rabatt
(alle Preise inclusive Porto & Verpackung)

Ich möchte das Antifa-Info weiterverkaufen. Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung, die ich auf Euer Konto überweise.

○ Bitte sendet mir [ ] Hefte ab der Nr. [ ] solange, bis ich Euch eine Änderung mitteile, an folgende Adresse:

Adresse:

Konto: J. Lehmann, Kto-Nr.: 411 960 - 105
BLZ: 100 100 10, Postbank Berlin

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist. Als Absender bitte Name und Adresse angeben, wenn bereits eine Lieferung erfolgt ist, unbedingt die Lieferadresse angeben.

Alte, noch lieferbare AIBs

AIB 11 (5/90): 3,00 DM
Nationalismus +++ »Neue Rechte« +++ »Lebensschützer« +++ Ausländer/innengesetz +++ Kohls Statthalter in der DDR

AIB 13 (Win/90): 3,00 DM
Rassismus: die Saat geht auf +++ Ex-DDR: Linke zieht Kopf ein +++ Interview: FAP von innen +++ die »Deutsche Alternative« +++ Italien

AIB 14 (Früh/91): 3,00 DM
Gladio +++ Antifa in Leipzig +++ die »Deutsche Allianz« +++ Interview mit franz. Antifas

AIB 17 (3/92): 4,00 DM
Kühnen-Beerdigung, Fiasko für seine Erben +++ »Revisionismus« als faschistische Strategie +++ Schweden & Frankreich

AIB 18 (5/92): 4,00 DM
»Neue Rechte« +++ Neues von der GdNF +++ Rassismus in Medien & auf der Straße +++ Dänemark

AIB 19 (7/92): 4,00 DM
Wunsiedel +++ HIAG - die SS heute +++ Banknotenfälschung im KZ +++ Kroatien, CSFR, Südafrika +++ Diskussion: Organisierung & Kaindl

AIB 23 (Som/93): 4,00 DM
Solingen: Einzeltäter? +++ Behinderte im NS +++ DESG und Denkfabrik +++ »Die Bürger« +++ die alte »Neue Front« +++ die hist. Antifaschist. Aktion

AIB 24 (10/93): 4,00 DM
NF- & NB-Nachfolgegruppen +++ Aufmarsch in Fulda +++ VDA +++ Junge Freiheit +++ Südafrika

AIB 25 (12/93): 4,00 DM
Verhaftungen wg. Kaindl +++ Nazi-Rock i.d. BRD +++ Staatlicher Rassismus +++ Eichberg, Burschenschaften +++ Organisierung d. Naziszene

AIB 26 (3/94): 5,00 DM
Innere Sicherheit, Briefbomben, Anti-Antifa +++ »Moderne Zeiten« +++ Roma in Europa

AIB 27 (6/94): 5,00 DM
illegale NSDAP +++ FAP-Aufmarsch verhindert +++ CDU und Innere Sicherheit +++ Italien: Faschisten a.d. Regierung

AIB 28 (11/94): 5,00 DM
der Apparat rückt nach rechts +++ NF-Nachfolge +++ Nationalbolschewismus +++ Prozeßbeginn in Berlin +++ Schweden: VAM

AIB 29 (3/95): 5,00 DM
Wohin treibt die FDP? +++ Frauen und Neofaschismus +++ Einblick-Prozeß +++ DKeG +++ die KZs Oranienburg & Treblinka

AIB 30 (6/95): 5,00 DM
Werwolf - Nazis go terror +++ Gedenkveranstaltungen zur Befreiung +++ der 8. Mai und die Rechte +++ Anschlag in Oklahoma

AIB 31 (9/95): 5,00 DM
aus dem Parteiarchiv der NF +++ Roskilde: Nazis packen ein +++ Verbrechen der Wehrmacht +++ der Begriff »Neue Rechte« +++ Frauen in der Anti-Antifa

AIB 32 (11/95): 5,00 DM
Ausbau der Inneren Sicherheit +++ Graue Wölfe +++ Veganer auf rechtem Weg? +++ Österreich: Prozeß, Bomben, Wahlen

AIB 33 (2/96): 5,00 DM
Runde Tische +++ das Netzwerk der Neonazis +++ Beilage: Faschismus i.d. USA +++ Nazis i.d. Hermann-Niermann-Stiftung +++ »Lebenslänglich« im ersten Söldnerprozeß

AIB 34 (5/96): 5,00 DM
Schwerpunkt: Deutschland auf dem Weg zur Weltmacht +++ Umstrukturierung d. Naziskinszene +++ »Befreite Zonen« +++ Oklahoma-Prozeß

AIB 35 (7/96): 5,00 DM
Nazis in der Offensive +++ Aufmarsch in Marzahn +++ neue Bedeutung der JN +++ Ostpreußenblatt +++ Band-Interview: rechte Grufties?

AIB 36 (9/96): 5,00 DM
Schwerpunkt: Regionalismus +++ Schwerpunkt: Lübeck - Grevesmühlen +++ Aufmärsche zum 17.8. +++ Interview mit der Antifa (M) +++ Geschichte: die Sudetendeutschen

AIB 37 (12/96): 5,00 DM
Schwerpunkt: Osteuropa +++ Nazis in Internet und Offenem Kanal +++ Heitmeyer-Kritik +++ Goldhagen +++ Österreich

AIB 38 (4/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Soziale Frage +++ Nazimarsch in München +++ Aktuelle Einschätzung nach München, Magdeburg, Hellersdorf +++ Berührungen zwischen Faschismus & Feminismus +++ Interview mit russischen Antifas

AIB-Pakete !

AIB-Paket 1: Ausgaben 11,13,14,17,18,23 für 15,- DM incl. Porto.
AIB-Paket 2: Ausgaben 25,26,27,28,29,30 für 20,- DM incl. Porto.
AIB-Paket 3: Ausgaben 31,32,33,34,35 für 20,- DM incl. Porto.

Zwei AIB-Pakete zusammen gibt´s für 30,- DM incl. Porto!
AIB-Pakete 1+2+3 zusammen gibt´s für 45,- DM incl. Porto!